

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: halbjährlich 1,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfusions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für vollständige und gemeinschaftliche Vereins- und Verlesungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interzate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 7. Juni 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Kirchenglaube und historische Dialektik.

II.

Für diese Arbeit der Schärfung des kritischen Bewusstseins und des Blickes für die uns umgebenden dialektischen Widersprüche bieten die christlichen Organisationen ein gutes Tätigkeitsfeld. So sehr sie das sozialdemokratische Parteiprogramm mit Schlagworten und Redensarten abzutun versuchen, so sehr sie die Stellungnahme im einzelnen zu vermeiden trachten, sind sie gegründet als Gegen-satz zur Sozialdemokratie. Und darum stehen sie gar nicht auf religiösem Boden, wiewohl sie sich „christlich“ nennen. Wollten sie nicht von vornherein zur völligen Ohnmacht verurteilt sein, so könnten sie die Religion in ihrer prägnanten Formulierung, als Konfession nicht zur Grundlage nehmen, stellen sie doch gerade den Fortschritt über die eigentlich konfessionellen Organisationen, die sogenannten Fachabteilungen, dar. Mit der Konfession aber fällt das dogmatische Moment, das, was das Wesen der Religion im alten Sinne ausmacht. Nur die Fortwirkung des Dogmatismus bleibt erhalten in einem Sammelsurium klassenstaatlicher Allgemeinheiten. Die „Theorie“ der christlichen Gewerkschaften drückt damit genau das aus, was sie praktisch bezwecken: die Erhaltung des Kapitalismus. Konsequent interpretieren sie daher die Bezeichnung „christlich“ als „nicht sozialdemokratisch“ und verhehlen so dem Kapitalismus sehr inkonsequent zur Ehre einer christlichen Institution im Widerspruch mit dem Massenempfinden der christlichen Arbeiter, für die das religiöse Bekenntnis gerade den Gegensatz wider den Kapitalismus bedeutet. Die christlichen Arbeiter kommen allmählich hinter diesen inneren Widerspruch, und es ist bewusste Irreführung seitens der klerikalen Führer, wenn sie die verstärkte Betonung des religiösen Gesichtspunktes der angeblich immer ungläubiger werdenden Sozialdemokratie zur Last legen wollen. Wenn in irgend einem Punkte, so ist in diesem die Sozialdemokratie sich konsequent geblieben. Bei den klerikalen Arbeiterschichten handelt es sich um eine Steigerung des in religiösen Formen sich bewegendes Massenbewusstseins, und so willkommen sie im Grunde genommen sind, so wenig erbaut werden davon auf die Dauer die christlichen Führer sein. Denn jede Verstärkung des Gegensatzes wider den Kapitalismus muß sich auch gegen die dem Kapitalismus dienende christliche Organisationsform mit ihrer interkonfessionellen Beschränkung richten.

Das letztere um so mehr, als es sich bei dem verstärkten religiösen Bewußtsein lediglich um eine moralische Formel handelt. Es wurzelt in dem wachsenden sittlichen Urteil, in der mit den Klassengegnen sich vertiefenden Einsicht in das Unrecht, das der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft als alleiniges Erbeil beschieden ist. Darum kommt es auf die Dauer der Kirche so wenig wie den christlichen Gewerkschaften zugute; vielmehr dient es dem Gegensatz, in den die christlichen Arbeiter je länger je mehr zu ihrer Kirche geraten. Diese gibt zwar vor, die Rechte der Ausgebeuteten zu vertreten, die Trägerin ihrer Klassenideologie zu sein; als Organisation aber ist sie ein kapitalistisches Klasseninstitut und damit das Gegenteil des Massenempfindens der Massen. Dieser Gegensatz wird um so schroffer, je mehr die Kirche, wie an dieser Stelle wiederholt dargelegt, sich zur ausschließlichen Vertreterin der kapitalistischen Klassenherrschaft entwickelt und entwickelt muß. Das Sittlichkeitsbewußtsein der klerikalen Massen, das sich kritisch gegen den Kapitalismus richtet, kann und wird auf die Dauer vor der Kirche selbst als einen Teil des kapitalistischen Ganzen nicht halt machen. Mag die Kirche sich noch so sehr darauf versteifen, in einer Kritik ihres Klassencharakters einen Angriff auf die Religion zu sehen, so ist heute schon das sittliche Bewußtsein der klerikalen Arbeiterschicht und der Kirche ein wesentlich verschiedenes. Die Haltung des päpstlichen Stuhles gegenüber der Forderung des Achtstundentages, gegenüber dem Koalitionsrecht, der Frage der Lohnhöhe u. a. wird und kann kein christlicher Arbeiter als recht anerkennen.

Dieses verschiedene Rechts- und Sittlichkeitsbewußtsein knüpft an die geschichtlich bedingten Antinomien an, mittels deren sich im Merkantilismus die Klassencheidung vollzieht. Im Vordergrund stehen hier die Eigentumstheorie und die Autoritätslehre. Die kommunistische Grundlage der ersteren ist zwar umgebogen, umgedeutet und auf ein schäbiges Existenzrecht heruntergebracht, aber von der Theologie doch im Prinzip nie überwunden worden. Ihr gegenüber tritt die Lehre von der Autorität, die mit der urchristlichen Freiheit des Christenmenschen dafür um so gründlicher aufgeräumt hat. Wie die erstere den proletarischen Anfängen des Christentums erwuchs, verdankt die letztere ihre klassenstaatliche Gepräge dem Eintritt der herrschenden Klassen in die Kirche. Der Gegensatz beider Gedankenreihen ist im Laufe der Jahrhunderte nie völlig überwunden, nie in einen völligen Einklang aufgelöst worden. Einmal wollte man den Widerspruch nicht überwinden, und hätte man es gewollt, so vermochte man es nicht. Das letztere nicht, weil die Dialektik der Klassengesellschaft widerspricht, deren ideologische Ueberwindung erst mit der ökonomischen möglich wird. Man wollte es nicht, weil die Kirche noch lange Jahrhunderte und heute

wieder nicht nur mit den Herrschenden gegen die Unterdrückten, sondern auch gegen die Herrschenden den Klassenkampf zu führen hat und jederzeit die Waffen gegen jene wollte ausspielen können. Daraus resultiert nicht nur ihre Vormachtstellung im Mittelalter, aus dem Widerstreit der Massen und Klassenideologien im Rahmen der Kirche erwuchs die Lehrautorität der letzteren, der Anspruch, Sitte und Recht zu interpretieren. Damit verlangt die Kirche nicht mehr und nicht weniger als das Schiedsrichtertum zwischen den verschiedenen Massen, woraus sich dann die Ueberlegenheit ergibt, die sie nach ihrer Theorie noch dem Staate voraus hat.

Nur auf dem Boden der Klassengesellschaft, dem sie entsprossen, sind Kirche und Dogmatismus möglich. Der Fall jener entzieht ihnen die historische Grundlage und verurteilt sie zum Absterben. Die entscheidenden Kämpfe, auch soweit die Kirche in Betracht kommt, fallen nicht auf dem Gebiet der kommunistischen Forderungen, gegen die die Kirche auf Grund ihrer eigenen Eigentumstheorie ohnehin hilf- und machtlos ist. Die Auseinandersetzungen werden sich drehen um den Kampf alles Dogmatismus, um die „Autorität“. Die Kirche kann nie das Majoritätsprinzip anerkennen, weil es die grundsätzliche Verneinung aller sogenannten Legitimität und alles Autoritätsglaubens, kurz des ganzen dogmatischen Autoritätsbegriffs ist. Auf dem Boden der Klassengesellschaft mag sie sich zeitweilig damit abfinden und es selbst für ihre Zwecke nützen, wie feinerzeit die Jesuiten versuchten, es gegen das Gottesgnadentum protestantischer Fürsten mit katholischen Unterthanen auszuspielen. Nie aber kann sie es in einer sozialistischen Gesellschaft oder in einer Zeit, die zum Sozialismus hinüberleitet. Je mehr aber der Kapitalismus sich ausbreitet, um so mehr wird für die Arbeiterklasse das Majoritätsprinzip zu einem Ausfluß des nackten Rechtes auf die Existenz. In den kommenden Wahlrechtskämpfen wird die Kirche unweigerlich auf Seiten der Reaktion stehen, die klerikale Arbeiterschicht aber auf Seiten der Sozialdemokratie. Hinter dem Majoritätsprinzip aber lauern alle die Begriffe von Ordnung, Sitte, Familie, Staat, Gesellschaft usw., die „heiligsten Güter“ des Kapitalismus, die die Arbeiterklasse zwar nicht aufheben will, aber doch in ihrem Sinne umwandeln und fortentwickeln, und damit nach dem Begriffsvormögen des Kapitalismus und der kapitalistischen Kirche „zerstören“ muß.

Nicht die Sozialdemokratie ist es, die von Tag zu Tag „ungläubiger“ wird. Die Dialektik der Klassengesellschaft zermürbt auch das ideologische Gefüge der Kirche. Alle Kunststücke jesuitischer Fälschungskunst werden es nicht verhindern, daß die klerikalen Arbeiter dies eines Tages einsehen und begreifen.

Hofkamarilla.

Am kaiserlichen Hof kann es keine Kamarilla geben, diemeil Sr. Majestät Charakterstärke und Herrscherqualifikation jeder Beeinflussung unzugänglich ist. Das ist das Diktum, das die „maßgebenden“ Hofkreise durch ihr Organ, den Scherischen „Votal-Anzeiger“, zur Richtschnur für die Beurteilung des „Galles Eulenburg“ aufgestellt haben und dessen Beachtung sie von der loyalen Presse als Zeichen der Königstreue fordern. Gegen diesen Glaubenssatz verstoßen und die Existenz einer „Kamarilla“ am preussischen Hofe zugegeben zu haben, das ist ein Fehler, der in den sogenannten „höheren Regionen“ der Hofgesellschaft dem Fürsten Bülow weit mehr geschadet hat, als alle seine Mißerfolge auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Wie wir schon gestern ausführten, gehört es zu den traditionellen Eigentümlichkeiten des preussischen Staates, daß in ihm nie ein Minister über die großen Fragen der Politik stolpert, sondern stets nur über die Zwirnsfäden der Intrige und der Hofetikette, und es scheint keineswegs ausgeschlossen, daß demnächst Bülow durch seine Entlassung aus Gesundheitsrücksichten einen neuen unfreiwilligen Beweis für diesen sichersten Erfahrungssatz der preussischen Geschichte liefert. Bereits rücken, nachdem der fromme „Reichsbote“ das Zeichen gegeben hat, die für die hohen Ueberlieferungen des preussischen Staates und Hofes schwärmenden „vornehmen“ Blätter von Bülow ab und finden, daß er sich zweifellos „übernommen“ hat. Wie konnte auch der auf dem Hofpartei so weltmännisch tänzelnde Rangler es wagen, derartig die höchsten preussischen Traditionen zu verletzen und dadurch, daß er von einer „Kamarilla“ sprach, sich der Ansicht inner plebejischen Zeitungsblätter anschließen, die, wie der „Votal-Anzeiger“ so schön sagt, „von der Persönlichkeit und dem starken Willen des Monarchen keine Ahnung haben.“

Unbegreiflich erscheint allerdings diese Tappigkeit des sonst in Etikettefragen so wohlbewanderten Ranglers, zumal ihm die Vorgänge beim Rücktritt des Grafen Caprivi, der bekanntlich über einen Artikel der „Kölnischen Zeitung“ stolperte, zur Vorwarnung hätten mahnen müssen. Sollte Bülow sich bereits allzusehr als Sieger im Intrigen-Kampfspiel gefühlt haben, oder sollte gar — was zwar nicht als wahrscheinlich, aber auch nicht als ganz ausgeschlossen gelten kann — ein dem Rangler ganz besonders gewogener guter Freund ihm die Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“ als Andeutung ins Netz gelegt haben? Wenigstens hätte Bülow als gewandter Diplomat seine Ansichten über die preussische Institution der Hofkamarilla während seiner Amtstätigkeit für sich behalten und wie seine beiden Vorgänger, Bismarck und Hohenlohe, sie für seine dereinstigen Denkwürdigkeiten aufsparen sollen. In dieser

Sinsicht waren beide klüger und vorsichtiger. Sie haben erst dann ihrem Grimm über die Kamarilla die Zügel schießen lassen, als es ungefährlich für sie war.

Interessant ist übrigens, daß schon Hohenlohe in seinen Denkwürdigkeiten von der Neigung des Fürsten Philib für das Kamarillaspielen hinter den Kulissen zu erzählen weiß. Es heißt dort (II. Bd. S. 407) unter dem 13. Januar 1893:

„Nachmittags kam Eulenburg, der Gesandte, zu mir. Um 6 Uhr war Théâtre paré. Nach dem zweiten Akt war Souper im Foyer, wo ich mich vom Kaiser verabschiedete. Um 11 Uhr kam noch Eulenburg, um mir seine Angelegenheiten mitzuteilen: er sagte, Postein und Ribleren hätten die Meinung, daß er (Eulenburg) Staatssekretär werden solle, wenn Bötticher wegginge oder eine andere Stelle erhielte, wo dann Marschall das Reichsamt des Innern übernehmen würde, das ihm angenehmer sei als das Auswärtige Amt. Nun glaubt Eulenburg zu dieser Stelle nicht geeignet zu sein, er fürchtet ferner, daß sein Verhältnis zum Kaiser durch den seinen persönlichen Verkehr und die Vorzüge gestört werden könne, und doch sei gerade dieses freundschaftliche Verhältnis sehr wichtig und dem Kaiser nützlich, da er sich bemüht sei, ihm nur eheliche Ratschläge zu geben. Durch diese vermittelnde Stellung werde er größeren Nutzen schaffen als durch seine Tätigkeit als Leiter des Auswärtigen Amtes. Er bat mich, mit Hofstein in unauffälliger Weise die Nachfolgerschaft von Marschall zu besprechen.“

Diese Aeußerung Hohenlohes beweist — das mag Bülow trösten —, daß auch sein Gegner, Fürst Philib, nicht zu den Gläubigen des obengenannten Hofdogmas gehört, denn wenn er damals das Staatssekretariat ablehnte, so geschah es, wie deutlich aus der Notiz hervorgeht, nur, weil er meinte, auf dem Wege des Kamarillaspiels größeren Einfluß erlangen zu können. Er scheint demnach auch zu den Ahnungslosen zu gehören, die in ihrer Verblendung den starken Willen des Kaisers zu niedrig einschätzen, obgleich doch gerade er mit dem Kaiser im engsten Verkehr stand.

Die entlarvten nationalliberalen Wahlchwindler.

Die nationalliberalen Wahlchwindler im Hildesheimer Wahlkreise kamen am Dienstag vor dem hannoverschen Schöffengericht erneut zur Verhandlung, nachdem der erste Termin zwecks Ladung weiterer Zeugen vertagt worden war. Ueber die erste Verhandlung ist bereits in der ersten Beilage des „Vorwärts“ vom 19. Mai d. J. eingehend berichtet.

Am Dienstag war der Verfasser des Flugblattes „Wahlügen“, Rechtsanwalt Arnemann aus Hildesheim, als Kläger selbst erschienen. Er erklärte, das Flugblatt am Sonnabend, den 1. Februar, in einer Wirtschaft geschrieben zu haben. Ihm sei nicht bekannt gewesen, daß schon am Abend vorher sich die Sozialdemokratie für den Zentrumsbündler Feldmann entschieden habe. Wohl habe er von diesem Gerücht gehört, und weil er es durchaus nicht habe glauben können, sei er diesem Gerücht durch dieses Flugblatt entgegengetreten. Das Flugblatt habe folgenden Wortlaut:

Wahlügen.

Für die Kandidatur Feldmann wird in letzter Stunde (!) von interessierter Seite die Behauptung verbreitet, der sozialdemokratische Wahlauschuh habe mit Herrn Feldmann, dem agrar-konservativ-ultramontanen Reichsmaschinisten Unterhandlungen gepflogen und die Stichwahlparole ausgegeben, für Herrn Feldmann zu stimmen.

Diese Behauptung ist unwahr und völlig aus der Luft gegriffen!

Ein sozialdemokratischer Wähler kann Herrn Feldmann nicht wählen. Warum? (folgen die Gründe.)

Wähler! Einem solchen Manne können und wollen wir unsere Stimme nicht geben!

Der Wahlauschuh.

Dieses Flugblatt hatte der zweite Vorsitzende, Kaufmann Paul Ahrens, am Nachmittag des 2. Februar in Druck gegeben. Er hat die Kosten für 20000 Exemplare bezahlt und Anweisung erteilt, an welche Adressen der Versand erfolgen soll. Am Montag ist es überall hin versandt und an diesem Tage schon in den ländlichen Ortsschaften, am Dienstag, dem Stichwahltag, erst in Hildesheim verbreitet worden. Herr Arnemann sagte nun, er sei vom Sonnabend abend bis zum Montag abend berreist gewesen, habe also auf die Verbreitung des Flugblattes keinen Einfluß gehabt. „Hätte ich die Wahlparole der Sozialdemokratie gekannt, dann hätte ich das Flugblatt nie geschrieben!“

Auf die Frage des Berichtsvorstehenden, was das für ein Wahlauschuh sei, der unterschrieben habe, erwiderte Herr Arnemann, das müßte heißen: Wahlauschuh der nationalliberalen Partei bezw. für die Kandidatur v. Campel. Die Sozialdemokraten hätten ja keinen „Wahlauschuh“, sondern ein „Wahlkomitee“ gehabt, deshalb habe jeder erfassen können, daß es nicht ein sozialdemokratisches Flugblatt sein könne.

Dieser Andrede wurde vom Vorsitzenden des Gerichts und vom Vertreter des Angeklagten, Justizrat Lenzberg, entgegengehalten, daß Arnemann selbst in dem Flugblatt vom „sozialdemokratischen Wahlauschuh“ rede und sage: „Ein sozialdemokratischer Wähler kann Herrn Feldmann nicht wählen“ und: „Einem solchen Manne können und wollen wir unsere Stimme nicht geben.“ Er, Arnemann, sei doch kein Sozialdemokrat, und den Nationalliberalen brauchte er es doch nicht zu sagen. Justizrat Lenzberg wies weiter darauf hin, daß unter den Gründen, warum ein sozialdemokratischer Wähler nicht für Feldmann stimmen könne, auch der enthalten sei.

daß Feldmann gegen die Freizügigkeit für die jungen Leute bis zum 18. Lebensjahre eintrete. Feldmann wolle ein Gesch. das „unserer Kinder zu Frondiensten für die Großgrundbesitzer zwingt.“

Die Kinder der reichen Nationalliberalen sollten damit doch nicht gemein sein. Auf alle diese Vorhaltungen schwingt der biedere Wahlmänner Arneemann, der wiedergerühmte Vorsitzende des jungliberalen Vereins zu Hildesheim. Der zweite Vorsitzende, Herr Ahrens, mißte zu seiner früheren Aussage noch hinzufügen, daß er das Flugblatt nicht aus seiner Tasche, sondern aus der Vereinskasse dieses honetten Vereins begehrt hatte.

Wären diese Feststellungen schon vernichtend für die „ehrlichen Männer“, so noch mehr die Aussage des Ingenieurs Thiele, der angeblich aus eigenem Antrieb Unterhandlungen mit der sozialdemokratischen Parteileitung anknüpfte, die zu keinem Resultate führten. Zur allgemeinen Heiterkeit erklärte der ebenfalls als Zeuge vernommene Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins, Genosse Evers, daß er eine Unterhandlung mit den Nationalliberalen — die nicht zustande kam — deshalb nicht von vornherein ablehnte, weil er, nachdem die Sozialdemokraten im Wahlkampf von den Nationalliberalen so hunds-gemein behandelt waren, gern gehört hätte, was für gute Kerle sie zwischen Haupt- und Stichwahl geworden sind. Der so an der Nase herumgeführte Herr Thiele hat die sozialdemokratische Wahlparole „für Feldmann“, die am Freitag abend beschlossen war, am Sonnabend nachmittag 1/2 Uhr im nationalliberalen Parteiblatt gelesen. Er hat an demselben Nachmittag noch mit Herrn Arneemann und mit Ahrens verhandelt und ist am Sonnabend abend im Auftrage der Herren Arneemann und Ahrens und auf Kosten des jungliberalen Vereins nach Adla gefahren. In Adla hat er am Sonntag mit einem Redakteur der „Abeinischen Zeitung“ verhandelt und gebeten, die Adlaer Sozialdemokraten möchten auf die Hildesheimer Genossen einwirken, daß sie ihre Wahlparole zugunsten des Nationalliberalen v. Campe ändern. Die Kosten für neue Flugblätter würden die Hildesheimer Nationalliberalen tragen. Wenn das geschehe, würden die Nationalliberalen in Adla für den Sozialdemokraten, Genossen Hofrichter, stimmen! Zu diesem Angebot habe er Vollmacht von den Herren Arneemann und Ahrens gehabt.

Trotzdem behaupteten die letzteren beiden, sie hätten am Sonnabend die sozialdemokratische Wahlparole nicht gekannt; Herr Arneemann sagte außerdem, er habe den Druck der Flugblätter nicht verhindern können, weil er am Sonnabend abend verreist! Er habe im — guten Glauben gehandelt!!! Das war sein Plaidoyer für die Verfassung unseres Genossen Thomayer, der ihn im „Volkswillen“, unserem hannoverschen Parteiblatt, einen „entlarzten Wahlfälscher“ genannt hatte. Es war eine Verteidigungsrede, und der Verteidiger des Genossen Thomayer hielt eine — Anklagerede: Als er die Anklage erhalten, habe er gemeint, daß Herr Arneemann klage, weil er es als beleidigend empfinde, als Herausgeber eines solchen Flugblattes hingestellt zu werden. Niemand hätte er erwartet, daß die Behauptungen des „Volkswillen“ vor Gericht so sonnenklar bewiesen würden. Die Fälschung sei also ganz offenbar. Man sage: Die Politik verderbe den Charakter. Daß das aber gleich in solchem Maße geschehe, hätte er nicht für möglich gehalten.

Herr Arneemann hatte auf diese Züchtigung nichts zu erwidern!

Das Gericht sprach den Genossen Thomayer von der Anklage der Fälschung des Rechtsanwalts Arneemann frei und führte in der Begründung aus:

In dem Flugblatt steht: Ein sozialdemokratischer Wähler könne für Feldmann nicht stimmen. Die sozialdemokratischen Wähler wissen aber selbst, wie sie zu stimmen haben, das braußt ihnen kein Nationalliberal sagen. Die Unterschrift: „Der Wahlschütz“ ist daher eine Fälschung, ob sie bewußt oder unbewußt begangen ist gleichgültig. Obendrein ist das Flugblatt überschrieben mit „Wahlplakat“, womit in Verbindung mit der Unterschrift der Eindruck eines sozialdemokratischen Ausrufs erweckt wurde. Der Erfolg ist auch nicht ausbleiben. Viele sozialdemokratische Wähler sind irre gemacht worden und haben nationalliberal gestimmt. Das Wahlergebnis gibt daher nicht der wahren Parteistellung Ausdruck. Im gewöhnlichen Leben nennt man derartige Maßnahmen Wahlfälschung. Jede Partei hat ein berechtigtes Interesse daran, daß bei den Wahlen die Wähler die richtige Ansicht zum Ausdruck bringen. Das aber hat der Kläger mit dem Flugblatt verhindert, er hat erreicht, daß im Wahlergebnis die Parteistellung der Sozialdemokraten bei der Stichwahl gefälscht zum Ausdruck kommt, denn ohne dieses bewirkende Flugblatt wäre die Abstimmung, wie von Evers behauptet, sicher eine andere gewesen und hätte die Ansichten der sozialdemokratischen Wähler unverfälscht zum Ausdruck gebracht.

Die Feststellungen dieser Urteilsbegründung genügen zur Kennzeichnung der nationalliberalen Wahlfälscher, die noch die Kühnheit besaßen, einen Sozialdemokraten zu verlocken, der sie nannte, wie es ihnen gebührte. Ob die Wahlfälscher nach diesem Urteil weiter Vorstandsmitglieder des jungnationalliberalen Vereins zu Hildesheim bleiben werden?

Der Seemannstreik.

Paris, 4. Juni. (Fig. Ver.)

In der gestrigen Ministerratsitzung erklärte der Marineminister, der Streik der Seeleute könne als beendet betrachtet werden. Das galt als ein großer Erfolg. Aus allen großen Häfen trifft die Nachricht ein, daß die Seeleute die energische Fortsetzung des Streiks beschlossen haben.

Was den Minister zu seiner Meinung veranlaßte, war der Beschluß, den die Delegierten der Ausständigen gestern nach ihrer Versprechung mit dem Marineminister und mit der Marinekommission der Kammer gefaßt haben. Man kann nicht leugnen, daß die Haltung dieser Delegierten eine Nervosität offenbart hat, die sich von der Entschlossenheit der Streikenden selbst nicht eben günstig abhebt. Herr Thomson hat ihnen nichts als Bedenkarten geboten, von „Wohlfühlen“ gesprochen und das „Andererseits“ der Autorität, Ordnung und schwebbedürftigen „nationalen Wohlfahrt“ unterstrichen. In der Kommission bekamen sie auch nichts anderes als unbestimmte Versprechungen und trotzdem beschlossen sie, den Streikenden die unverzügliche Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen.

Die Ausständigen haben unter solchen Umständen nicht unrecht gehabt, diesen Rat nicht anzunehmen. Das mindeste, was sie verlangen dürften, war die Sicherung gegen Maßnahmen. Die großen Gesellschaften aber haben schon zahlreiche Kapitäne entlassen und die Streikenden haben nicht die geringste Mühe gemacht, daß die bloße Fälschung der Regierung die Wiederaufnahme bewirken würde. Da die Meereswelt weißlos, wenn sie nicht daran gehindert werden, ihre Nachgänger, namentlich an den Kapitänen, in denen sie die Urheber der Bewegung sehen, werden beschuldigen wollen, ist es eine Ehrensache der Seeleute, diese Mitkämpfer nicht preiszugeben.

Dieser Gedanke kommt auch in den Beschlüssen zum Ausdruck, die die Streikenden in Havre, Toulon, Marseille usw. gefaßt haben. Die Marseille haben das Mandat ihrer Pariser Delegierten suspendiert und sie beauftragt, weitere Anordnungen abzuwarten. Die Streikenden von Havre wollen von der Minimalrente von 800 Fr. nicht abgehen und sich auf keine weniger bietende Modifikation der Regierungsvorlage einlassen.

Die Bourgeoispresse bemüht sich natürlich, die Seeleute ins Unrecht zu setzen, aber selbst aus ihren Berichten ist zu erkennen, daß die Regierungsvorlage zu wenig bietet. Diese will den Seeleuten eine Rente von 800 Fr. bei einer Beitragsleistung von 3 Proz. gewähren. Das von der vorigen Deputiertenkammer angenommene allgemeine Altersversicherungsgesetz bietet ebenso viel, aber bei einem Beitrag von nur 2 Proz., so daß die Seeleute schlechter daran wären als die anderen Arbeiterkategorieen nach Zustandekommen dieses Gesetzes. Die Seeleute wollen 800 Fr., gemäß dem Entwurf des Abg. Siegfried, aber sie sind bereit, Beiträge von 5 Prozent zu leisten. Das von ihnen bestrittene System würde dem Staate nach 30 Jahren 15 Millionen jährlich mehr kosten als das jetzige und darum finden die Sparmeister der Bourgeoispolitik dieses Projekt unmöglich. Für eine Steigerung des Budgets der Kriegsmarine zum Bau neuer Panzerschiffe usw. werden sie natürlich noch weit größere Summen zu bewilligen bereit sein.

Paris, 6. Juni. Im Ministerrat gab Marineminister Thomson bekannt, daß der Zustand der eingeschriebenen Seeleute in Marseille und Havre aufgehört habe.

Paris, 6. Juni. Die eingeschriebenen Seeleute von Saint Nazaire, Agde, Cherbourg und Nantes sind dem Beispiel ihrer Kameraden in Havre und Marseille gefolgt und haben den Zustand für beendet erklärt, während die von Dünkirchen und Toulon noch im Auslande verharren.

Bordeaux, 6. Juni. Die eingeschriebenen Seeleute beschloßen, den Zustand einzustellen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juni 1907.

5 Millionen für Streber.

Das Abgeordnetenhaus verbande auch seine Donnerstagsitzung noch fast ganz auf die Beratung des Nachtrags-etats, der 8 Millionen Mark als einmalige Beihilfe für die Unterbeamten fordert. Während sich am Mittwoch noch Konservative und Liberale gegen die Gewährung von Beihilfen auch an die mittleren Beamten heftig gesträubt und weidlich auf das „verächterliche Reich“ geschimpft hatten, waren sie über Nacht plötzlich anderen Sinnes geworden. Offenbar aus Furcht vor der Anzuehmigkeit der mittleren Beamten suchten sie ein Kompromiß zustande zu bringen zwischen der vollständigen Ablehnung und den weitergehenden liberalen Anträgen, die — analog dem Vorgehen des Reiches — auch in Preußen allen mittleren Beamten Beihilfen gewähren wollen; damit fanden sie denn bei der Regierung Gehör. Fünf Millionen Mark will man für die mittleren Beamten bereitstellen. Es soll bei der Auszahlung dieser Summe aber, wie man sich so nett ausdrückt, nicht „mechanisch“ verfahren werden, sondern nur die Bedürftigen sollen etwas erhalten! — Ueber die Bedürftigkeit entscheidet natürlich der Vorgesetzte, und der widerwärtigsten Streberei ist damit Tür und Tor geöffnet. Charakteristisch für die Parteiverhältnisse im Abgeordnetenhaus ist die Tatsache, daß dieser Antrag zwischen den Konservativen und dem Zentrum vereinbart worden war, während man die Nationalliberalen und gar erst die Freisinnigen nicht einmal über die schwebenden Verhandlungen informierte! — Sämtliche Anträge zugunsten der mittleren Beamten wurden schließlich der Budgetkommission überwiesen; sie stehen, zusammen mit den vom Herrenhaus abgeänderten Gesetzen, (Tagelohn und Berggesetz) wieder auf der Tagesordnung vom Freitag.

Das Herrenhaus nahm am Donnerstag das Jagdgesetz im wesentlichen nach der Fassung des Abgeordnetenhauses an. Trotz der unzweifelhaften Sachverständigkeit der Herrenhäuser auf diesem Gebiete dauerte die Beratung nur 1/2 Stunden, weil das Haus fast leer war. Am Sonnabend wird sich das Herrenhaus zum letzten Male in dieser Session zu „loblichem Tun“ zusammenfinden. —

Vom Hertomer-Schlachtfeld.

In der württembergischen Zweiten Kammer hat das Zentrum gestern (Donnerstag) im Hinblick auf die bei der letzten Hertomer-Fahrt wiederum vorgekommenen Unglücksfälle den Antrag gestellt, die Maseren in Württemberg zu verbieten. Dieser Antrag wurde mit 45 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

45 Mann also haben die unter den obwaltenden Umständen recht vernünftige Anregung niedergestimmt. Wenn's mit der Hertomer-„Schnauferei“ so weiter geht wie in den ersten Tagen, dann werden bald 45 Menschen — oder mehr — auf der „Strecke“ liegen. Bis jetzt — die ganze Geschichte dauert zehn Tage — wenigstens lautet der „Rapport“ recht „vielversprechend“. Abgesehen von den kleineren Kollisionen, die nicht bekannt oder von der bürgerlichen Presse, die ja zum Teil mit diesem Automobilwahn sinn sympathisiert, nicht registriert werden, kann über die „Resultate“ der ersten beiden Tage folgendes berichtet werden: Es wurden drei Kinder und ein Mann überfahren, sechs Teilnehmer erlitten schwere Verletzungen (Schädelbruch u. dergl.), einem wurden ein paar Finger gebrochen, ein Automobil überschlug sich und ward total zertrümmert, Telegraphenstangen, diverse schöne Bäume, ein elektrischer Straßenbahnwagen und dergleichen wurde demoliert, ganz abgesehen von den Häusern, Villen, Meilensteinen, Brückengeländern, die mit den „Töff-Töffs“ unliebsame Belannschafft machen mußten.

Wollen die Herren vom Automobilklub und ihregleichen sich auf solche Weise „handbegemä“ vom Leben zum Tode befördern, so geht das uns schließlich ebensowenig an, als wenn sie sich bei Ehrenhändeln partout mit Pistole oder Sabal „ins bessere Jenseits“ zu spedieren wünschen. Aber derjenige Teil der Menschheit, der unsere deutschen Landstrassen zu passieren hat, sollte doch nebst seinem Hab und Gut etwas energischer gegen den allernueuesten, allermoderntesten vierdrähtigen Tod geschützt werden. Das „Berliner Tageblatt“ bringt einen wunderschönen Artikel über die ständelose Hertomerrei. Da wird sehr richtig darauf hingewiesen, daß in „freien“ Ländern (England, Frankreich) derlei Wettfahrten strikt verboten sind, weil dort nicht nur die Wünsche und Reigungen der „Edelsten und Besten“ den Ausschlag geben. Es wird auch darauf hingewiesen, daß sonst im Deutschen Reich bei minder gefährlichen Vorfällen die behördlichen Verbote nur so hagen. Ferner findet sich da ein hübsches Zitat aus den

„Dresdener Nachrichten“, nämlich die Schilderung, die ein Zuschauer gibt und die folgende Stelle enthält:

Freilich schnell kamen sie von der Stadt her an, mit einer Staubwolke in der Ferne kündete ihre Gegenwart, und wenn in der Minute sechs und noch mehr Schnauferl dichtauf vorüberfahren, so entdedte man die dem ersten Gefährt folgenden erst, wenn sie unmittelbar am Zuschauer vorbeisaußen. Die Kurve wurde dabei von einigen Fahrern so schön genommen, daß zwischen den Chauffeurebenen und dem Automobil kaum ein Viertelmeter Fluß blieb. Kein Wunder, daß ab und zu ein „Schlachtenmüller“ vor Schreck die Bekannschafft mit dem Straßengraben machte, wenn er blüh schnell die Wagen die Richtung auf sich einschlagen sah.

Wie gesagt, sehr gut und sehr schön. Nur schade, schade, daß dasselbe „Berliner Tageblatt“ an anderer Stelle derselben Donnerstags-Abendausgabe dem pervertierten Sensationsbedürfnis seines bürgerlichen Publikums durch einen spaltenlangen Bericht über die geschmähte Hertomer-Tour entgegenkommt, einen Bericht, der — man vergleiche oben das Zitat aus den „Dresdener Nachrichten“ — unter anderem folgenden niedlichen Puffus enthält:

... für den, der auf freier Chaussee steht und zuschaut, hat es etwas übermäßig Großartiges, wie sicher die Maschinen selbst in den Händen von ungeübten Fahrern den Weg im Fluge verschlingen, ob die Strecke auch noch so miserabel ist. Und die gestrige war gewiß an Tücken reich, zumal die Bauern dickköpfig über den Weg liefen, gerade wenn ein Wagen sichtbar wurde...

Da werden den „dickköpfigen“ Bauern ja geradezu „feudale“ Selbstmordpläne imputiert! — Weniger breit und weniger widersprüchlich äußert sich das andere Blatte, die „Volks-Zeitung“, zu der Affäre. Sie schreibt:

Trotzdem die Automobilcaferei bei der Hertomer-Fahrt schon mehrere Menschenleben gefordert hat, geht der mörderische Sport munter weiter. Nichts rührt sich. Kein Verbot erfolgt, während man in Berlin schon ein „Verkehrshindernis“ als solches verbietet, wenn in einer menschenleeren Straße ein Streifen ruhig seines Weges geht. Wir wiederholen, was wir bereits heute früh gesagt haben: Wenn bei jedem derartigen Nennen mit den Menschenleben nur so gespielt wird, dann erwacht für die Behörden die gebieterische Pflicht, dem Massenmorden ein jähes Ende zu bereiten! Sind die Landstrassen dazu da, daß deutsche Männer, Frauen und Kinder mit nichts dir nichts nieder- oder totgefahren werden? Wir glauben nicht. Darum bleiben wir dabei, daß ungesäumt die behördliche Verfügung erfolgt: Hertomer-Fahrt — Schluss!

Wir meinen auch, daß sich die deutschen Behörden diejenige Regierung zum Muster nehmen könnten, von der sie sonst mehr als jubelnd adoptieren: die chinesische; denn die läßt soeben bekannt geben, daß sie keine Garantie für den Schutz der Teilnehmer an der geplanten „Autofahrt Paris-Peking“ übernehmen kann, womit wenigstens die Gefahr Unfug, der am 10. d. M. seinen Anfang nehmen sollte, vereitelt ist.

Eine Statistik, die gerade recht kommt, beweist, daß schon in „Friedenszeiten“ genug Menschen in Deutschland der Autocaferei zum Opfer fallen: Vom 1. April bis 30. September 1906 — also in einem halben Jahre — 2200 Unfälle mit 673 Verletzungen, 987 Sachbeschädigungen, 630 Personenverletzungen und Sachbeschädigungen, 51 Getöteten, darunter 33 „dritten Personen“, d. h. Passanten und dergl. Unbeteiligten.

Es ist in der Tat hohe Zeit, daß den Sportleuten, deren gute Freunde an der „Klinke der Gehegung“ bisher eine durchgreifende Regelung der Entschädigungspflicht für Automobilunheil zu hintertreiben gewußt haben, der „Spaß“ verborben wird, die deutsche „crapule“ zu Tode zu „auteln“, ohne sich darum zu bekümmern, wo der Lebensunterhalt für die Hinterbliebenen der von ihnen Getöteten oder zu Krüppeln Gefahrenen — „Hertomi“.

Der Minister der Zeichenbarone

Handelsminister Delbrück läßt zum Ueberflus neuerdings durch die offiziöse Presse erklären, daß er den Vergleuten keine Arbeiterkontrollen geben will. Er hat das ja schon in schärferer Form im Landtage mitgeteilt und zwar mit derselben Begründung, wie sie jetzt in der Zeitungsnotiz gegeben wird, die da sagt:

Eine allgemeine Gewährung dieser Rechte setzt nach der Ansicht der maßgebenden Stellen ein gleichmäßiges geistiges und soziales Niveau der Bergarbeiter voraus, das tatsächlich nicht vorhanden ist. Bei den großen Unterschieden, welche in dieser Beziehung zwischen den Bergarbeitern des Saar- und Harzbezirkes gegenüber denen der oberhessischen Gruben bestehen, hält man die zwangsweise Einführung der Arbeiterkontrollen nicht für angängig, zumal auch die Gefahr des Mißbrauchs eines solchen Institutes zur politischen Agitation vorliegt.

Wieder verweigert die Regierung den Vergleuten eine für ihre körperliche Sicherheit höchst bedeutsame Einrichtung, ehe sie eine Befriedigung der politischen Interessen der Zeichenbarone zuläßt! Kurartige Vergleute werden den Schutz gegen Unfälle erhalten, der in dem Institut der Arbeiterkontrollen liegt. —

Erfolg der Hege gegen Pfarrer Dr. Vogl?

Der durch sein mannhaftes Eintreten für die Rechte der vor-mals schlichteren Landarbeiter und durch das dergleichen gegen ihn angebrachte Disziplinarverfahren weiteren Kreisen rühmlich bekannt gewordene Pfarrer Dr. E. Vogl in Leislau (Sachsen-Meinungen) hat, wie ein Telegramm meldet, seine Tätigkeit eingestellt und Urlaub genommen. Die Hege gegen den Pfarrer scheint also von Erfolg gewesen zu sein.

Zum Peters-Partey der „Münchener Post“.

Unser Münchener Parteivorstand meldet: Der Vereidigte Rechtsanwalt Dr. Vernheim hat die Ladung der Kolonialdirektorin Alwina Kaiser bestritten. Dem Antrag ist stattgegeben und die Ladung der Zeugnis für 26. Juni beschloßen worden. Von ihr, die kein Amtsgewissen zu wahren hat, sind interessante und sensationelle Enthüllungen insbesondere über das Treiben der Arendt und Karborff zu erwarten.

Die Brandinger gewählt wurde. Von der Agitation des liberalen Blochs für die Wahl ihres „Heimatlandkandidaten“, Pfarrers Brandinger, im oberfränkischen Kreise Naila, werden nette Geschichten bekannt. Um die Wahl dieses katholischen Geistlichen, der angeblich liberal ist, aber auf Befehl seines Erzbischofs weder der liberalen Fraktion angehört noch deren Hospitant sein darf, durchzuführen, wurden die größtenteils Wahlübergriffe und Sämindeleten verübt, die unbedingt zur Käuflichkeit der Wahl führen mußten. So wurde in Geroldsdorf am Wahltag ein Flugblatt verbreitet, worin es hieß:

Aus Nordhalben wird telephonisch berichtet, daß der Führer der dortigen Sozialdemokratie, Wunder, handgreiflich versprochen hat, den Heimatlandkandidaten Brandinger zu wählen und die Anhänger der Sozialdemokratie zu veranlassen, demselben ebenfalls ihre Stimme zu geben. Die liberale Ortsgruppe Geroldsdorf.

Das Wahlkomitee des Kreises sandte sofort einen Mann nach Nordhalben, der den Verrat des Vertrauensmannes Wunder bestätigte fand. Er agitierte offen für Brandinger und drängte den Genossen, die Zettel für unseren Kandidaten Seelmann verlangen, Brandinger-Zettel auf. Ob er vom Bloch bestochen ist, konnte noch nicht ermittelt werden. Andere als Brandinger-Zettel abzugeben,

war unter Umständen fast gefährlich, da ein Dutzend Wodagkatoren das Wahllokal belagerten, den Wählern die sozialdemokratischen Stimmzettel abnahmen und die ihrigen aufdrängten. Die Wähler wurden bis ins Lokal verfolgt. So kam es, daß in Nordhalben unser Kandidat Seemann nur 11 Stimmen erhielt.

In Schwarzenbach am Wald übten die Liberalen einen berartigen Terrorismus aus, daß 115 Arbeiterwähler auf Ausübung des Wahlrechtes verzichteten, weil sie Grundinger nicht wählen wollten, die Abstimmung für Seemann ihnen aber zu gefährlich schien. Im ganzen Amtsgerechtsbezirk Nordhalben wurde von den liberalen Agitatoren und Komitees die Furcht verbreitet, Seemann habe zu Gunsten des Heimatkandidaten verzichtet. Der bayerische Liberalismus kann also auf seine „Heimatlandnatur“ nicht stolz sein.

Schwere Strafe wegen Selbstverwundung.

Vor dem Kriegsgericht der 17. Division hatte sich vorgestern der Musiker G. von der 7. Kompagnie des Regiments „Hamburg“ wegen Selbstverwundung zu verantworten. An der Verhandlung nahmen auch zwei Generale vom Kriegsministerium als Zuhörer teil. Der Angeklagte, der oft vorbestraft ist und dessen militärische Führung als schlecht bezeichnet wird, soll sich am 29. April d. J. auf der Kammerkassette absichtlich das Endglied des linken Daumens abgehackt haben, um sich dienstunfähig zu machen. Diese Abhakt soll er wiederholt Kameraden gegenüber geäußert haben. Er bestreitet dies und behauptet, beim Wecheln eines Besenstiels sei das Weis ausgehakt und habe ihm den Daumen verwundet. Die Beweisnahme gestaltete sich sehr unglücklich für den nunmehr militärisch unfähigen Angeklagten. Der Vertreter der Anklage bezeichnet ihn als einen in fittlicher und sonstiger Beziehung verwahrlosten Menschen, der sogar seine eigene Schwelger sich seinen Gelüsten gefügig und sie zur Beihilfe zum Diebstahl verleiten wollte. Die ärztlichen Sachverständigen erklären G. für dienstunfähig, meinen aber, daß er für den Dienst in der Arbeiterabteilung tauglich sei. Der Antrag lautet auf drei Jahre Gefängnis, das Urteil auf zwei Jahre Gefängnis, Verweisung in die zweite Soldatenklasse und Ueberweisung an die Arbeiterabteilung, wo er nach verbüßter Strafe seine Zeit abtun soll.

Zentrumspolitik im Reichstuhle.

Das „Volksblatt“ zu Bochum berichtet einen Fall von Mißbrauch des Reichstuhls zu politischen Zwecken aus Bocholt. Ein freigeschaffener Arbeiter, zugleich Abnehmer des „Volksblattes“ und Parteigenosse, trat in den Stand der Ehe. Da er sich kirchlich trauen ließ, so war es nach der Vorschrift der katholischen Kirche nötig, daß das Brautpaar beichtete. Im Reichstuhle wurde dem Beichtigen vom dem Geistlichen erklärt: wenn er nicht aus der freien Gewerkschaft austräte und das „Volksblatt“ abbestelle, könne ihm die Absolution nicht erteilt werden. Das Bochumer „Volksblatt“ schrieb viel zu viel über Geistliche! Der Genosse verzichtete infolgedessen auf die Absolution.

Welche Lust, Soldat zu sein!

Aus Sieben meldet die „Oberbayerische Volkszeitung“, ein bürgerliches Blatt: Am Freitagabend mußte eine Abteilung der 6. Kompagnie des Grenadier Regiments auf dem Hofe der neuen Kaserne unter einem Sergeanten nachexerzieren. Dem anführerführenden Feldwebel Steinweg wurden die Leute jedesfalls nicht genug geübt, er übernahm deshalb selbst das Kommando und schickte die Soldaten derart, daß fünf Mann ohnmächtig zusammenbrachen, als sie auf der Straße angekommen waren. Einer davon, namens Schmidt, er soll aus Dietesheim im Kreise Offenbach sein, verfiel in Schreikrämpfe und mußte sofort ins Lazarett gebracht werden, wo er erst am Sonnabendmittag wieder zur Besinnung gelangt sein soll. Ein zweiter von den fünf, Hummel mit Namen, kam am Sonnabend ins Lazarett, während die übrigen ins Krankenrevier kamen. Schmidt sagte und schlug um sich; sechs Mann mußten ihn halten. . . . Was wird mit dem schneidigen Feldwebel geschehen?

Opfer der Kolonialpolitik. Ein Telegramm aus Dar es Salaam (Deutsch-Ostafrika) meldet: Sanitätsfeldarzt Paul Vorhardt, geboren am 24. Juni 1878 zu Drognitz, früher im Infanterieregiment Nr. 138, am 1. Juni d. J. in Choriti an Lebererkrankung gestorben.

Ungarn.

Wahlrechtsdemonstration.

Budapest, 6. Juni. (B. S.) Die sozialdemokratische Parteileitung plant, aus Anlaß der heute erfolgenden Ankunft des Kaisers Strahendemonstrationen zugunsten der Einführung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts in Ungarn zu inszenieren. Die Arbeiter werden die Straßen, durch welche der Kaiser fährt, rechtzeitig besetzen. —

Schweiz.

Der Ueberfall auf die Polizeikassern.

Zürich, 5. Juni. Die verhafteten Russen, die als Verleumdung verdächtig erschienen, wurden alle wieder entlassen, nachdem sie ihr Alibi nachgewiesen hatten. —

Frankreich.

Der Senat gegen die Verstaatlichung der Westbahn.

Paris, 5. Juni. (Fig. Rev.)

Der „Temps“ veröffentlicht heute den Kommissionsbericht über die Verstaatlichung der Westbahn, der morgen im Senat verteilt werden wird. Er lautet, wie vorauszusehen war, ablehnend, aber sein Text überrascht doch durch die Ungenauigkeit, mit der er den verschimmelten Mandchenerliberalismus der Senatoren offenbart. Dabei macht es dem Verfasser, Herrn Frevet, gar nichts aus, sich selbst in der lächerlichsten Weise zu widersprechen: Er beginnt damit, daß der Anlauf der Eisenbahnen durch den Staat keine Frage der Doktrin, sondern eine Frage der bloßen Opportunität sei, um hinterher plötzlich zu behaupten, daß die Verstaatlichung der Westbahn, ob man nun wolle oder nicht, der erste Akt der allgemeinen Verstaatlichung gemäß dem sozialistischen Programm sei und schon darum abgelehnt werden müsse! — Unter den Erwägungen der Opportunität spielt der Hinweis auf die Sitten und Temperamente der verschiedenen Länder eine große Rolle: Die Bahnverstaatlichung, die sich in Deutschland bewährt habe, habe in Rußland und Ungarn keine ermutigenden Resultate ergeben. Für „Patrioten“ ist diese Berufung auf Länder wie Rußland und Ungarn recht merkwürdig. Ihr reißt sich das Begehren an, daß in lateinischen Ländern die Einnischung der Politik in die Verwaltung zu beschränkt sei.

Was wird nun die Regierung tun? Clemenceau hat in der großen Debatte über die allgemeine Politik erklärt, er werde sich selbst im Senat für die Annahme der Vorlage einsetzen und die Vertrauensfrage stellen. — Es ist nun keine Aussicht vorhanden, die Senatsmehrheit umzustimmen.

Bermutlich wird daher das Ministerium, das für einen Konflikt mit dem Oberhaus keine genügend feste Mehrheit in der Deputiertenkammer hat, die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben trachten und der Senat selbst wird dabei gerne Hülfe leisten. Clemenceau aber hat keine andere Sorge mehr, als die Lebensfrist seines Regimes zu verlängern — ein Leben, um deren willen er das Wahre Grande weißt. —

Dänemark.

Kommunale Steuerreform in Kopenhagen.

Der sozialdemokratische Bürgermeister Kopenhagens, Genossen J. Jensen, hat im Einverständnis mit dem gesamten Magistrat der Bürgerrepräsentation Vorschläge zu einer großen Steuerreform vorgelegt, die, während sie die Steuereinnahmen der Stadt erhöht, allen Steuerzahlern mit weniger als 4500 Kronen Einkommen Steuerermäßigung bietet.

Die Einkommensteuer, die bislang nach einem festen Satz von 2½ Proz. erhoben wird, soll in Zukunft nach einer steigenden Skala von ½ bis zu 5,6 Proz. bemessen werden. Nach dieser Reform wird man von 800 Kronen Einkommen statt 5 nur 4 Kronen, von 1000 statt 10 nur 7, von 1600 statt 30 nur 22 Kronen Steuer zu zahlen haben. Bei 4400 Kronen Einkommen wird die Steuer von 110 auf 109,40 Kronen herabgesetzt. Dann tritt eine allmähliche Steigerung ein, und zwar für die großen Einkommen in dem Maße, daß von 100 000 Kronen statt 2500 4400 Kronen Steuer zu zahlen sind.

Sodann ist für alle Steuerzahler bis zu 5000 Kronen Einkommen für jedes Kind unter 15 Jahren ein Abzug von 100 Kronen vorgesehen. Ein Familienvater mit 4 Kindern und 2000 Kronen Einkommen wird danach statt jetzt 45, nur 22 Kronen Steuer zahlen. Diese Steuererleichterung für Kinderverforgung wird im ganzen ungefähr 120 000 Kronen ausmachen. Gleichwohl wird die Reform der Stadt infolge der steigenden Skala Erhöhung der Einnahmen aus der Einkommensteuer um 230 000 Kronen jährlich bringen.

Für Einkommen unter 800 Kronen wird eine freiwillig zu zahlende Steuer vorgeschlagen, und zwar mit Rücksicht auf die kommunale Wahlrechtsreform, die allen Steuerzahlern das Wahlrecht bringen soll.

Neben der Einkommensteuerreform wird die Einführung einer kommunalen Vermögenssteuer vorgeschlagen, die 420 000 Kronen einbringen würde, und schließlich eine Wertzuwachssteuer auf Grundstücke. Sie soll teils nach periodischen Schätzungen berechnet werden, teils dann, wenn Straßenbauten, Straßenbahnanlagen und andere öffentliche Veranstaltungen den Wert der Grundstücke erhöht haben. Der Anteil der Kommune wird auf die Hälfte des Wertzuwachses berechnet und demgemäß die Steuer auf 2 Proz. des Wertzuwachses. —

Amerika.

Wegen Haywood

plädierte am Dienstag der Staatsanwalt Hawley. Er wollte zeigen, daß die Führer des Bergarbeiterbundes einen „inneren Zirkel“ bildeten und Verbrecher in ihre Dienste stellten, um eine Reihe Mordtaten gegen Feinde des Bundes auszuführen. Hawley sprach von einem „Handel in Menschenblut“, in welchem der Nord gegen den Gouverneur Steuermann (am 30. Dezember 1905) nur einen Fall unter vielen darstellte.

Wie aus einem Herold-Telegramm hervorgeht, hat der Kronzeuge der Anklagebehörde, Mister Orchard, die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht getäuscht, sondern dreist und gottesfürchtig alles erzählt, was die Staatsanwaltschaft von ihm erzählt haben wollte. Das Telegramm lautet:

New York, 6. Juni. Im Prozeß Haywood in Idaho erklärte der Hauptzeuge Orchard, er habe als Mitglied des Bergarbeiterbundes vor acht Jahren gemeinsam mit tausend (!) anderen die Hüttenanlagen in Gardiner (Idaho) in die Luft gesprengt, wobei es zwei Tote gegeben habe (und worauf später der angeklagte von Haywood und Genossen ermordete Gouverneur Steuermann requiriert). Orchard gab zu, seit elf Jahren einen falschen Namen geführt zu haben. Er arbeitete später in Colorado, wo ein großer Bergarbeiterstreik ausbrach, den Haywood und Royer leiteten. Orchard bezogte weiter, Haywood habe ihn mehrfach zu Worten veranlaßt, einmal für 800 Dollar zu einem Dynamitrevell in den Vindicator-Gruben. Orchard gab die Erzdiebstähle zu.

Ob die Geschworenen — zehn Farmer und Viehzüchter, ein Grundeigentumsändler und ein Zimmermann — in der zur Verurteilung hinreichenden Majorität dem ungeheuerlichen Schwindel Glauben schenken werden, das bleibt abzuwarten. Die Anklagebehörde hat auf alle Fälle eine Liste von 200 Zeugen eingereicht, doch glaubt man, daß kaum ein Drittel von ihnen vernommen werden wird. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5¼ Uhr.

Es haben zunächst Erschweren in mehrere Ausschüsse und Deputationen stattgefunden, wo durch den Tod der Stadtverordneten Dünke (R. L.) und Wallach (A. L.) Plätze vakant geworden sind.

In das Kuratorium der Ragoz-Stiftung wird gewählt Stadtv. Dr. Langerhans, in die Verkehrsdeputation (für Dünke) Vorkmann (Soz.), in den Ausschuss für Besoldete Weis (R. L.), in den Petitionsausschuss Schmidt, in die Grundeigentumsdeputation Stadtv. Varrh (A. L.), in die Verkehrsdeputation (für Wallach) Dove (A. L.).

Stadtv. Liebenow (A. L.) berichtet über die Ausschussverhandlungen zu den Vorlagen:

a) betr. die in den Etat für 1907 aufzunehmenden neuen oder abgeänderten Gehaltslisten,
b) betr. die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen im Etatsjahr 1907.

Beide Vorlagen sind vom Ausschusse unverbändert angenommen worden. Ferner wird die Annahme der vom Stadtv. Rommlein (R. L.) eingebrachten Resolution empfohlen: „Den Magistrat zu eruchen, mit der Versammlung in gemeinsamer Deputation darüber zu beraten, ob und in welcher Weise Reformen in der inneren Verwaltung der Stadt Berlin eingeführt werden können mit dem Zweck, der dauernden Vermehrung des Beamtenpersonals entgegenzutreten, insbesondere durch Verminderung der Schreibarbeit und bessere Organisation der einzelnen Verwaltungen.“

Petitionen der Hülfsdienner, Steuererheber, Raschmehleizer der Markthallen und des Ortsvereins der Gemeindebeamten um finanzielle Aufbesserung sollen dem Magistrat als Material überwiesen werden; die Petition der Fahrstuhlwärter in den beiden Zentralmarkthallen um Weitergewährung der Funktionszulage von 25 M. pro Tag oder um Erhöhung ihres Lohnes nach neun Jahren auf 4,50 M. pro Tag (hier ist offenbar dem Berichterstatter des Ausschusses ein Irrtum unterlaufen, es muß heißen 5 M. anstatt 4,50 M.) will der Ausschuss dem Magistrat zur Erwägung überweisen. Ueber eine große Anzahl weiterer Petitionen soll zur Tagesordnung übergegangen werden.

Stadtv. Goldschmidt (R. L.): Den Arbeitern der Straßenreinigung hat man vor einiger Zeit den periodisch wiederkehrenden freien Tag bewilligt und damit eines ihrer Petita erfüllt. Auch ihren Wunsch um Gewährung einer Gehalts- oder Teuerungszulage hätte man freundlicher behandeln sollen. In der Draanisation ist durch die

Einführung von Hülfsausschüssen den zahlreichen intelligenten Kräften in dieser Arbeiterkategorie die Möglichkeit des Aufstiegs ein für allemal genommen. Das ist um so bedauerlicher, als man jetzt junge Militärsoldaten, welche die Straßenarbeiterkolonnen als Rekrutenkompagnien betrachten, auf die Posten der Hülfsausschüsse beruft. Vielleicht erwägt der Magistrat, ob nicht eine Aenderung dieser Organisation noch angängig ist.

Stadtrat Vohm hält die Vorschläge des Vordredners für unbegründet. Es seien 193 Vorarbeiter vorhanden, von denen nur ¼ im Laufe der Zeit eingehen, das heißt durch die 33 Hülfsausschüsse ersetzt werden soll. Bei jeder Abtheilung verblieben auch später noch drei Vorarbeiter.

Stadtv. Sonnenfeld (A. L.): Der Stamm der Vorarbeiter darf auf keinen Fall verschwinden, denn dem Arbeiter muß zur Erhaltung seiner Zufriedenheit die Möglichkeit des Avancements offen stehen, er muß auch einmal etwas zu befehlen haben.

Stadtv. Jacobi (A. L.): An die Vereitigung des Rechtes der Vorarbeiter wird absolut nicht gedacht; aber die große Reform des Aufsichtsdienstes aus Rücksicht auf die Avancementsmöglichkeit der Vorarbeiter überhaupt zu unterlassen, ging nicht an.

Stadtv. Pfannkuch (Soz.): Der Schaffung der Hülfsausschüsse haben wir zugestimmt, um endlich einmal der gesamten Straßenreinigungsarbeiterkategorie den dienstfreien Tag zu verschaffen. Wenn es nun heißt, man müsse der Arbeiterkategorie die Arbeitsfreudigkeit erhalten dadurch, daß man einem Teile die Möglichkeit gibt, in Stellen aufzurücken, wo auch sie etwas zu befehlen haben, wie Kollege Sonnenfeld (Heiterkeit) . . . Sonnenfeld ausführte, so empfinden es tatsächlich die Arbeiter als eine Unterdrückung, daß sie Vorarbeitern unterstehen, die besser besoldet werden und keine Arbeit, sondern nur den Aufsichtsdienst verrichten; sie meinen, die Stellung als Vorarbeiter könnte jeder einzelne von ihnen auch ausfüllen. Die gebrauchte Taube der Vorarbeiterstelle fortwährend vor sich herumlaufen oder herumflattern zu sehen, das wird die Zufriedenheit der Arbeiter nicht herbeiführen. Die Zufriedenheit liegt darin, daß eine Lohnskala aufgestellt wird, die mindestens den Anfang einer Verbesserung darstellt. Die Wünsche der Arbeiter sind mit der jetzt aufgestellten Skala nicht erfüllt worden. Der Lohn, den die Vorarbeiter heute beziehen, ist für alle Straßenreinigungsarbeiter erschreckendwert, zum mindesten die Erhöhung des Minimallohnes auf 4 M. Die Eigenschaften der Intelligenz, Gewandtheit usw. sind bisher nicht die Vorbedingungen für das Aufsteigen gewesen, sondern es ist, wie bei allen unteren und Subalternbeamtenklassen, das Dienstalter; damit fallen alle Gründe für die Schaffung derartiger Posten überhaupt in sich zusammen. Die Klagen der Straßenreinigungsarbeiter, soweit sie mir zu Gehör gebracht worden sind, gehen in der Richtung, daß man ihnen nicht in kürzerer Zeit die Möglichkeit gibt, auf die höchste Lohnstufe zu gelangen. Vorläufig stehen ja die Stellen fest, vorläufig will der Magistrat Ruhe haben, wenigstens auf 3 Jahre; bestehen aber bleibt die Forderung, daß der Lohn, namentlich der Anfangslohn, ein ausreichender sein muß. Wenn ferner die Vorarbeiter sich mehr als Angeber fühlen, so wird auch damit die Zufriedenheit in der Arbeiterkategorie nicht gerade erhöht. Besser also, jeden Unterschied der Klassen weg zu legen!

Stadtv. Sonnenfeld: Der Vordredner vertritt einen ganz materialistischen Standpunkt; er legt auf die ideale Seite, daß der Arbeiter auch einmal in die Lage kommt, sich als Vorgesetzter zu betätigen, keinen Wert. Wie kommt es, daß die Arbeiter sich nicht gern kommandieren lassen von Leuten, die früher in Reich und Glied mit ihnen standen? Das kommt daher, daß Herr Pfannkuch und seine Genossen das Aufsteigen gerade verhindern wollen (Widerspruch und Heiterkeit); daher das unvermittelte Gegenüberstehen dieser beiden Sichten. So schlecht sind aber unsere Arbeiter nicht, daß sie es nicht vertragen könnten, von ihresgleichen kommandiert und organisiert zu werden; diese Ueringschänkung ist von seiten des Kollegen Pfannkuch ausgegangen. Herr Pfannkuch spricht auch von „Angehern“. Wir haben unter den Straßenreinigern zwei Vereine, einen großen, der nichts von den Sozialdemokraten wissen will, und dem auch fast sämtliche Vorarbeiter angehören; außerdem einen erheblich kleineren. Das ist die Quelle des Hasses gegen die Vorarbeiter. Es ist zwar bedauerlich, daß solche Auffassungen ausgesprochen werden, wie sie Herr Pfannkuch vertritt, aber es wird zur Milderung beitragen, daß sie ausgesprochen worden sind.

Stadtv. Pfannkuch: Ich weiß nicht, wie Herr Sonnenfeld aus meinen Vorlegungen das herausgehört hat, und zwar den Hoff der keinen Organisation gegen die große. Ich lasse mich nicht auf eine Diskussion darüber ein, welcher der beiden Organisationen der größere Wert beizumessen ist. Als ich in die Deputation eintrat, wandte sich einer von den Herren der größeren Organisation eindringlich an mich, lehrte mir aber nachher den Rücken, als er kein Entgegenkommen bei mir fand. Wenn Herr Sonnenfeld glaubt, daß wenn ich alle Straßenreinigungsarbeiter für so intelligent halte, einen Posten als Vorarbeiter anzunehmen, ich die Intelligenz überhaupt leugne, so ist das Gegenteil richtig. Wenn die Arbeiter sich ihre Vorgesetzten werden selber wählen können, wie es die Sozialdemokratie erstrebt, dann werden sie dem Gewählten freiwillig den Gehorsam zollen, den sie heute gegenwärtig machen dem ihnen mit diskretionärer Gewalt übergeordneten Arbeiter sollen müssen, in dem der Arbeiter nur selbsteiglichen sieht. Was der Vordredner über meinen Materialismus sagte, war also ein außerordentlich billiger Triumph. Ich protestiere also nochmals gegen die Unterstellung, als ob ich den Arbeitern die Intelligenz im allgemeinen abgesprochen hätte. Weil nicht alle heute Vorarbeiter sein können, halte ich dafür, allen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, gleichviel, ob Vorarbeiter oder Arbeiter, auch den Lohn eines Vorarbeiters beziehen zu können; damit tun wir den Arbeitern der städtischen Straßenreinigung den besten Dienst.

Stadtv. Goldschmidt: Der Vordredner hat jedenfalls durch seine Theorie den Kollegen Sonnenfeld zu seinen weitergehenden sozialpolitischen Forderungen provoziert. Wir haben stets die Löhne der städtischen Arbeiter zu verbessern getrebt; aber es ist doch billig, zu sagen, alle Arbeiter sollten den Lohn der Vorarbeiter bekommen. Ein solches Gleichmachen nach oben ist unaußführbar; dann könnten ja auch z. B. alle Lehrer das Gehalt der Rektoren oder gar des Schulrates verlangen usw. Diese Gleichmacherei findet doch heute auch bei verständigen Sozialdemokraten keine Anerkennung mehr; ich empfehle Ihnen, den Aufsatz von Edmund Fischer in den „Sozialistischen Monatsheften“ zu lesen, der von dem Aufsteigen eines Mittelstandes aus der Arbeiterkategorie handelt und von der Aufgabe, dieser Schicht bei solchem Aufsteigen behilflich zu sein.

Stadtv. Sonnenfeld: Ich habe nicht gesagt, Herr Pfannkuch habe den Arbeitern die Intelligenz abgesprochen; er hat ihrem Charakter einen Vorwurf gemacht, gegen den ich mich wenden mußte.

Stadtv. Pfannkuch: Ich würde meiner ganzen Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung ins Gesicht schlagen, wenn ich solchen Vorwürfen den Arbeitern gemacht hätte. Unsere ganze politische Tätigkeit wurzelt in dem Vertrauen der Arbeiterkategorie in ihre selbstgewählten Führer, und ich bin einer davon; auch mein erbittertester Gegner wird mir die Dummheit nicht zutrauen, mir auf diese Weise selbst die Basis meiner Tätigkeit zu entziehen.

Damit schließt die Diskussion. Abänderungsanträge sind nicht gestellt; die Versammlung beschließt nach den Magistratsanträgen. Die Petition der Steuererheber beantragt Stadtv. Goldschmidt dem Ausschuss zu nochmaliger Beratung zurückzugeben. Die Ueberweisung als Material genügt nicht. Die Steuererheber erstreiten sich aneinander in der Versammlung wie beim Magistrat nicht besonderer Beliebtheit (Heiterkeit). Seit zehn Jahren hätten sie keine eigenartige Gehaltsaufbesserung erfahren, obwohl heute ihre Beschäftigung eine dauernde und zu Zeiten sehr anstrengende, ihre Stellung eine überaus verantwortungsvolle sei. Man sollte die Petition dem Magistrat zur Erwägung überweisen.

Stadtv. Sonnenfeld: Ich würde meiner ganzen Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung ins Gesicht schlagen, wenn ich solchen Vorwürfen den Arbeitern gemacht hätte. Unsere ganze politische Tätigkeit wurzelt in dem Vertrauen der Arbeiterkategorie in ihre selbstgewählten Führer, und ich bin einer davon; auch mein erbittertester Gegner wird mir die Dummheit nicht zutrauen, mir auf diese Weise selbst die Basis meiner Tätigkeit zu entziehen.

Damit schließt die Diskussion. Abänderungsanträge sind nicht gestellt; die Versammlung beschließt nach den Magistratsanträgen. Die Petition der Steuererheber beantragt Stadtv. Goldschmidt dem Ausschuss zu nochmaliger Beratung zurückzugeben. Die Ueberweisung als Material genügt nicht. Die Steuererheber erstreiten sich aneinander in der Versammlung wie beim Magistrat nicht besonderer Beliebtheit (Heiterkeit). Seit zehn Jahren hätten sie keine eigenartige Gehaltsaufbesserung erfahren, obwohl heute ihre Beschäftigung eine dauernde und zu Zeiten sehr anstrengende, ihre Stellung eine überaus verantwortungsvolle sei. Man sollte die Petition dem Magistrat zur Erwägung überweisen.

Stadtv. Pfannkuch: Ich würde meiner ganzen Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung ins Gesicht schlagen, wenn ich solchen Vorwürfen den Arbeitern gemacht hätte. Unsere ganze politische Tätigkeit wurzelt in dem Vertrauen der Arbeiterkategorie in ihre selbstgewählten Führer, und ich bin einer davon; auch mein erbittertester Gegner wird mir die Dummheit nicht zutrauen, mir auf diese Weise selbst die Basis meiner Tätigkeit zu entziehen.

Damit schließt die Diskussion. Abänderungsanträge sind nicht gestellt; die Versammlung beschließt nach den Magistratsanträgen. Die Petition der Steuererheber beantragt Stadtv. Goldschmidt dem Ausschuss zu nochmaliger Beratung zurückzugeben. Die Ueberweisung als Material genügt nicht. Die Steuererheber erstreiten sich aneinander in der Versammlung wie beim Magistrat nicht besonderer Beliebtheit (Heiterkeit). Seit zehn Jahren hätten sie keine eigenartige Gehaltsaufbesserung erfahren, obwohl heute ihre Beschäftigung eine dauernde und zu Zeiten sehr anstrengende, ihre Stellung eine überaus verantwortungsvolle sei. Man sollte die Petition dem Magistrat zur Erwägung überweisen.

Oberbürgermeister Kirchner: Ich fürchte, mit einer anderen Behandlung der Petition der Steuerheber, als sie der Ausschuss vor schlägt, möchten Hoffnungen erregt werden, die sich nachher nicht erfüllen. Die Steuerheber haben tatsächlich mehrfach Gehalts-erhöhungen, vor zwei Jahren noch eine solche von 100 M. erfahren. Der Magistrat behandelt diese Beamtenklasse mit demselben Wohl-wollen wie die anderen. Die Befolgung der Steuerheber ist eine angemessene. Ob ein Steuerheber vom Publikum gern gesehen wird oder nicht — danach kann man sein Gehalt nicht bemessen. Daß sie besonders überlastet waren, davon kann ich mich nicht überzeugen; alles in allem ist es allein gerechtfertigt, die Petition als Material zu überweisen.

Stadtv. Wälsch (soz. fortschr.) bedauert die vom Oberbürger-meister abgegebene dem Magistrat präjudizierende Erklärung. Die Steuerheber verdienen doch mehr Sympathie; sie seien mit Geldbriefftragern und Kassenboten durchaus nicht auf eine Stufe zu stellen. Im Ausschusse habe man ihr Anliegen und sie selbst mit Geringschätzung behandelt. Der Magistrat möge sie schon im nächsten Jahre mit einer Verbesserung bedenken.

Stadtv. Goldschmidt: Die Steuerheber schlagen und ein-mützig vor, einen Ausschuss einzusetzen, der das ihnen obliegende Arbeitsmaß prüfen soll. Jedenfalls können wir soweit gehen, ihre Petition dem Magistrat zur Ermäßigung zu überweisen. Von den Erklärungen des Oberbürgermeisters werden sie gewiß dankbar Notiz nehmen.

Oberbürgermeister Kirchner: Ich habe nicht mit Geringschätzung von den Steuerhebern gesprochen, wie Herr Wälsch meinte (Zurufe). Ich empfehle nur, die Petition nicht anders wie die anderen Petitionen zu behandeln.

Stadtv. Wälsch stellt richtig, daß er nicht dem Oberbürger-meister, sondern dem Ausschusse nachsagte, er habe das Petition der Steuerheber mit Geringschätzung behandelt.

Der Antrag Goldschmidt wird abgelehnt; die Ausschusshandlungen, sodann die Vorlage im ganzen und die Resolution gelangen zur Annahme.

Die Vorlage wegen Erwerbs eines Schulgrundstücks in der Dunderstraße geht auf Antrag der Stadtverordneten Isaac (N. L.) und Baumann (Fr. Fr.) an einen Ausschuss.

Die Vorlage wegen Verkauf des Restgrundstücks des Andreaskollegiums, Koppentrage 7b, wird angenommen, ebenso die Vorlage betr. den Erwerb eines Grundstücks in Hohen-schönhausen zur Einlegung von Kanalisationsdrainagen, und end-lich die Vorlage wegen Abänderung von Fluchtlinien von neu projektierten Straßen auf dem Gelände zu beiden Seiten der Kolonialstraße zwischen der Christianstraße und der Weichbildgrenze mit Heimendörfer und Pankow.

Schluß nach 8 Uhr.

Gewerkchaftliches.

„Christliche“ Heuscherei

Am 2. Juni fand im Saale des Herrn Gent zu Mönchsbre eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse Hansmann aus Bochum referierte. Zur Diskussion sprachen dann Genosse Wilmann und der „christliche“ Agitator Antreichers-meister Kach. Letzterer konnte es nicht übers Herz bringen, den Arbeiterverbänden darüber Vorwürfe zu machen, daß aus Luxemburg Erz geliefert werde. Die Genossen Wilmann, Handmann und Heubacher konnten nachweisen, daß Genosse Thilmann in jeder Hinsicht seine Schuldigkeit getan hat, und wenn heute noch Erz aus Luxemburg nach Lothringen kommt, dies nicht die Schuld der freierwerbenden Bergarbeiter ist, sondern diejenige der Schminn-gegnossen von Nach, Jambusch usw. Dies beweist das Verbands-organ des luxemburgischen katholischen Arbeitervereins, das „Luxemburger Volk“, ein echt „christliches“ Blattchen. Dasselbe bringt in seiner Nr. 22 vom 1. Juni unter der Überschrift „Sozialistische Heuscherei“ nebst anderen Angriffen auf Genossen Thilmann folgende Ausführungen, welche so recht die „christliche Arbeiterfreundschaft“ beleuchten. Es heißt da:

Die allgemeinen Entschlüsse über die Streikbewegung in anderen Ländern zeigen, daß die immer mehr um sich greifende Streikfrage in den meisten Fällen zu einer Streikmilde geworden ist. Lediglich haben wir in unserem Lande einige Sozialisten, deren Hauptaufgabe im Leben liegt. Der größte Hehapostel ist unter ihnen Genosse Thilmann. Der gute Mann wird von den deutschen Genossen mit einem nicht zu verachtenden Gehalte bezahlt. Beim Streik ist es Nebenache, ob die Arbeiter ebenfalls etwas haben für sich, für Frau und Kind, oder ob sie, wie es den streikenden Italienern der Hütte Rehm u. Co. ergangen ist, einfach auf die Straße geworfen werden. Thilmanns Gehalt wird in letzterem Falle keineswegs beinträchtigt. Darum sehen wir auch, wie ihn jede Gelegenheit gut genug ist, um die Arbeiter in unserer Minettegegend aufzuklären. Die elsthaltheingewandten Arbeiter sind in diesem Augenblicke wegen einer ausschließlich in Lothringen aktuellen Angelegenheit in den Ausland getreten. Flugs erläßt der luxemburgische Obergewerkschaftsverband den Aufruf: „Die Erzbergmänner im lothringischen Erz-gebiete streifen wegen des Knappschaffens noch immer. Der Aufruf hat in letzter Zeit an Ausdehnung gewonnen. Aus Luxemburg wird, wie uns gemeldet, Minette nach dem Streik-gebiete verladen. Bergmänner Luxemburg! Ihr dürft nicht Streikbrecher werden und solchen Minette dorthin verladen, sondern seid mit euren lothringischen Brüdern solidarisch, indem ihr nicht Minette brecht noch verladet, die für das lothringische Streikgebiet bestimmt ist.“ Nicht genug damit. Thilmann hält auch Konferenzen, in denen er mit drohendem Phrasenschnall aufsteht und die luxemburgischen Arbeiter ermahnt, sich mit den streikenden in Lothringen solidarisch zu erklären. Endlich wird in sämtlichen deutschen Zeitungen die Nachricht verbreitet, die luxemburgischen Arbeiter seien solidarisch mit den Lothringern und würden ebenfalls in den Ausland treten. So hätten die Führer der Sozialdemokratie in Luxemburg beschlossen. Es ist dies eine Irreführung der öffentlichen Meinung und eine Auf-heberei, die wirklich unqualifizierbar sind. Glücklicherweise haben die Arbeiter erkannt, auf welcher Seite ihre Interessen energisch liegen, aber mit Verstand, ohne Doh und ohne Doh vertreten werden. Darum haben sie sich von dem Hehapostel losgelöst und suchen in den katholischen Arbeitervereinen ihre wirklichen Interessen zu wahren und zu vertreten.“

So das Bruderblättchen der „christlichen“ Gewerksvereine. In den Versammlungen in Lothringen erklären tagtäglich die „christlichen“ Führer, daß es eine Schande sei, daß die Luxemburger Arbeiter Erz liefern, dadurch werde der Streik in die Länge gezogen, und der alte Verband, der durch seine Verbindungen Einfluß in Luxemburg habe, müsse für Abänderung Sorge tragen, sonst solle die Schuld mit auf ihn. Solche Heuscherei kann kaum noch übertrieben werden.

Berlin und Umgegend.

Achtung!

Die Sperre über die Deutsche Wollfabrik in Stralau ist aufgehoben; über die Wollfabrik B. Deutsch bleibt dieselbe bestehen.

Berein zur Wahrung der Interessen der Schiff- und Bootbauer. Stralau-Kummelsburg.

Achtung! Maß- und Konfektions Schneider!

Wie an anderer Stelle dieses Blattes zu sehen ist, haben wir wegen fortgesetzter Mißregelung unserer Kollegen über die Firma Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141 und Frankfurterstr. 15 den Boykott verhängt. Für unsere Kollegen verhängen wir hiermit über die Firma die Sperre. Je-mannlich beteiligte sich Lindenbaum in diesem Frühjahr ebenfalls an der Aussperrung. Was ihm damals nicht glückte, glaubt er jetzt, nach beendeter Saison, wo der Mangel an Arbeits-

tranten nicht mehr so groß ist, durchsetzen zu können. Verband der Schneider und Schneiderinnen. Zentrale Berlin. Die Ortsverwaltung.

Berichtigung. Zu unserer Notiz „Die Kaiserliche Post als Konkurrent im Postempfangsgewerbe“, teilt uns Herr Emil Libau, Steglitzerstr. 36, mit, daß die in diesem Hause unter der ein-geführten Firma Jahn betriebene Drogerie sein Eigentum ist und er selbst mit den dort ausgeführten Arbeiten nichts zu tun habe.

Deutsches Reich.

Entwicklung und Erfolge des Fabrikarbeiterverbandes im Jahre 1906.

Das Jahr 1906 zeigt gerade in diesem Verbands ein Bild glänzender Entwicklung, das sich besonders in der Finanzgebarung ausprägt. Kann der Verband doch im Jahre 1906 alle in mehr Einnahmen und Ausgaben verzeichnen, als in den 15 Jahren seit seiner Gründung (1890) zusammengekommen. Beitrag doch in diesen 15 Jahren die Gesamteinnahme 1 646 486 M., die des Jahres 1906 allein aber 1 755 649 M., die Ausgaben jedoch 1 624 078 M., gegen 1 331 127 M. in 15 Jahren. Die Mitgliedszahl stieg auf 123 215 im Jahre 1906, was eine Zunahme von 77 682 oder 170 Proz. in den letzten drei Jahren bedeutet. In dem gleichen Zeitraum stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder um 106 Proz., nämlich von 6062 auf 11 824. Auch die Einnahme allein aus Eintrittsgeldern und Beiträgen war gegen das Vorjahr um 739 419 M. gestiegen. An Unterstufungen wurden 1906 insgesamt 1 106 729 M. ausgezahlt. Der Kassenbestand war am 1. Januar 1907 in der Hauptklasse um 131 662 M. höher als im Vorjahr.

Diese Zunahme ist zwar nicht besonders groß, erklärt sich aber daraus, daß das Jahr 1906 ein an Kämpfen besonders reiches Jahr war. Wurden doch Lohnbewegungen ohne Streiks in 102 Orten, 366 Betrieben, die 55 693 Arbeiter beschäftigten, geführt. Von den 32 742 Arbeitern und Arbeiterinnen, die an den Lohnbewegungen teilnahmen, waren jedoch nur 21 398 gewerkschaftlich organisiert. Diese Bewegungen hatten als Erfolg zu verzeichnen: für 5162 Be-teiligte 22 118 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche, für 29 972 Be-teiligte eine Lohnerhöhung von 55 831 M. pro Woche oder pro Person durchschnittlich 1,50 M. Außerdem wurden noch 48 Tarifverträge mit 83 Betrieben vereinbart, die für 6596 Personen das Arbeitsverhältnis regeln. Diese Lohnbewegungen löseten dem Verbands nur 1902 M. Ein weit lebhafteres Bild der Kampf-tätigkeit und Erfolge des Verbandes im Jahre 1906 zeigen die Streiks und Aussperrungen. An 111 Streiks in 126 Orten und 402 Betrieben führte der Verband 10 586 männliche und 748 weibliche Personen in den Streiklisten, wozu beim Streik-beginn 76 Proz. männliche und 77 Proz. weibliche Personen organi-siert waren, sechs Monate vor dem Streik aber nur 41 und 20 Proz. 49 Streiks endeten mit vollem, 34 mit teilweisem und 28 ohne Er-folg. Erreicht wurde für 6387 Be-teiligte 11 862 M. Lohnerhöhung pro Woche, für 2786 Zuschlag für Ueberstunden und für 2408 einen Zuschlag für Sonntagsarbeit. Für 2232 wurden 9206 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche erlangt. Von 33 Abwehrstreiks, die 183 220 M. kosteten, hatten 17 den erhofften Erfolg nicht. Die 23 Aussperrungen im Jahre 1906, wozu 4134 Mitglieder beteiligt waren, verursachten 302 349 M. Ausgaben. 10 Aussperrungen verliefen erfolglos, 3 hatten vollen und 8 teilweisen Erfolg für die Arbeiter. Die Gesamtkosten der Lohnkämpfe des Verbandes be-laufen sich auf 743 820 M.

Zum Streik der Seeleute.

Die Situation hat sich in den letzten Tagen nur insofern geändert, daß mit jedem in Hamburg einlaufenden Schiff die Zahl der Streikenden größer wird. Obwohl ein ganzes Heer von Werbagenten hinausgeschickt worden ist nach aller Herren Länder, ist der Zugang von Streikbrechern ein ganz minimaler. Wie wir schon wiederholt berichtet haben, ist man in der Befahrung der Schiffe nicht wählerisch. Hat man keine Seeleute, so schickt man Geinadel aller Art, von dem viele das Recht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, auf die Schiffe, und die Schiffsoffiziere können sehen, was sie damit fertig werden. Wie bei der Aussperrung der Schauerleute, wird auch jetzt seitens der den Reedern stets dienst-willigen Behörden gegen die streikenden Seeleute vorgegangen, damit diese ja nicht mit dem internationalen Streikbrechergewinn in Berührung kommen. Die besseren Elemente unter den ange-worbenen Leuten, so namentlich die holländischer Junge, haben nach erhaltener Information Hamburg den Rücken gekehrt. In der am Dienstagabend stattgehabten Versammlung der Streikenden wurde der Verbandsleitung volles Vertrauen ausgesprochen und aufs schärfste die Festlichkeit verurteilt, „mit der Reeder und Schiffs-leitungen jetzt in jeder Beziehung Recht und Gerechtigkeit mit Füßen treten.“ Protestiert wurde gegen die von den Behörden und ihren Organen ergriffene Parteimahne für die Reeder und gegen die streikenden Seeleute.

Zur Metallarbeiter-Aussperrung im Maingebiet.

Die Verhandlungen zwischen den Kommissionen der Arbeiter und Unternehmer in Offenbach ziehen sich immer weiter hinaus. Zu der Hauptforderung der Arbeiterchaft: neunstündige Arbeitszeit, wurde von den Unternehmern die Erklärung abgegeben, daß sie diese Forderung ablehnen. Dafür soll vom 1. Oktober 1907 ab in den Offenbacher Betrieben die 9½ stündige tägliche oder die 57 stündige wöchentliche Arbeitszeit eingeführt werden. — Dazu muß bemerkt werden, daß in den meisten Betrieben des Bezirks Frankfurt a. M. Offenbach die 9½ stündige oder gar eine kürzere Arbeitszeit schon eingeführt ist.

Bei den Aussperrten in Frankfurt a. M. herrscht Kampfes-stimmung. In den Lohmeyerwerken haben die Nichtausgesperrten die Arbeit niedergelegt. Nur ein paar Dutzend Galbinalden usw. blieben von den 2200 Mann in der Fabrik. Bei den Adlerfabrik-werken vorn. H. Meyer kam es am Freitag ebenfalls zur voll-ständigen Arbeitsniederlegung. Von der Organisation wurden beim Beginn der Aussperrung nur einzelne Abteilungen durch Arbeitsniederlegung lahm gelegt. Die Direktion wurde nun genötigt, daß auch in den anderen Abteilungen die Arbeiter heraus-gezogen werden sollten. Dem wollte sie vorbeugen und ließ eine Abstimmung über allgemeine Niederlegung der Arbeit am nächsten Freitag vornehmen. Die Direktion der Adlerwerke hoffte wohl, da sie bei der Aussperrung sorgfältig die Organisierten heraus-geführt hatte, daß eine geringe Majorität weiter arbeiten will. In dem Anschlag hieß es: „Die Stimmenmehrheit entscheidet und hat sich die Niederlegung unterzuordnen.“ Das Resultat der Abstimmung war für die Direktion überraschend. Für Arbeitsniederlegung stimmten 565, dagegen 413 Arbeiter. So wird nun vom Freitag ab auch in den Adlerwerken die Arbeit vollständig ruhen.

Streik der Maler in Oden.

Da die Arbeitgeber sich weigern, den in Offen vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Tarif für Rheinland und Westfalen anzuerkennen, beschloßen die Maler und Anstreichergehülfen gegen zwei Stimmen sofort die Arbeit einzustellen. Zugang ist streng ferngehalten.

Ausland.

Gewerkschaftliche Kämpfe und Erfolge in Norwegen. Die großen Lohnkämpfe in der norwegischen Papier- und Zelluloseindustrie dehnen sich immer weiter aus. Die vor acht Tagen angekündigte Aussperrung der Borregaards- und Hafslunds-Sulfidfabriken ist nun durchgeführt und erstreckt sich auf 2000 Arbeiter. Im ganzen werden die Lohnkämpfe jetzt 4000 Arbeiter umfassen. Verhandlungen mit den Unternehmern haben zu keiner Einigung geführt. Obwohl jene englische Gesellschaft im verfloßenen Jahre 57 Proz. Reingewinn er-zielte, will man den Arbeitern ihre bescheidenen Forderungen nicht bewilligen.

Einen sehr schätzenswerten Erfolg hat der norwegische Arbeits-mannsverband dieser Tage in den Kupferwerken von

Sulitjelma errungen. Man bezeichnet diese Betriebe der-elenden Verhältnisse wegen bisher als die „Lappländische Hölle“. Nun ist dort ein Tarifvertrag zu stande gekommen, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse von 2000 Arbeitern annehmbar regelt.

Ein Streik der Buchdrucker ist in der Druckerei des Blattes „Morgenposten“ in Kristiania ausgebrochen, weil man hier danach trachtet, systematisch die organisierten Arbeitskräfte durch unorganisierte zu ersetzen. Die Prinzipalvereinigung ver-sucht nun, die Streikenden im ganzen Lande von der Arbeit aus-zuschließen.

Ein „christlicher“ Kartellpräsident als Streikbrechervermittler.

In Hochdorf haben sämtliche Metallarbeiter gekündigt und da die Meister nicht bewilligen wollten, begann der Streik mit Montag den 8. Juni. Nun veröffentlicht der „Arbeiter“, das Organ des Zentralverbandes „christlicher“ Arbeiterorganisationen in der Schweiz, folgendes Inzerat:

3 Metallarbeiter, 3 Schleifer und 3 Formner per sofort gesucht. Dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn!

Sich wenden an Alois Rast, Kartellpräsident, Hoch-dorf.

Der Seemannsstreik in Rotterdam.

Wie schon der Telegraph berichtet, ist auch in Rotterdam ein allgemeiner Streik der Seeleute ausgebrochen, der sich jedoch nicht auf die Holland-Amerika-Linie und den Rotterdammer Lloyd erstreckt, mit denen besiedigende Arbeitsverträge von der Rotterdammer Ab-teilung des Niederländischen Seemannsverbandes abgeschlossen worden sind, und ebenfalls nicht auf die Vatabia-Linie, über die die Ent-scheidung der Seeleute noch aussteht. Forderungen haben die See-leute bereits im Juni vorigen Jahres an den Niederländischen Reedereiverband gestellt. Sie verlangten Erhöhung der Monatslöhne um 5 Gulden, für die Matrosen 41 Gulden, für die Deizer 45 Gulden; ferner für das Deckpersonal am Lande die zwölfstündige Arbeits-zeit, auf See die zehnstündige, für die Deizer die zehn- und acht-stündige Arbeitszeit; dazu Bezahlung der Ueberstunden mit 25 Cent.

Der Streik, der in der ersten Zeit nur einzelne Schiffe betraf, dehnt sich nach und nach immer mehr aus. Ein großer Teil der Seeleute hat vierzehntägige Kündigung und muß diese Frist inne-halten. Der Streik wird von den Seeleuten mit ebensoviel Ruhe wie Entschlossenheit durchgeführt.

Ein Gerücht besagt, daß der Streik auch nach Amsterdam über-greifen werde. Die „Dei Volk“ erklärt, liegt jedoch nicht die Absicht vor, hier in einen Solidaritätsstreik einzutreten. Die Seeleute in Amsterdam haben jedoch beschlossen, an die Reeder der allgemeinen Frachtschiffahrt das Ersuchen zu richten, gewisse Abmachungen, die jetzt nur mündlich getroffen werden, schriftlich in den Arbeitsverträgen festzulegen.

Ein Erfolg der Seeleute. Aus Rotterdam wird berichtet: Die Dampferlinie Rotterdam—London hat für ihre dem Import und Export dienenden Schiffe die von dem Verband der Seeleute auf-gestellten Forderungen zugestanden. Die Mitglieder des Verbandes dürfen sich nunmehr auf diesen Schiffen anmustern lassen.

Aussperrung in Lohz.

Den Lohzger Fabrikanten ist es nicht genug, daß sie durch die letzte Aussperrung den Widerstand der Arbeiterschaft zu brechen vermochten. Sie wollen jetzt die Aussperrung wieder aufnehmen, um an den Arbeitern sattem Rache zu nehmen. Die Ermordung des Direktors der Fabrik von Pognansky, Rosental, die von einem Unbekannten verübt worden ist, soll nun dadurch beantwortet werden, daß 40 000 unschuldige Personen dem Hunger und der Not preisgegeben werden. Wenn der Reeder auch zu den Arbeitern gehören sollte, bedarf es ja der ungläublichsten Grausamkeit, um Tausende für das Verbrechen eines Einzelnen büßen zu lassen. Doch was kümmert das den Verband der Fabrikanten? Laut des Verbands-statuts kann die Verübung eines terroristischen Anschlages auf eine beiter aus 2 bis 6 Wochen auszusperrten.“ Welche Komplikationen die Durchführung dieses Planes nach sich ziehen kann ist daraus ersichtlich, daß sich eine Deputation der verbündeten Fabrikdirektoren nach Berlin begeben hat, um bei der Verbandsleitung darum nach-zuforschen, sich dieser strengen Maßnahme bis auf weiteres zu ent-halten.

Eingegangene Druckschriften.

„Griechenverfolgungen in Bulgarien“ von H. R. Verlag „Berliner Revue“, Berlin W. 35. Preis 50 Pf.
Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bewegung in Dänemark von E. Holms. Preis 4 M. Verlag: C. L. Hirschfeld, Leipzig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Freigesprochen.

Flauen i. B., 6. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Urteil des Schöffengerichts Auerbach, das den Genossen Adolf Hoff-mann zu drei Wochen und zwei andere Genossen zu je zehn Tagen Gefängnis verurteilte, weil sie bei der letzten Wahl durch Besuch der Lungenheilstätte Albertsberg gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch be-gangen haben sollten, wurde heute vom Landgericht Flauen aufge-hoben. Alle drei wurden freigesprochen und die Kosten der Staats-kasse auferlegt.

Sonntagruhe im Handelsgewerbe.

Darmstadt, 6. Juni. (B. Z. B.) Die Stadtverordneten-versammlung nahm das Ortsstatut an betreffend die Sonntagruhe im Handelsgewerbe, nach welchem vom 1. Januar 1908 ab die Geschäften, Lehrlinge und Arbeiter, soweit nicht bestimmte Aus-nahmen zugelassen sind, an Sonn- und Festtagen nicht im Handels-gewerbe beschäftigt werden dürfen und ein Gewerbebetrieb mit offenen Verkaufsstellen an diesen Tagen nicht stattfinden darf.

Explosion.

Offenbach a. M., 6. Juni (R. S.) Wie das „Offenbacher Abendblatt“ meldet, explodierte gestern auf den Farbwerken Mühl-heim ein Desfiltrieretessel, wobei ein Arbeiter seinen Tod fand. Das Gebäude wurde zerstört, in der Umgegend wurden Dächer abgedeckt, Fenster zertrümmert und Wände beschädigt.

Verleitetes Ehrgefühl.

Budapest, 6. Juni (R. S.) Der Journalist Bekessy hat sich heute Vormittag aus Gram darüber, daß ein hiesiges Blatt ihn des Plagiats beschuldigt hatte, eine Angel in die Brust geschossen. In heftigem Zorn wurde er in ein Krankenhaus gebracht.

Folgen schwerer Dedensinsurg.

Brüssel, 6. Juni. (R. S.) Als heute nachmittags in Londerzoh an einem Neubau die Belastungsprobe vorgenommen werden sollte, stürzte eine Decke ein, und begrub acht Arbeiter unter sich. Nach angestrengten Bemühungen ist es gelungen, drei Arbeiter aus den Trümmern hervorzuziehen. Einer war bereits tot, die beiden anderen sind schwer verletzt. Man vermutet, daß auch die fünf übrigen Arbeiter bereits tot sind.

Die russische Revolution.

Die Fabrikarbeiter.

Petersburg, 6. Juni. (B. G.) Unter den hiesigen Fabrikarbeitern macht sich wieder eine revolutionäre Bewegung bemerkbar.

Die Bauern.

Moskau, 6. Juni. (B. G.) Die Agribewegung in den Gouvernements Tula, Smolensk und Tschernigow nimmt gefährliche Dimensionen an.

Interpellationen.

Petersburg, 6. Juni. (Reichsduma.) Eine Interpellation über eine Strafexpedition gegen das kaukasische Dorf Lankuth wird in Vertretung des Statthalters des Kaukasus von Baron Kolbe beantwortet.

In Beantwortung einer Interpellation über die Auswanderung nach Sibirien erklärt der Landwirtschaftsminister Fürst Wassilitschikow, daß die Regierung, weit entfernt, Maßnahmen zu treffen, die die Auswanderung begünstigen, bemüht sei, in dieser Beziehung dort normale Verhältnisse zu schaffen.

Sommerferien!

Trotz der alarmierenden Gerüchte über die bevorstehende Auflösung der Reichsduma versichern gut unterrichtete Regierungsvertreter, daß von einem derartigen Beschlusse an zuständigen Stellen bisher nichts bekannt sei.

Das Rezept, die „Kerls“ im richtigen Augenblick auf Ferien zu schicken, ist natürlich aus Deutschland bezogen.

Der Krieg im Berliner Baugewerbe.

Das Heer der kämpfenden Arbeiter hat sich seit Montag wieder um eine Sektion vermehrt. Nachdem die Puher am Sonntag den Beschluß gefaßt hatten, nicht ruhig zuzusehen, bis sie von den Unternehmern nach und nach auf die Strafe gesetzt werden, sondern ihnen mit der Arbeitsniederlegung zuvorzukommen, ist dieser Beschluß am Montag ausgeführt worden.

Die in der Versammlung des Zentralverbandes der Zimmerer am Mittwochabend in der Brauerei Friedrichshain angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die am 5. Juni 1907 tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, zahlstellige Berlin und Umgegend, hält in dem gegenwärtigen Kampfe fest an der bereits beschlossenen Taktik, die 8 1/2 stündige Arbeitszeit und 80 Pf. Stundenlohn zu erringen.

Der Zahlstellenvorstand ist ermächtigt, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihm zur Durchführung dieser Taktik als notwendig erscheinen. Er hat insbesondere dahin zu wirken, daß möglichst viele Kameraden zu den beschlossenen Lohn- und Arbeitsbedingungen in Arbeit kommen und die auf dem Kampfbühnen überflüssigen unberbeiteten Kameraden abweisen, den Kampfplatz verlassen.

Auch die Affordmauer-Angelegenheit ist nur insofern in Erwägung zu ziehen, wie sie mit der Erringung der gestellten Forderungen in Beziehung steht und zur Komplizierung des Kampfes nicht beiträgt. Alle Komplifikationen sind möglichst zu meiden, weil sie die Durchführung der bereits beschlossenen Taktik nur hinderlich sind.

Eigenmächtige Arbeitseinstellungen dort, wo die gestellten Forderungen bewilligt sind, müssen vermieden werden. Wünschen die Maurer oder Bauhilfsarbeiter an einem Bau die Arbeitseinstellung der Zimmerleute, so haben sie laut Kartellvertrag zwischen den in Betracht kommenden Zentralorganisationen dahingehende Anträge von seiten ihrer Leitung an die Zahlstellenleitung der Zimmerer zu richten. Diese hat zu prüfen, ob eine Sympathiearbeitseinstellung der Durchführung der bereits beschlossenen Taktik nicht hinderlich ist, und demnach die eventuell erforderlichen Maßnahmen anzuordnen.

Eigenmächtige Einwirkungen von Maurer- oder Bauhilfsarbeiter-Striktposten, die den Zweck verfolgen, Zimmerleute zur eigenmächtigen Einstellung der Arbeit an fraglichen Baustellen zu bestimmen, sind als illegal entschieden zurückzuweisen. Derartige wilde Einflüsse derselben sind nicht nur gegen die im Einverständnis mit den Maurern und Bauhilfsarbeitern beschlossene Taktik und in schroffer Weise gegen den Kartellvertrag der Zentralorganisationen, sondern sie schwächen auch die Bewegung zugunsten des Unternehmertums.

Der Kampf im Bäckergewerbe.

Gestern sind bei Meistern, die bewilligt haben, wieder 70 Geleuten neu eingestellt worden. Ein Zeichen, wie sich die Geschäfte er einseitigen Bäckermeister heben. Auch 22 neue Bewilligungen sind gestern wieder eingelaufen. So kommt doch ein großer Teil der Bäckermeister nach und nach zu besserer Einsicht. Die Freie Vereinigung der Bäckermeister hat sich bekanntlich geweigert, den Schiedsspruch des Einigungsamtes anzuerkennen. Jetzt hat sie die Mehrzahl der Mitglieder der Freien Vereinigung die Forderungen, die sie ja mit dem Schiedssprache decken, anerkannt und unterschrieben, allerdings als Einzelpersonen. Bäckermeister Fischer, die führende Persönlichkeit in der Freien Vereinigung,

hatte sich bis jetzt gegen die Anerkennung der Forderungen gestäubt. Die Folge davon war, daß er einen großen Teil seiner Kundenchaft einbüßte. Das hat Herrn Fischer anderen Sinnes gemacht. Jetzt hat auch er die Forderungen bewilligt.

Bei den Kundenfameliellen, welche der Bäckerverband in solchen Stadtteilen eingerichtet hat, wo nur wenige Bäckermeister bewilligt haben, sind Meldungen in großer Zahl eingelaufen. Die betreffenden Kunden werden nunmehr von Bäckermeistern, die bewilligt haben, zu ihrer Zufriedenheit bedient.

Bei den Hefehändlern, die sich zur Niederzwingung der Bäckergehilfen mit den Innungen verbündet hatten, zieht der Dalkes ein. Gestern wurden in der Pfandkammer fünf Zentner Hefe öffentlich versteigert. Diefem Zeichen des Niederganges der Syndikatsherren werden weitere folgen. Der Plan, eine Inhabilitätsfreie Hefefabrik zu gründen, nimmt immer fester Gestalt an. Das erforderliche Kapital ist bereits gesichert, die Gründung dürfte in nächster Zeit eine vollendete Tatsache werden. Ein ausreichender Kundenkreis ist dem neuen Unternehmen bereits gesichert, denn der Ueberfall durch das Syndikat hat die davon betroffenen Bäckermeister derart erbittert, daß sie entschlossen sind, die geschäftlichen Beziehungen mit ihren bisherigen Hefelieferanten unter keinen Umständen wieder aufzunehmen. Die Herren vom Syndikat fallen also in die Grube, die sie anderen gegraben haben.

Der Nachtbänkel der Innungsleiter offenbart sich in verschiedener Weise. Durch eine Kette von Konventionstrafen für alle möglichen Handlungen suchen sie die Innungsmitglieder, welche bewilligt haben, zu schädigen. Ein Bäckermeister in Reinickendorf, wo eine Zwangsinnung besteht, erhielt vom Obermeister Liebling folgendes Schreiben:

Sie haben sich mir ehrenwörtlich und unterschäftlich verpflichtet, bei eintretender Lohnbewegung keine Kunden anderer Kollegen anzunehmen. Nach Beweis der Kollegen Braum und Baumgärtel haben Sie von denselben Kundenchaft nach sich gezogen und bedient. Ich fordere Sie deshalb auf, innerhalb 24 Stunden die Konventionstrafe von 30 M. mir einzulösen, widrigenfalls ich das Geld durch die Gemeindebehörde eintreiben lasse.

Achtungsvoll

Liebling, Obermeister.

Der mit dem obermeisterlichen Strafbefehl Bedachte wendet dagegen ein, er könne doch nicht jeden einzelnen Kunden, der zu ihm kommt, fragen, von wem derselbe vormer seine Waare gekauft hat. Der Kunde würde auf eine solche Frage wohl erwidern, ob denn der Fragesteller verrückt sei. Die Herren Baumgärtel und Braum hätten doch jeden von ihnen abgehenden Kunden ein Erkennungszeichen anheften sollen, denn an der Kafenspiße könne man seinem Kunden ansehen, wo er früher gekauft habe.

Die Antwort ist gewiß treffend, sie wird aber den Obermeister nicht befehren. Allen, die durch obermeisterliche Strafmahnde betroffen sind, ist zu raten, die Strafe nicht ruhig hinzunehmen, sondern eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Die Strafverfügungen wegen Aushang des Plakats, wegen Annahme von Kunden usw. haben keine gesetzliche Grundlage. — Das Vorgehen der Innungsvorstände sollte den Bäckermeistern der Vororte übrigens zeigen, daß die Meister sich durch die Schaffung der Zwangsinnung eine Aute gebunden haben, mit der sie jetzt gequält werden. Sie können diesen Fehler aber gut machen, wenn sie die Auflösung der Zwangsinnung beschließen und sich dadurch von obermeisterlichen Nachtgeleuten freimachen.

Wie das Hefehyndikat arbeitet, dafür liegt uns in einer eingegangenen Verichtigung ein neuer Beweis vor. Der vom Syndikat hochlottierte Herr Reichle schreibt:

Es ist richtig, daß ich um Aufstellung von Prechese zum Wiederverkauf hat und eine Waiche- und Wollwarenhandlung in der Köpenickerstraße betreibe; es ist aber nicht richtig, daß ich nur vorgeschobene Person eines Dritten bin und dieser Dritte ein Herr Otto Stubin, Berlin, Alexanderstr. 22, wäre. Diese Behauptung weise ich ganz entschieden als er funden zurück und erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich mich zu derartigen Sachen nicht gebrauchen lasse und daß ich genannten Herrn Stubin überhaupt gar nicht bis zum genannten Tage kannte, erst einige Tage nach dem Verlaufe des Artikels vom 26. April 1907 suchte Herr Stubin mein Geschäft auf und machte mich auf das Artikulaufmerksam, wobei wir uns zum erstenmal sahen.

Herrn Reichle, SO. 33, Köpenickerstr. 25.

Demnach scheinen die Leute vom Syndikat in Aufstellung von Wechimplungen, die ihren Zwecken dienlich erscheinen, gerade nicht sehr engherzig zu sein.

Aus Anlaß des Bäckerstreiks schreibt man uns:

Das rüchständige Verhalten der Bäckermeister, das sich bei dem augenblicklichen Bäckerstreik wieder in seiner ganzen Glorie zeigt, muß die Arbeiterchaft mehr mit dem Gedanken an die Gründung einer eigenen großen Bäckerei, wie solche bereits in verschiedenen Städten Deutschlands und des Auslandes blühen, vertraut machen.

Das Bestehen einer bedeutenden Arbeiterbäckerei hätte für die Bäckereiarbeiter und für die Konsumenten ganz bedeutende Vorteile. Man vergegenwärtige sich nur, welche enormen Mengen Backwaren von den Arbeiterfamilien Berlins und seiner Vororte täglich gebraucht werden. Diese Mengen könnten natürlich in einer von Arbeitern geleiteten Riesebäckerei billiger und besser hergestellt werden, wie das augenblicklich von den vielen Kleinbetrieben geschieht. Die Arbeiter bekämen also ein möglichst billiges und schmackhaftes Brot und erhielten einen eventuell erzielten Gewinn des Unternehmens, nach Maßgabe des jährlichen Verbrauchs, zurückvergütet.

Ein solches Unternehmen müßte allerdings die vollkommensten hygienischen Einrichtungen haben.

Katholisch würden in einem solchen Arbeiterunternehmen muster-gültige Arbeitsbedingungen geschaffen werden, und diese müßten unbedingt einen guten Einfluß auf das ganze Bäckergewerbe ausüben.

Reichstag und Streik der Seelente.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Man kann ruhig behaupten, daß der gegenwärtig in fast allen Hafenstädten tobende Streik der Seelente zum Teil eine Folge der sozialpolitischen Rückständigkeit der vergangenen Reichstagsperiode ist. Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß wir der jetzigen Reichstagsmehrheit ein größeres sozialpolitisches Wollen und Vollbringen zutrauen. Im Gegenteil, weil die Arbeiter erkannt haben, daß der gegenwärtige Reichstag sich seinen Vorgängern in bezug auf sozialpolitische Rückständigkeit ebenbürtig an die Seite stellen wird, deshalb griffen sie zu dem Mittel der Selbsthilfe. Abgesehen von Hamburg, wo während des vorjährigen Streiks die Steuern um 5 M., einer Forderung des Seemannsverbandes entsprechend, erhöht wurden, ist jetzt in allen übrigen in die Be-

wegung einbezogenen Hafenstädten eine Steuererhöhung allgemein gefordert. Außerdem wird gefordert die Erhöhung des Ueberstundenlohnes auf 50 Pf. und die vertragliche Festlegung dieses Ueberstundenlohnes und der Steuern, sowie eine bessere Regelung des Belohnungswesens.

Daß der Streik zu einem guten Teile eine Folge der sozialpolitischen Rückständigkeit der Reichstagsperiode ist, ergibt sich daraus, daß die Frage der Regelung der Arbeitszeit, sowohl auf See als auch im Hafen, bei dem gegenwärtigen Kampfe eine ganz bedeutende Rolle spielt. Um diese Regelung der Arbeitszeit sind im Jahre 1902 im Reichstage bei der Beratung der neuen Seemannsordnung heftige Kämpfe geführt worden. Der Seemannsverband hatte sehr wichtiges und einschlägiges Material zusammengestellt. Von der großen Zahl von Anträgen, welche der Seemannsverband ausgearbeitet hatte und welche von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht und verfochten wurden, betrafen auch verschiedene die Regelung der Arbeitszeit. Aber unter der Leitung des damaligen („liberalen“) Abgeordneten für Bremen, Dr. Frese, lehnte die bürgerliche Mehrheit diese Anträge ab, und so ist der Wirrwarr entstanden, welcher seit dem Inkrafttreten der neuen Seemannsordnung besteht. Diesen Wirrwarr wollte der Seemannsverband durch den den Reedern unterbreiteten Tarif beseitigen, und es ist bezeichnend für die Demagogie, speziell des Hamburger Reedertums, daß es bisher in seinen Streikerklärungen gerade über diesen Punkt unserer Forderungen fast gar nichts hat verlaublichen lassen. Selbständig ignoriert wird die Forderung, die der unstrittene Tarif enthält, nach welcher der Seelente die innerhalb 24 Stunden (also eines Tages) über 18 Seem. in den Tropen über 8 Stunden geleistete Arbeitszeit als Ueberstunden vergütet werden soll.

Am 4. April d. J. haben die Reeder allerdings in ihrem Antwortschreiben an das Streikbureau erklärt, daß ihnen von Beschwern der Seelente nichts bekannt sei. Entweder haben sie sich, bevor sie diese Antwort erteilten, von ihren Angestellten nicht genügend informieren lassen, oder aber sie müßten sich eines merkwürdigen kurzen Gedächtnisses erfreuen, denn seit dem Inkrafttreten der jetzigen Seemannsordnung sind gegen fast alle Hamburger Reedereien unzählbare Klagen bei den Gerichten wegen Nichtbezahlung geleisteter Ueberstunden angestrengt worden! Die Herren müßten wissen, daß Seelente unter ganz normalen Verhältnissen ihnen eine tägliche Arbeitszeit von 14 bis 18 Stunden geleistet haben und dann doch trotz Inanspruchnahme der Gerichte keine Pfennig für die betreffenden Ueberstunden erhalten haben.

Daß die Reeder und ihre Prechgehilfen gerade diesen Punkt so vollständig toischwigen, das ist für uns ein Beweis dafür, daß sie in dieser Richtung keine Konzessionen machen wollen; lediglich wegen dieser Forderung sträubten sie sich gegen Verhandlungen mit der Leitung des Seemannsverbandes.

Die Reeder wollen sich das „Recht“ nicht nehmen lassen, den Seemann bis zur Bewußtlosigkeit anzunehmen, ohne ihm auch nur einmal die Ueberstunden bezahlen zu müssen. Und das schlimmste ist, daß dieses „Recht“ in unserem geordneten „Rechtsstaat“ durch Gerichtsurteile sanktioniert worden ist, was jeder vernünftige Mensch natürlich für unmöglich hält, aber dennoch wahr ist. Der Seemann hat zu jeder Zeit, wo und wenn es von ihm verlangt wird, ob bei Tag oder bei Nacht, ob Sonntag oder Wochentag, ob während seiner Wache oder während seiner Freizeit, zur Verfügung zu stehen und darf nicht danach fragen, ob er für geleistete Ueberstunden bezahlt bekommt oder nicht. So will es das „Recht“ unseres modernen Rechtsstaates von „Rechts wegen“. Daß in dieser Beziehung die Leitung des Seemannsverbandes Remedur schaffen will, das ist es, was ihr von den „humanen“ Großkapitalisten in der Seeschiffahrt als Verbrechen angerechnet wird. Es ist nicht als die blasse Furcht vor der Wucht der Tatsachen, wenn das Reedertum erklärt, daß es mit der heuligen Verhandlung nicht verhandeln könne. Das Reedertum weiß, daß es bei eventuellen Verhandlungen an dem Pranger steht. Je länger sich die Reeder aber gegen Verhandlungen mit der Verhandlungsführung sträuben, um so bitterer wird es dann für sie sein, wenn sie eines Tages dennoch durch die Macht der Verhältnisse dazu gezwungen werden. Das Verhandeln von Organisation zu Organisation ist dauernd nicht zu umgehen.

Daß die Reeder gegenwärtig ganz gewaltig in der Memme sitzen, beweisen die Mittel, welche von ihnen und ihren Trabanten benutzt werden, um die Arbeiter niederzuzwingen. Sie hoffen, der Seemannsverband werde den Schlag, den er jetzt in ganz Deutschland führt, nicht lange aushalten können. In dieser Hoffnung wird man sich getäuscht sehen, gerade so wie in der Hoffnung, der Seemannsverband sei nach dem vorjährigen Streik in Hamburg vollständig ohnmächtig geworden. Wir haben uns auf einen längeren Kampf gerüstet, und es liegt an den Reedern, ob er von kurzer oder langer Dauer sein wird.

Die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands verfolgt diesen Kampf mit hohem Interesse. Jahraus, jahrein strömen zahllose Arbeiter aller Berufe nach Hamburg und suchen zum Teil selbst in der Schiffahrt als Maschinenmannschaft — wozu auch jeder ungelernete Arbeiter gebraucht werden kann — unterzukommen, oder sie werden von den Beamten der Heuerbureaus und Heuerbasen von den Herbergen heruntergeholt und zur Seefahrt verleiht.

Wir rechnen in diesem Kampfe mit einem Siege, ebentuell erkämpfen wir ihn in einem Kleinkriege gegen die Reeder, und dann ist nötig, daß genau so wie jetzt während des Streiks jeglicher Jugug von Arbeitern ferngehalten wird. Die Reeder machen alle Anstrengungen, soviel als irgend angängig unbefahrene Leute in den Betrieb hineinzuziehen. Es wäre daher gut, wenn sich alle Arbeiterorganisationen mit dieser Angelegenheit befassen würden. Wenn man in Betracht zieht, daß fast täglich Arbeiter jeglichen Berufes (organisierte und unorganisierte) den Seemannsberuf ergreifen — wenn auch manchmal nur vorübergehend —, so haben alle Berufsorganisationen ein Interesse daran, dafür zu sorgen, daß endlich einmal den Großkapitalisten in der Seeschiffahrt bewiesen wird, daß die Organisationen Faktoren sind, mit denen gerechnet werden muß. — Gelingt es uns, für die Seelente bessere Verhältnisse zu schaffen, dann kommen diese auch allen denen zugute, die später Seemann werden, den Beruf oft genug in der Zeit der wirtschaftlichen Krise ergreifen, um sich vor Arbeitslosigkeit zu schützen.

Aus der Partei.

Neble Gewohnheiten in der Parteipresse. Die Mainzer „Volkszeitung“ schreibt: „Die Benutzung des redaktionellen Teiles unserer Presse zu geschäftlichen Notizen wird immer mehr Brauch. Den Inferenten wird in dieser Hinsicht sehr viel Entgegenkommen bewiesen und bald wird die Zeit kommen, wo die Geschäftsleute, um ihre Ansprüche durchzusetzen, sich nicht mehr auf die bürgerliche, sondern auf die sozialdemokratische Presse berufen können.“

Bestenfalls unsere Annoncenannahmestellen auf das peinlichste jedes Geschäftsinhaber; jetzt ist das allerdings nicht mehr in diesem Umfang möglich und auch nicht nötig, weil der Inseratenteil der Zeitungen inzwischen doch nicht mehr mit der Notwendigkeit getrieben wird, als es ehemals der Fall war. Während aber früher nicht mit dem geringsten Erfolge ein Geschäftsmann darauf rechnen konnte, Inserate in den redaktionellen Teil zu schmuggeln, findet man dies jetzt sehr häufig. Anfangs in etwas verklärter Form, indem man vor dem Schluss des redaktionellen Teiles eine besondere Rubrik „Geschäftliches“ usw. einrichtete, nachher fiel diese Rubrikierung, bis endlich die Sache soweit gediehen ist, daß man mitten in redaktionellen Zeilen auffallende geschäftliche Anzeigen findet. So lesen wir in unserem Straßburger Parteiorgan, der „Freien Presse“, an einer Stelle und in einer Weise angeordnet, als ob es eine Parteilandeszeitung sei, in einer großen durchgehenden Zeile die Worte: Auf Abzahlung kauft man reell, gut und billig nur bei J. Jitmann, 2 Blauwollengasse 2.

Gegen solchen Unfug sollte die gesamte Parteipresse Front machen.

Wir stimmen dem Mainzer Parteiblatt in der Beurteilung der Straßburger Praxis bei — die neueste Nummer der „Freien Presse“ hat sogar drei derartige an falscher Stelle stehende Inserate. Im übrigen aber meinen wir, daß die Mainzer „Vollzeitung“ zu sehr verallgemeinert. Der geringe Unfug wird in großen und ganzen in der Parteipresse nicht gebildet, es handelt sich nur um einige wenige Ausnahmen, die allerdings auch fortfallen sollten. Nebenbei bemerkt: die Mainzer „Vollzeitung“ führt die gerügten Rubrik „Geschäftliches“ selbst!

Personalien. Als Parteisekretär für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis (Dresden-Land) wurde Genosse K a h m a n n, jetzt Parteisekretär in Hagen, vorher Gewerkschaftsbeamter in Dresden, gewählt.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Das geistige Eigentum — und sein Ende. Aus Halle wird berichtet: Der Genosse Redakteur R o l l e n b u h r, früher hier, jetzt in Elberfeld-Warnen, hatte vor Jahresfrist im halleischen „Volkblatt“ unter der Spitzmarke: „Aus dem Regenkegel des Unternehmervereins“ einen Artikel veröffentlicht, der den schärfmündigen Maurermeistern sehr unangenehm war, weil er sich mit Dingen aus einer „geheimen“ Versammlung beschäftigte. Der Oberschärfmacher der Baugewerkschaft in Hamburg, Maurermeister Lammert, hatte hier geredet und ein günstiger Wind hatte seinen schriftlich fixierten Vortrag in Form eines Protokolls auf den Redaktionsstisch des „Volkblatt“ geweht. Besonders interessant war, daß in jener geheimen Versammlung anerkannt wurde, daß während eines Streikes gute Arbeiter nicht zu bekommen wären und Ausländer schlechte Arbeiter seien, die viel verderben und wenig leisten. Herr Lammert fühlte sich durch die Veröffentlichung „seines geistigen Eigentums“ verletzt, lief zum Staatsanwalt; letzterer klagte, beantragte die Kleinigkeit von 1000 M. wegen Verletzung des Urheberrechts und das hiesige Landgericht verurteilte Rollobuhr zu 600 M. und verurteilte es zur Rückzahlung an die hiesige Strafkammer zurück. Hierbei stellte nun Rechtsanwalt Landsberg-Magdeburg fest, daß kein rechtsgültiger Strafanspruch Lammerts vorlag. Es wurde deshalb das Verfahren eingestellt. Die Kosten trägt die Staatskasse.

Ein Nachspiel zu den weimarischen Landtagswahlen, die im November vorigen Jahres stattfanden, gab am Dienstag eine Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Erfurt gegen den Genossen W i l h. D a h l an der „Tribüne“. In einem Bericht über eine Sitzung des weimarischen Landtages in Nr. 50 der „Tribüne“ war eine Bemerkung gemacht worden, die einen von bürgerlicher Seite in Aussicht gestellten Wahlprotest betraf. Er sollte gegen ein Wahlverfahren eingeleitet werden, bei dem der Wahlleiter Bezirksdirektor Stiehling zu Neustadt a. O. nicht einwandfrei gehandelt haben sollte, so daß die wegen Stimmengleichheit durch das Los entschiedene Wahl zugunsten des Abg. Kolbe ausfiel. Durch die Bemerkung der „Tribüne“ fühlte sich der Bezirksdirektor Stiehling beleidigt. In der Verhandlung wurde auf Grund von Landtagsprotokollen festgestellt und von dem als Zeugen erschienenen Bezirksdirektor Stiehling bestätigt, daß bei der in Rede stehenden Wahlhandlung der erste Wahlgang, der eigentlich schon die Wahl des Abgeordneten Kolbe ergeben hätte, zu Unrecht vom Bezirksdirektor annulliert worden war. Dann hatte Herr Stiehling beim zweiten Wahlgang einen Stimmzettel für ungültig erklärt, der, wie später im Landtage festgestellt wurde, gültig war, und schließlich hatte sich, als der Bezirksdirektor das Los zog, in dem von ihm gezogenen Zettel für Kolbe der auf den Namen des Gegenkandidaten Kämmerer lautende Zettel eingeklebt und fiel erst wieder in die Urne zurück, als die Hand mit dem Zettel sich über dem Rand der Urne befand. Dieser letztere Vorgang war nun zuerst in der bürgerlichen Presse so dargestellt worden, daß es den Anschein gewann, als habe dabei die Wahl nicht gewaltet, die den Wahlprotest rechtfertigen würde. Auf diese Auslegung der Vorgänge von bürgerlicher Seite deutete denn auch die infrimmierte Notiz hin, die da sagte, daß „man nunmehr“, der bereits angekündigte Protest unterbleibe, „um unter Umständen einem Staatsbeamten nicht Unannehmlichkeiten zu bereiten“. Die in der Verhandlung von dem Bezirksdirektor gegebene Darstellung des Vorfalles mit den zwei Zetteln ließ diese Schlussfolgerungen als unzutreffend erscheinen.

Der Staatsanwalt sah natürlich eine schwere Beamtenbeleidigung in der Bemerkung und beantragte gegen den noch völlig unbekanntem Angeklagten sechs Wochen Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf drei Wochen Gefängnis.

Eine Staatsaktion mit „befriedigendem“ Ausgang. Aufreizung zum Klassenhass sollte der Genosse Franz Müller aus Eberswalde in einer Flugchrift verübt haben. Wenigstens fühlte sich eine Eberswalder Großfirma durch den Inhalt der Flugchrift beleidigt und stellte deshalb Strafantrag. Die Staatsanwaltschaft lehnte indessen die Strafanzeige ab, da sie in der Flugchrift nichts Aufreizendes zu entdecken vermochte. Trotzdem wurde seinerzeit der Genosse Müller zu seiner kommunikativen Vernehmung auf offener Straße verhaftet, als er von der Arbeit kam! Da nun mit der Anklage wegen Aufreizung nichts angedreht werden konnte, so nahm man sich die Flugblattverteilung vor. Von den mehr als 100 Verteilern hatte man sechs Mann namhaft gemacht und jeden mit 6 M. Strafe wegen öffentlichen Vertilgens bedacht. Da man aber nicht den geringsten Beweis erbringen konnte, daß auch nur ein einziges Flugblatt öffentlich auf den Straßen oder Plätzen verteilt ist, so mußten sämtliche Genossen vor Gericht freigesprochen werden. Dennoch ist die Staatsaktion nicht ganz fruchtlos verlaufen. Der Drucker der Flugchrift hatte vergessen, sie mit zu unterzeichnen und er mußte für dieses schwere Verbrechen 6 M. büßen. So war der Gerechtigkeit doch noch Genüge geleistet.

Die sozialdemokratische Preßkammer im Gefängnis behandelt werden. Genosse Leimpeters vom „Volkblatt“ für Bochum hat im Bochumer Zentralgefängnis eine siebenstägige Gefängnisstrafe verbüßt. Während seiner Haft wurde er mit Lektüre beschäftigt!

Soziales.

Der schleppende Geschäftsgang beim Berliner Kaufmannsgericht. den wir und Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgeschäften Deutschlands wiederholt beklagt haben, ist am Dienstag auch in einer vom Verband deutscher Handlungsgeschäften einberufenen Versammlung angegriffen. Der Referent Goeppe hielt einen Vortrag über: „Nichtstände beim Berliner Kaufmannsgericht“. Aus dem von ihm zusammengestellten statistischen Material ging zur

Evidenz hervor, daß in der Erledigung der beim Kaufmannsgericht anhängig gemachten Prozesse Berlin die bei weitem rückständigste Stadt Deutschlands ist. Es wurden nämlich 1900 erledigt:

| | in 1 Woche | 1-2 Wochen | 2-4 Wochen | |
|---------------------|------------|------------|------------|----------------------------|
| in Köln . . . | 71 Proz. | 16 Proz. | 9 Proz. | } der eingereichten Klagen |
| „ Leipzig . . . | 60 | 30 | 10 | |
| „ München . . . | 55 | 29 | 9 | |
| „ Charlottenbg. . . | 55 | 22 | 12 | |
| „ Berlin . . . | 0 Klagen | 16 Klagen | 91 Klagen | |

auf 3424 zum Austrag gekommene Klagen. Dabei konnte der Vortragende für Berlin nur das Resultat des ersten Geschäftsjahres zugrunde legen — das des zweiten liegt noch nicht vor — und wies darauf hin, daß im Jahre 1900 die Prozeßverflechtung noch eine weit schlimmere ist. Vor drei Wochen wird jetzt selten der erste Termin angefeht, und bis zur Kammerung vergehen oft zwei bis drei Monate. So dauert es oft ein halbes Jahr und länger, bis der Kläger zu seinem Rechte und zu seinem Gelde kommt. Die Schuld liege, meinte Redner, nicht an den Richtern, die ihr Möglichstes tun, der Arbeitslast Herr zu werden, das Verhängen treffe vielmehr den Magistrat, der nicht weit genug war, um die für Berlin nötige Anzahl Kammern und Vorsitzende rechtzeitig vorzusehen. Die Rede gipfelte in einem einstimmig angenommenen, an den Magistrat gerichteten Ersuchen, für schleunige Abstellung der Mißstände durch Vergrößerung des Verwaltungsbereiches und Errichtung neuer Kammern Sorge zu tragen.

Die Mißstände, die das Berliner Kaufmannsgericht auch in der Rechtsprechung offenbart — wir erinnern an die verlebte Entscheidung über den Wertminderungs-Konkurrenzkaufvertrag —, gelangten leider nicht zur Besprechung. Lebregens wird auch über schleppenden Gang rücksichtlich der Urteilsausfertigung lebhaft Klage seitens der Handlungsgeschäfte geführt. Es sind wiederholt, insbesondere in der von Reviseur geleiteten Kammer Urteile statt nach einigen Tagen der Urteilsfällung erst nach vielen Wochen, ja nach Monaten der obliegenden Partei zugestellt. Eine Remedur ist hier dringend.

Vom polnischen Kriegsschauplatz.

Die Stettiner „Neuesten Nachrichten“ bringen folgende Zusammenstellung über die Verheerungen, die auf dem Schulgebiete durch den Krieg gegen den Gebrauch der polnischen Muttersprache angerichtet sind. Die Zusammenstellung ist naturgemäß nur eine ungefähre. Nach derselben wurden infolge des Schulstreiks nicht weniger als 230 Gemeindevorsteher und Schöffen ihres Amtes entsetzt, 120 polnische Mitglieder der Schulvorstände sind abgesetzt worden, darunter 65 polnische Geistliche.

Von den Gymnasien wurden 80 Schüler relegiert, von denen jedoch 55 wieder aufgenommen wurden.

Wegen Aufforderung zum Schulstreik resp. wegen Vergehens gegen den Kanzelparagraphen usw. sind folgende politischen Geistlichen verurteilt worden: Am 2. Januar in Schneidemühl der Hauptmann Stanowski aus Potosice zu 600 M. Geldstrafe, am 20. Januar in Posen der Domherr Kloss zu 1100 M. Geldstrafe, am 20. Januar in Gnesen der Propst Piotrowicz zu zwei Monaten Gefängnis, am 31. Januar acht polnische Geistliche in Kobau in Weipreuzen zu je einem Monat Gefängnis, am 31. Januar in Gnesen Bischof Valentin Mugas aus Pommern zu drei Wochen Gefängnis, am 22. Februar Propst Kloss in Posen zu 450 M., am 1. März zu Hohenfalka Propst Laubitz zu 300 M. Geldstrafe, am 21. März in Gnesen Propst Piotrowicz zu einem Monat Gefängnis, am 25. März Propst Adamowicz in Ostrowo zu 200 M. Geldstrafe, am 17. März Prälat Andziczal in Wissa zu 150 M. Geldstrafe, am 14. März Prälat Kloss in Posen zu 300 M. Geldstrafe, am 10. April in Scharnau Propst Domienuski zu sechs Wochen Gefängnis und Prälat Budaszelanski zu vier Wochen Gefängnis, am 12. April Kaplan Stanowski aus Potosice zu 400 M. Geldstrafe, am 14. April Propst Sniatala in Krotoschin zu 200 M. Geldstrafe, am 17. April Propst Serbinowski in Chojnica zu drei Monaten Festungshaft, am 9. Mai in Ostrowo vier Propste zu je 200 M. Geldstrafe, am 11. Mai in Posen Propst Capczinski zu drei Monaten Gefängnis und Propst Jeziorowski zu vier Wochen Gefängnis, am 13. Mai in Ostrowo zwei Propste zu je 200 M. Geldstrafe.

Abgesehen von einigen geringeren Verurteilungen, sind wegen des Schulstreiks in den Provinzen Posen und Weipreuzen insgesamt 35 Geistliche zu insgesamt 30 Monaten Gefängnis und zu 8350 M. Geldstrafe verurteilt worden. Gegen 20 Geistliche schweben noch Strafverfahren.

Die gegen polnische Redakteure wegen des Schulstreiks erkannten Geldstrafen beziffern sich auf 10540 M. sowie auf 45 Monate Gefängnis. Außerdem wurden auf Grund privater Feststellungen 1450 Personen wegen Schulverweigerung ihrer Kinder mit Strafmmandaten in Höhe von annähernd 18000 M. belegt. Andere Personen, die weder Redakteure noch Geistliche sind, wurden wegen mit dem Schulstreik in Verbindung stehender Delikte zu insgesamt fünf Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, so daß der Schulstreik im allgemeinen etwa 31000 M. Geldstrafen und 12 Jahre Gefängnis den beteiligten Personen eingebracht hat, natürlich ausschließlich der weit höheren Gerichtskosten.

Diese Germanisierungspolitik wird ein gut Teil der polnisch redenden Deutschen, die bislang die Reaktion auf wirtschaftlichem, politischem und religiösem Gebiet unterstützten, zu der Erkenntnis bringen, daß Freiheit und Recht nur durch Durchsührung des der arbeitenden Bevölkerung aufgezwungenen Klassenkampfes zu erzielen ist.

Schadenersatzpflicht der Dienstherrschaft.

Das Dienstmädchen K. in Ploen verlangt von dem Kaufmann L. zu Hamburg Schadloshaltung in Höhe einer Jahresrente von 600 M. bis zu ihrer vollständigen Wiederherstellung, weil sie im Dienst des Beklagten dadurch zu Schaden gekommen ist, daß ein zweifelhafter Lütt, der von ihr im Salonzimmer auf die Fensterbank gestellt und zwecks Reinigung der obersten, nicht zu öffnenden Fensterrolle befestigt worden war, ins Wanken geraten und sie in den vor dem Parterregeschoß gelegenen Vorgarten hinabgestürzt ist. Zu dem von der Klägerin zwecks Reinigung des Fensters eingeschlagenen Verfahren hatte acht Tage vorher die Ehefrau des Beklagten stillschweigend die Zustimmung für die Zukunft erklärt, indem sie diese Art der Reinigung duldete.

Das Landgericht Hamburg hatte die Klage abgemiesen. Dahingegen aber erklärte das Oberlandeslandesgericht Hamburg die Ansprüche der Klägerin dem Grunde nach für gerechtfertigt. Das Oberlandesgericht führt aus, daß die Ehefrau des Beklagten, die innerhalb des häuslichen Wirkungskreises nach Gesetz die Geschäfte besorge und ihren Ehemann vertritt, daher auch der Vorwurf schuldiger Verletzung der durch § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches gesetzten Vertragspflicht des Dienstherrn treffe. Auf die Revision des Beklagten führt das Reichsgericht aus, daß an dieser Feststellung des Oberlandesgerichts der Umstand nichts ändere, daß bis zur Entscheidung der Zustimmung die Arbeit des Fensterputzers im Haushalt des Beklagten so geregelt war, daß sie sich ohne Gefahr für Leben und Gesundheit ausführen ließ. Die Dienstherrschaft genüge der gesetzlichen Pflicht nicht, wenn sie neben einem angeordneten sicheren Verfahren von Dienstleistungen ein zweites nicht so sicheres Verfahren des Dienstboten dulde, oder als statthaft und ihrer Zustimmung entsprechend zulasse. Die Verletzung dieser freymüthigen Pflicht bedinge die Pflicht zum Schadenersatz, falls nicht eigenes Verschulden der Klägerin sie ausschließe. In diesem Falle nimmt aber das Reichsgericht ein konkurrierendes

Mitverschulden an, da die Klägerin zunächst mit dieser Art des Fensterputzens, die sie in einer anderen Dienststelle gesehen hatte, eigenmächtig und in Abwesenheit der Ehefrau begonnen hatte. Die hiermit verbundene Gefahr des Abstürzens habe ihr aber ohne große Fahrlässigkeit ebensowenig wie ihrer Dienstherrschaft entgehen können. Infolgedessen erachtet es das Reichsgericht auf Grund des § 254 B. G. B. als angemessen, der Klägerin den gemachten Schadenersatzanspruch nur der Hälfte nach zuzuprechnen und ihn unter Aufhebung des oberlandesgerichtlichen Urteils zur Hälfte abzuweisen.

Aus Industrie und Handel.

Jedem das Seine.

Wie man Arbeiterschweiz in blinzenbes Gold verwandelt, zeigt wieder einmal der Geschäftsbericht der Nleder Hütte in Zister bei Weine in Hannover. Das Werk arbeitete mit einem Aktienkapital von 8640 125 M., das im März d. J. auf 9061 125 M. erhöht worden ist. Außerdem besitzt die Nleder Hütte noch das Weiner Walzwerk. Die 6 Millionen Mark Aktien des Weiner Walzwerkes stehen nur mit etwa 10 Proz., mit 682 000 M., dem budmäßigen Erwerbswert dieser Aktien, in Rechnung. Auf beiden Werken arbeiten zirka 6400 Arbeiter. An Beamtengehältern und Löhnen, wohlweislich berechnet man letzteren nicht allein, sind im letzten Jahre ausbezahlt worden: 6 827 516 M. Der Ueberschuß bei der Nleder Hütte betrug als Rohgewinn 5 650 380 M., der Reingewinn stellt sich auf 4 492 670 M. Von diesem Betrage erhalten die Aufsichtsräte die Kleinigkeit von 197 326 M. und die Aktionäre bekommen 60! (sechzig) Prozent Dividende! Das erfordert eine Summe von 3 084 075 M. Die Nleder Hütte hat es aber auch verstanden, die Arbeiter mit goldenen Ketten an den Betrieb zu schmieden, denn jeder Arbeiter hat das Recht, bei der Spornasse des Werkes einen Betrag von 1500 M. einzuzahlen, der mit 10 Proz. verzinst wird. Um nun die 10 Proz. Zinsen zu erhalten, haben sich viele Arbeiter den Betrag geliehen und zahlen dafür etwa 5 Proz. Zinsen an den Gelddarleiber, so daß sie dann noch 5 Prozent an dem Gelde verdienen. Die Gesellschaft verwendet das Geld der Arbeiter im Betriebe, genau so gut wie das Aktienkapital. Mit dieser Einrichtung schafft sich die Verwaltung einen „zufriedenen Arbeiterstand“. Aber alljährlich einmal geht durch die Reihen der Arbeiter doch ein Zug der Unzufriedenheit, nämlich, wenn der Geschäftsbericht der Gesellschaft veröffentlicht wird. Da sehen dann die Arbeiter den gewaltigen Unterschied zwischen Kapital und Arbeit! Der Kapitalist, der für seine Aktie wie der Arbeiter nur 1500 M. bezahlt hat, erhält sein Kapital mit 60 Proz. verzinst. Dafür hat er den Gewinn aber auch nicht erarbeitet. Der Arbeiter dagegen erhält für seine in den Betrieb hineingesteckten 1500 Mark nur 10 Prozent Zinsen, trotzdem er noch seine Arbeitskraft zum Nutzen des Betriebes verausgabt, was bei dem Aktionär doch nicht der Fall ist. Dieser Unterschied wirkt natürlich aufreizend, besonders, weil die Gesellschaft die 10 Prozent für die Arbeiter als ein besonderes Entgegenkommen betrachtet, während den Kapitalisten ein Rechtsanspruch auf den von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert eingeräumt ist! Jeder, der die kapitalistischen Praktiken kennt, weiß, daß die goldenen Ketten, mit denen die Arbeiter an den Betrieb geschmiedet worden sind, für diese nur Fesseln sind, in die das Koalitionsrecht geschlagen ist. Tatsächlich hat der Betrieb unter Streiks und dergleichen nicht zu leiden. Für das Werk bedeuten die 10 Proz. Zinsen demnach nur eine Streikversicherungsprämie, mit der den Arbeitern nicht nur das Koalitionsrecht abgekauft wird, nein, auch Lohn-erhöhungen werden damit ausgeglichen. Mit 10 Proz. Kapitalverzinsung an die Arbeiter erwirkt die Gesellschaft sich 60 Proz. Dividende. Und um für alle Fälle gesichert zu sein, sind auch noch 80 000 M. für Remunerationen ausgefetzt. Damit wird dann der letzte Rest oppositioneller Regungen unter der Beamten- und Arbeiterschaft erstickt. Das nennt man dann Wohlthaten erweisen. Wohlthaten sind es schon, aber nicht solche für die Arbeiter, sondern für die Kapitalisten.

Preiserhöhung. Seitens der Vereinigung der Rheinisch-Westfälischen Eisenhüttenwerke wurden die Preise für Flußhandeisen um 2,50 M. pro Tonne für den Export erhöht, speziell für Quantitäten unter 50 Tonnen. Die Auslandspreise sind damit den Inlandspreisen vollständig gleichgestellt worden; sie betragen jetzt 160 M. pro Tonne bei 50 und mehr Tonnen und 162,50 M. pro Tonne bei Quantitäten unter 50 Tonnen. Die Nachfrage nach Flußhandeisen ist besonders vom Auslande noch recht lebhaft. — Nach der „Frankf. Ztg.“ sehen auch in der Leinenindustrie weitere Preiserhöhungen bevor.

Die Lage auf dem Eisenmarkt. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ schreibt: Im Siegerland spiegelt sich zurzeit der scheinbare Widerspruch in den Konjunkturverhältnissen am deutlichsten wieder. Die Rohstoffmärkte, insbesondere Eisenstein und Kohlen liegen noch fest. Während der zu erwartende Niedergang bei den Walzwerken in der Beschäftigung und der Stimmung deutlich Ausdruck findet, ist die Rohisen- und Erzproduktion ungenügend; die Abnehmer drängen für Walzprodukte, besonders Weiche werden die Preise prozentweise ermäßigt, um Arbeit hereinzuholen. Die Beschäftigung ist trotzdem ungenügend und einzelne Werke müssen den Betrieb stoppen. Grobbleche werden zu 135 M. angeboten. Die Feinblechpreise sind gleichfalls gedrückt. Der Wegfall der Ausfuhrvergütung hält die Siegerländer Werke dem Ausland fern und macht den Zusammenbruch in der Schwarzblechvereinigung illusorisch. Die Situation der Walzwerke ist also unerfreulich.

Eine Warenhauspleite. Ueber das älteste Warenhaus in Essen, M. L. Nathan, ist der Konkurs eröffnet. Die Passiven sollen zirka 950 000 M., die Aktiven zirka 650 000 M. betragen. Zu der Masse gehört außer den aufs beste eingerichteten Warenlagern ein sehr wertvoller Grundbesitz. Ein besonderes Interesse nimmt die Beschäftigung in Vergerhausen — zirka 4 Morgen groß und fast unmittelbar an der Kellinghauser Chaussee gelegen — in Anspruch. Auf diesem Grundbesitz betrieb Nathan eine Möbelfabrik, die zum Hemmhilf des sonst stets mit gutem Erfolge betriebenen Gesamtgeschäftes wurde. Nathan, der mit seiner Frau in Gütergemeinschaft lebt, besitzt noch heute das Vertrauen der Gläubigerschaft.

Aus der Frauenbewegung.

Verrückt — 20 M. Wochenlohn.

Die Maschine hat auf allen Gebieten der Industrie eine Umwälzung hervorgerufen, die sich noch vor wenigen Jahrzehnten der lässliche Optimist nicht hätte träumen lassen. Man geht sicher nicht zu weit, wenn man sie als die größte und rücksichtsloseste Revolutionarin bezeichnet. Mit Hilfe ihrer hohen Gewinnerinnen, der Wissenschaft und der Technik, hat sie, bis auf einige hausindustrielle Verrichtungen, jede Konkurrenz glattweg aus dem Felde geschlagen. Mit allen traditionellen Arbeitsmethoden hat sie pietätlos gebrochen und so manches zum Scheitern gebrachten Leben auf ihr robustes Gewissen geladen. Mit souveräner Verachtung blüht die allmächtige Dame von ihrem stolzen Reichthum auf, die einseitigen Aktionisten herab, die sie im Besitze der Ueberzeugung für die Dienerin des Menschlichen erklären. Sie ist die Herrscherin und der arbeitende Mensch nur ihr Sklave, der sich ihr unterordnet und sie zu bedienen hat.

Besonders in Gemeinschaft mit ihrer jüngsten Schwester, der Elektrizität, nebenbei gesagt, ihrer Liebingschwester, ist sie „unwiderruflich“.

Zur Illustration sei folgender Dialog, der kürzlich zwischen einem Lederwarenfabrikanten und einer Stepperin gepflogen wurde, wiedergegeben:

Fabrikant: „Wieviel Lohn verlangen Sie?“
Stepperin: „Ich hatte zuletzt 20 Mark pro Woche!“
Fabrikant (auffahrend): „20 Mark, für ein Mädchen? Raum glaublich!“
Stepperin: „Aun, gute Leistungen müssen doch entsprechend bezahlt werden!“
Fabrikant: „Aber doch nicht mit 20 Mark! Meine übrigen Stepperinnen erhalten 10-12 Mark!“
Stepperin: „Dafür sehe ich mich nicht 9 Stunden täglich an die Maschine!“
Fabrikant, überlegen lächelnd: „Meine Maschinen werden alle elektrisch getrieben!“
Stepperin, gelassen: „Aun wenn auch! Die Arbeit macht sie aber doch nicht allein!“
Fabrikant, sich ereifernd: „Sie brauchen aber doch nicht zu treten, bloß dranzuhalten, Sie brauchen bloß dranzuhalten!“
Stepperin: „Dah die Maschine von selbst geht, davon werde ich doch nicht satt!“
Fabrikant, die gepreigten Finger abwehrend ausstreckend: „Gehen Sie raus, raus, Sie sind wohl im Verstand? Solche Brute will ich in meinem Betrieb überhaupt nicht haben. Verdienst! Zwanzig Mark für dranzuhalten, weiter nichts wie dranzuhalten!“

Verfammlungen - Veranstaltungen.

Adenia. Sonntag, den 9. Juni: Kaffeepartie nach Pönisch, Hirsgarten-Wilhelmshof. Treffpunkt: Hauptpl., Bahnhofstraße. Abmarsch 1 1/2 Uhr.
Schnepf. Montag, den 10. Juni, bei Obst. Martin Lutherstraße: Unterhaltungsabend. Die Mitglieder werden gebeten, zwecks Revision die Bibliotheksbücher abzugeben.

Groß-Lichterfelde und Umgegend. Montag, den 10. Juni, 8 1/2 Uhr, in Groß-Lichterfelde, Chaussee 104 bei Reisen, Vortrag, Frau Tolle.

Charlottenburg. Mittwoch, den 17. Juli, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3, Vortrag, Herr Kurt Heintz: „Bildung und Arbeiterin“.

Verfammlungen.

Der Holzarbeiterverband hielt am Mittwoch eine Vertrauensmännerversammlung ab. Zur Erörterung stand die Frage, welche Aufgaben dem Verband jetzt, nach der beendeten Aussperrung, erwachsen. Der Referent Blocke warf einen Rückblick auf den Verlauf der Aussperrung. Die Ortsverwaltung sei einmütig der Meinung, wenn durch den Kampf auch nicht alles erreicht wurde, so zu wünschen war, so könne man doch mit dem Ausgang des Kampfes zufrieden sein. Unter den ungünstigsten Verhältnissen seien die Arbeiter in den Kampf gedrängt worden und doch haben die Unternehmer nicht erreicht, was sie durch die Aussperrung erreichen wollten. Der Verband habe den Ansturm der Unternehmer zurückgeschlagen und das werde auch zurückwirken auf die Kämpfe, welche jetzt von anderen Gewerkschaften geführt werden. Der Ausgang des Kampfes der Holzarbeiter habe gezeigt, daß es eine vergebliche Hoffnung der bürgerlichen Gesellschaft sei, wenn sie meint, sie könne die Arbeiterbewegung niedergeworfen werden. Gegenwärtig sei die Konjunktur in der Holzindustrie so schlecht, wie es niemand erwartet habe. Die Zahl der Arbeitslosen sei verhältnismäßig groß. Infolgedessen habe der Verband auch in den letzten Wochen noch recht hohe Unterstützungssummen zahlen müssen. Angesichts dieser Situation frage es sich, was in der nächsten Zeit zu tun sei. In erster Linie handele es sich darum, daß die am Verträge beteiligten Arbeitgeber veranlaßt werden, die vertragmäßige Lohnhöhung von 5 Proz. bis auf den letzten Pfennig zu zahlen. Dann sei auch besonders darauf zu achten, daß die Einstellung von Arbeitern der Arbeitsnachweis in Anspruch genommen werde und jede andere Art der Arbeitsvermittlung in

Nordfall komme. Ferner sollen die Vergünstigungen des neuen Vertrages auch bei den nicht unter dem Verträge stehenden Arbeitgebern durchgesetzt werden, sobald der Zeitpunkt geeignet erscheint, um eine solche Bewegung mit Erfolg durchzuführen. Romens der Ortsverwaltung machte der Redner folgende Vorschläge: Von den 50 Pf.-Extramarken hat jeder Kollege im Laufe des Jahres 26 Stück zu leben. Der erhöhte Beitrag von 1,50 M. wird bis zum 1. Juli erhoben, von da ab beträgt der Beitrag 1 M. In der Krankenunterstützung tritt keine Änderung ein, der bisher aus der Ortskasse gewährte Unterstützungssatz von 6 M. wird bis auf weiteres weiter gezahlt.

Nach reger Diskussion stimmte die Versammlung diesen Vorschlägen zu. Weiter beschloß sie, daß die Ortsverwaltung den Zeitpunkt des Borgehens bei den Nichtvertragsmeistern zu bestimmen hat und daß die von der Aussperrung her Arbeitslosen bis auf weiteres noch unterstützt werden.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. (Abteilung Charlottenburg) Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3: Versammlung.

Witterungsbericht vom 6. Juni 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C, Temp. in F. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., Nürnberg, Wien, Saporanda, Petersburg, Seidlitz, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Freitag, den 7. Juni 1907. Vorherrschend wolkig, am Tage etwas kühler mit Gewitterregen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Advertisement for Seefische - Volksnahrung! Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ Teures Fleisch - Billige Seefische! Includes prices for various fish like Cabliau, Seelachs, and See-Karpfen.

Achtung! Bäcker-Streik! Achtung!

Die Bäckergehilfen Berlins und der Vororte sind durch den Wort- und Tarifbruch der Bäcker-Innungen in den Streik getrieben worden. Folgende Bäckermeister haben die berechtigten Forderungen bewilligt!

- List of baker masters and their addresses who have agreed to the demands, including: Adersstr. 45, Bentzin; Christianstr. 116, Eppinger; Glogauerstr. 2, Kojan; Köpenickerstr. 172, Oeslit; Ramsteinstr. 1, Lipberl; Roskoderstr. 31, Rogener; etc.

Neudorf, Hirt.
 Lützowstr. 20, Gehmer.
 91, P. Hanke.
Torstr. 14, Venz.
 17, Hiesmer.
Torstr. 12, Schandner.
 Treckowstr. 57, Roerschner.
 Türkenstr. 22, Tschisch.
 Turinerstr. 26, Mismann.
 Turmstr. 51, Goldacker.
 67, D. Hanke.
Ullrichstr. 1, Neubach.
 25, Herzog.
 52, D. Hanke.
 101, Kruschke.
Ullrichstr. 4, Stollberg.
 Ullrichstr. 8, Reichen.
 Ullrichstr. 16, D. Hanke.
 Ullrichstr. 42, Gdel.
Waldstr. 4, Ser!
 17, Hanke.
 25, Gollisch.
 36, Burck.
 42, Bozer.
 46, Pohl.
Waldemarstr. 16, Claus.
 Waldemarstr. 8, Wolf u. Heinze.
 16, Garzembowoll.
 64, Lüdemann.
Waldstr. 1, Danke.
 21, Hoffrichter.
 Weberstr. 25, Danke.
 36, Goldacker.
 Weddingstr. 7, Brendel.
 Weichselstr. 34, Schuch.
 Weidenweg 25, Prohn.
 34, D. Hanke.
 37, Ebnert.
Weidenbergweg 9, Ludwigs.
 Weinstr. 7, Marcus.
 27, Legler.
Weihenburgerstr. 24, Kohn.
 55, Robiling.
Wieserstr. 5, Kierschowsk.
 Wieststr. 21, Claus.
 66, Spiermann.
Wienerstr. 39, Dieckmann.
 49, Wittschel.
 50a, Langsch.
Wiesenstr. 19a, Dreier.
 31, Holland.
 64, Schardien.
Wilhelmshavenstr. 13, Hesse.
 23, Godeke.
Wilhelm Stalgerstr. 15, Schmidt.
 32, Melchke.
Wittenowstr. 29, Dreier.
Wismarstr. 15, Goldacker.
Wismarstr. 6, Müller.
 71, Schmale.
Wismarstr. 3, Schulze.
Wismarstr. 7, Giesemann.
Woldenbergstr. 7, Gittland.
Wollnerstr. 24, Dahlen.
 31, Ruchmann.
 31, Vorbach.
 44, Schirmacher.
 58, George.
Wrangelestr. 77, Gensmann.
Zeidenstr. 13, Gensmann.
 91, D. Hanke.
Zellestr. 11, Kurgew.
Zionskirchplatz 1, Rollweide.
Zionskirchstr. 2, Regen.
 13, Bohel.
 54, Jwiersche.
Zornsdorferstr. 2, B. Hanke.
 55, Richter.
Zwingstr. 15b, Ullrich.

Adlershor.
Bismarckstr. 12, Thoma.
 14b, Schulz.
 17c, Wartenberg.
 21, Rämisch.
 48, Lohrich.
Hadenbergstr. 2, Jabske.
Kabitzstr. 37, Roach.
Sedanstr. 25, Peter.
Alt-Gröden.
Rudowstr. 57, Lange.
Baumhulenkweg.
 Baumhulenkstr. 70, Stenzel.
 Ernststr. 9, Hoffmüller.
 Kieselholzstr. 24, Leopold.
 Scheiblerstr. 29, Schulze.
Voguedorf.
 G. Solle.
 W. Gschhardt.
Vorkwald.
 Ernststr. 6, Strobl.
 25, Talestky.
 Reichstr. 52, Neubauer.
Vogel-Kummelsburg.
 Vogel-Kummelsburgstr. 5/6, März.
 Gabriel Magstr. 1, Luzemann.
 2, Altmüller.
 12, Haspel.
 18, Löwa.
Hauptstr. 82, Herrick.
Kantstr. 1, Ducasowski.
 13, Spöttlich.
 18, Rügdefrau.
Lenbachstr. 7a, Pfugrad.
Neue Bahnhofsstr. 9, Krüschke.
 31, Schulz.
Neue Prinz Albrechtsstr. 3, Böhme.
 30, Roshmann.
Türschmidtstr. 31, Gensinn.
 40, Kalkweit.
Wahlstr. 32, Jander.
Brig.
Chausseestr. 17, Dally u. Jagemeister.
 47, Friele.
Kungiusstr. 3, Adamek.
Alt-Vogel.
 Nr. 10, B. Krüger.
 Nr. 35, Peter.
Charlottenburg.
 Canerstr. 19, Ullrich.
 Canerstr. 27, Genossenschaft „Pro-
 duktion“.
 Christstr. 18, Genossenschaft „Pro-
 duktion“.
Dandelmännstr. 12, Borh.
 46, Lehmann.
 55, Ullrich.
Friedbergstr. 39, Ullrich.
Großmannstr. 14, Ullrich.
Grünstr. 27, Bachmann.
Helmholtzstr. 19, Ullrich.
Kaiser Friedrichstr. 43, Ullrich.
Kanalstr. 7, Reimer.
 15, Heine.
Kantstr. 103, Ullrich.
Knobelsdorferstr. 43, Ullrich.
Krummstr. 57, Rietche.
Leibnizstr. 65, Ullrich.
Reichstr. 21, Kohn.
Reichstr. 42, Reimer.
Reichstr. 11, Bachmann.

Schlüterstr. 17, Krause.
 12, Konsumverein.
 42, Ullrich.
Sophie Charlottenstr. 80, Broell.
 67, Ullrich.
Spandauerstr. 30, Ullrich.
Spreestr. 11, Pella.
Laurogenerstr. 10, Genossenschaft
 „Produktion“.
Laurogenerstr. 45, Ullrich.
Wallstr. 85, Ullrich.
Weinackerstr. 29, Konsumverein.
Wilhelmsdorferstr. 27, Konsumverein.
 163, Ullrich.
Friedrichsberg.
Blumenhaldtr. 38, Piesche.
Kummelsburgerstr. 22, Dpik.
 33, Berner.
Friedrichsfelde.
Berlinerstr. 66, Soller.
 102, Bölsert.
Franz. Buchholz.
Panlowstr. 28, Ullrich.
Rühlstr. 1, Pruch.
Groß-Ziethen.
 K. Berner.
Hennigsdorf.
 Karl Woller.
 Friedrich Woller.
 Wilhelm Woller.
 Hermann Woller.
 Albert Lude.
 Wilhelm Seiler.
 Behrend.
 Grafenberger.
 Rahmlof.
 Kemmih.
 Kint.
Hermödorf.
Berlinerstr. 16a, Schaudin.
Hauptstr. 34, Herrmann.
Reptunstr. 36, Wante.
Seebadstr. 1, Ladewig.
Heiligensee.
 B. Kühne.
Hohen-Schönhausen.
 Kalkofen.
Röpenitz.
Borgmannstr. 6, Bergmann.
Glensiderstr. 2, Peter.
Ortmannstr. 27, Krüger.
Kaiser Wilhelmstr. 104, Peter.
Kügelheimerstr. 41, Peter.
Köpenstr. 2, Peter.
Kudowstr. 25, Heine.
Schönwälderstr. 12, Rudell.
Karlsdorf.
Dorotheenstr. 27, Ullhorn.
Pichtenberg.
Dorfstr. 82, Rügdefrau.
Frankfurter Allee 3, Bantisch.
Krenstr. 17, Reuendorf.
Kungstr. 14, Schander.
Margaretenstr. 8a, Schauer.
Oderstr. 25, Goldsch.
Wasserstr. 36, Giesler.
Scharnweberstr. 34, Köpke.
Schlesierstr. 22, Bantisch.
Wilhelmstr. 57, Hesse.
 69, Gräbe.

Mariendorf.
Chausseestr. 11a, Romad.
 12, Wendt.
 15, Papier.
 67, Spielhagen.
Nieder-Schönhausen.
Deuthstr. 11, Krügerle.
Hausenburgerstr. 18, Höbner.
Buchholzstr. 8, G. Richter.
Waldstr. 21, Luz.
Ober-Schöneweide.
Edlstr. 9, Peter.
Reichstr. 2, Peter.
Kathenauerstr. 31, Peter.
Tabberstr. 2, Peter.
 3, Seidelmann.
Pankow.
Brechstr. 52, P. Hanke.
Bingstr. 3, Dehden.
Wälderstr. 32, Müller.
Wollanstr. 68, P. Hanke.
Plödensee.
Charlottenstr. 12, Thiele.
Reinickendorf.
Berlinerstr. 104, Nag.
 134, Gottschalk.
Grüner Weg 51/52, Max Rodrow.
Waldstr. 12/13, Hoffmer.
Wölsingstr. 51, Langer.
 80, Schwarz.
 122, Schneider.
Residenzstr. 61, Bittz.
 105, Gleich.
 118, Broje.
Willestr. 62, Neue Berliner Genossen-
schaft-Bäckerei.
Rixdorf.
Ullrichstr. 3, Veiselt.
 48, Kebab.
Bergstr. 12, Hanke.
 84, Schenck.
Berlinerstr. 16/17, Schibgill.
 20, Holzländer.
 86, D. Hanke.
Bodestr. 16, Beher.
 31, Topf.
Ullrichstr. 1/2, D. Hanke.
 6, Rischdörfer.
 15/16, Lantwig.
Emserstr. 78, König.
Erlangerstr. 8, Weisleder.
Falkstr. 1, Bäckerei-Genossenschaft
 „Berlin“.
Falkstr. 21, Sulat.
 25/26, Veiselt.
Friedelstr. 3, Rammul.
Glafomstr. 32, Kunz.
Heidelbergerstr. 76, D. Hanke.
Herbststr. 19, Bäckerei-Genossen-
schaft „Rixdorf“.
Hennannstr. 28, Vertens.
 54, Hildebrand.
 118, Bantisch.
 159a, Hagen.
 170, Haler.
 175, Roganek.
 231, Karl.
Herrlichstr. 26, Brum.
 34, D. Hanke.
 7, Bäckerei-Genossen-
 schaft „Rixdorf“.
Herrlichstr. 10, Schuur.
Hobrechtstr. 71, Brode.
Hohenzollernplatz 6, D. Hanke.

Annstr. 30, Krause.
Barstr. 7, Red.
 11, Bäckerei-Gen. „Berlin“.
Böckerstr. 63, Bensch.
Kanjanstr. 7, Brien.
Neue Jonsstr. 33, Puls.
Karlsgartenstr. 19, Bonnoch.
Kaiser Friedrichstr. 25, Bantisch.
 34, Schmidt.
 245, D. Hanke.
Antebeckstr. 33, Galkel.
 33, Holt.
 41, Belgig.
 68, Richter.
 146, Dobrowski.
Kopferstr. 38, Bäckerei-Genossenschaft
 „Rixdorf“.
Kopferstr. 45, Doppke.
Kottbusser Damm 103, D. Hanke.
Krausenstr. 72, Müller.
Leisingstr. 34, Veiselt.
Rahmerstr. 6, Bantisch.
Reinigerstr. 15/16, Grunert.
 56, Döbler.
Ränghenerstr. 18, Müller.
 25/26, Bäckerei-Genossen-
 schaft „Rixdorf“.
 44, Weigelt.
Ranfenstr. 33, Sekul.
Riemerstr. 10, Bach.
Rogaststr. 32, Grzechat.
Romerstr. 4, Reimer.
 13, Reichleuth.
 20, Ranfer.
 27, Ratscher.
 57, D. Hanke.
Rügerstr. 70/71, Linster.
Prinz Handjerystr. 58, Bantisch.
 70, Schmidt.
Reuterstr. 33, Speitthöfer.
 76, Böbel.
 91, Lehmann.
Richterstr. 63, Rüdike.
Reichowenerstr. 9, Bäckerei-Genossen-
schaft „Rixdorf“.
Reichowenerstr. 23/24, Grünhagen.
Reichowenerstr. 48, Pintel.
Reichowenerstr. 34, D. Hanke.
 39, Senfleben.
 46, Veiselt.
 121, König.
 129, Bäckerei-Genossen-
 schaft „Berlin“.
Thomasstr. 37, Rehrig.
Thüringerstr. 7, Bantisch.
 18, Klein.
Waldstr. 9, Giesler.
 15, Janensch.
Waldstr. 13, Dogemann.
 31, Schwarz.
 53, Reichleuth.
 60, Gassenberer.
Weisstr. 2, Bäckerei-Genossenschaft
 „Rixdorf“.
Weisstr. 24, Bäckerei-Genossenschaft
 „Berlin“.
Weisstr. 28, Binde.
 73/74, Wolf.
Weisstr. 47, Bied.
 108, Biedig.
Wielandstr. 27, Reich.
Wismannstr. 7, Troffer.
 29, Krüger.
Zietenstr. 20, Bäckerei-Genossenschaft
 „Rixdorf“.
Zietenstr. 41, Beher.
Rudow.
Röpenickerstr. 81, Belgit.

Schöneberg.
Barbarossastr. 67, Belgit.
Belzigerstr. 61, Remig.
Übersstr. 42, Reich.
Eisenacherstr. 63, Ratscher.
Erdmannstr. 5, Rüdike.
Wirtan Müllerstr. 35, Schmidt.
 48, Red.
Krausenstr. 2, Paul.
Krausenstr. 40, Hanke.
Sedanstr. 18, Steud.
Schönerlinde.
Dorfstr. 59a, G. Wege.
Selchow.
 G. Schulze.
Syandau.
Krausenstr. 6, Bühl.
Stolpe.
 Gullshom.
Tegel.
Brunostr. 41, Rother.
Egelsstr. 99, Raner.
Schlieperstr. 58, Schwanz.
 67, König.
Schloßstr. 27, Peterjohn.
Schulstr. 1, Gensinn.
Treptow.
Beermannstr. 6, Reich.
Eisenstr. 38, Weste.
Kieselholzstr. 33/34, Weiser.
Stralau.
Alt-Stralau 49, Hartung.
Weichensee.
Berlinerstr. 87, Hauberg.
Charlottenburgerstr. 78, Hoffmann.
 78, A. Bied.
 79, Schandwinckel.
 98, Emil Engel.
Hallenbergerstr. 146, Preiß.
Reichmannstr. 164, Krien.
Reichowenerstr. 1, Roth.
Reichowenerstr. 23, Biele.
Generalmstr. 12, Müller.
Waldstr. 60, Bied. Engel.
Reichowenerstr. 24, Robert Engel.
 45, Hoffmann.
 48, Hofmann.
 56, Bag.
König-Chaussee 72, Hoffmann.
Langhausstr. 75, Rander.
Leibstr. 1, Hoffmann.
 119, Kint.
Polkingenstr. 35, Hoffmann.
Wiltensstr. 8, Kaffan.
Wenzlauer Chaussee 3/4, Köhler.
Waldstr. 127, Hoffmann.
Wilhelmstr. 23, Trems.
 39, Schwarz.
Waldersdorf.
 G. Sparr.
Wilhelmsruh.
Edelweissstr. 11, Lube.
Wilmersdorf.
Brandenburgischestr. 9/10, Tammert.
Sigmaringenstr. 8, Trost.
Wittenau.
Arifstr. 74, D. Richter.
Zehlendorf.
Berlinerstr. 6a, Hoesner.

Die Milchgeschäfte von **Sabicht, Königsbergerstr. 12, Günther, Waldstr. 57 und Röhr, Turmstr. 72**, haben Plakate, beziehen aber aus unbewilligten Bäckereien. Als unser Kontrolleur das Plakat abholen wollte, wurde er hinausgeworfen.

Der **Brotfabrikant Heinrich Wittler, Müllerstr. 33/34**, hat die Unterschrift der Bewilligung, die sein Bruder gegeben hatte, zurückgezogen, dann hat er ebenfalls versucht, einzelne ältere Kollegen als Streikbrecher zu kaufen, um alle übrigen, teils lange Jahre bei ihm tätige Familienväter, aufs Straßensplaster zu werfen, was natürlich ebenfalls mißlang. Die hierauf angebahnten friedlichen Verhandlungen, an denen außer den Arbeitern noch Werner vom Transportarbeiter-Verband und Gehlschold vom Bäcker-Verband teilnahmen, scheiterten, weil der reichgewordene Wittler kurz und schroff den Arbeitern mit folgenden Worten die Türe wies: „Wem nicht paßt, der geht und mit den Verbänden überhaupt will ich in Zukunft nichts mehr zu tun haben! Wittler ist mit Obermeister Schmidt und Liebing-Reinickendorf in der Leitung der Großbetriebsvereinigung, daher die Scharfmacherstellung.“ Die Verbandsmitglieder haben darauf einmütig die Arbeit niedergelegt.

Die **Blottner'sche Großbäckerei** hat ihre Bewilligung in der hinterhältigsten Weise durchbrochen, sogar die Arbeiter noch verhöhnt. Die Verbandsmitglieder, denen die Firma sogar einen Judaslohn von 20 Mark für Streikbruch anzubieten wagte, haben hierauf einmütig die Arbeit niedergelegt, worauf Herr Blottner versuchte, Arbeitswillige durch die Innungen und seinen Freund, den bekannten Kommissionär Knuth, Krausestr. 33, der den Gesellen 3-10 Mark und mehr für jede Stunde Arbeit abnimmt, einzustellen.

Mitbürger! Arbeiter! Hausfrauen!

Unterstützt die um **Erkämpfung ihrer Menschenrechte** streifenden Bäckergejellen.

Die berechtigte Bevölkerung von Berlin und Umgegend fordern wir hierdurch auf, falls sie aus bewilligten Bäckereien Ware haben wollen, in denjenigen Stadtvierteln oder Straßenzügen, wo **keine bewilligt habende Bäckereien vorhanden** sind, an nebenstehende

Kundensammelstellen

ihre Adresse gelangen zu lassen und zugleich mitzuteilen, wie viel Backware und Brot sie täglich brauchen und um welche Zeit die Ware geliefert werden soll.

Die Streikleitung wird dafür sorgen, daß den sich Meldenden auf dem schnellsten Wege die Ware ins Haus geliefert wird. Auf Wunsch der dortigen Bevölkerung haben wir vorläufig folgende Kundensammelstellen eingerichtet:

- Hoehnow, Parochialstraße 36.**
- Gaedke, Moabit, Calvinstraße 6, linker Seitenflügel, eine Treppe.**
- Petermann, Moabit, Birkenstraße 28, Ecke Stephanstraße.**
- Eduard Rothe, Flensburgerstraße 24.**
- Walter Sieber, Buchbinder, Lippennerstraße 24.**
- Hermann Barentin, Tilsiterstraße 81.**
- Otto Schellenberg, Weißburgerstraße 57,**
erbiere sich, den Kunden boykottfreies Brot ins Haus zu bringen.

- Ferdinand Krause, Hohen-Schönhausen, Berlinerstr. 66.**
- Emil Witte, Pankow, Florastraße 45.**
- Gronau, Reinickendorf W., Waldstr. 65.**
- Otto Wedermann, Steglitz, Fichtestraße 71, v. I.**
- Winkelmann, Steglitz, Schloßstraße 104, H. II.**
- Steglitz, Niederlage Forsterstraße 23, Restaurant Paul Gützow.**
- August Ihrke, Weißensee, Straßburgstraße 27.**

Wo das Bedürfnis vorhanden, werden wir auf Wunsch weitere Sammelstellen einrichten. Bäckermeister, die gewillt sind, auch für weitere Touren Lieferungen zu übernehmen, bitten wir, ihre Adresse im Streikbureau niederzulegen.

Falls bei der Lieferung im Anfang nicht alles nach Wunsch gehen sollte, bitten wir die berechtigte Bevölkerung um Nachsicht, aber bei der Hartnäckigkeit unserer Gegner um **energische Ausdauer.**

Achtung! Radfahrer! Arbeitslose Radfahrer, falls sie gewillt sind, uns zu unterstützen, bitten wir herzlich, im Streiklokal vorzusprechen oder ihre Adresse dort abzugeben.

Die Streikleitung.

Zentral-Streikbureau: Sophien-Ecke, Sophienstr. 17/18. — Telephonruf: Amt III Nr. 1248.

Ferenspiele für Gemeindeschüler.

Die Ferien stehen vor der Tür. Große Pläne werden geschmiedet von denjenigen, die sich leisten können, ins Hochgebirge, an die See oder aufs Land zu gehen.

Wie liegen denn die Dinge? Vater geht morgens seiner Beschäftigung nach und kommt erst abends wieder nach Haus. Mutter muß gleichfalls in vielen Fällen außer dem Hause einer Beschäftigung nachgehen oder sie hat neben der Hauswirtschaft die Kleinen zu versorgen und wenn damit fertig, dann jede freie Minute als Heimarbeiterin tätig zu sein.

Table with 2 columns: City and Percentage. Hamburg 1.04, Leipzig 0.83, Düsseldorf 0.77, Straßburg 0.75, Bremen 0.70, Danzig 0.69, Charlottenburg 0.68, Darmen 0.66, Mannheim 0.66, Offen 0.48, Köln 0.42, Frankfurt a.M. 0.40, Nürnberg 0.39, Dresden 0.38, Posen 0.38, Berlin 0.31, Stuttgart 0.31.

Berücksichtigt man die besonderen Verhältnisse Berlins, so sinkt der Wert der Berliner Ziffer noch ganz erheblich. Dazu kommt: Der Berliner Verein für Ferienkolonien legt großen Wert darauf, seine Zuwendungen von den städtischen Behörden anzunehmen, sondern die Mittel durch freiwillige Beiträge aufzubringen.

Das sind, wie gesagt, im wesentlichen fränkliche Kinder. Was geschieht nun aber für die gefundenen Kinder? Leider nur sehr wenig. Einmal herrscht in den Kreisen der Befindenden eine große Gleichgültigkeit in solchen Dingen und dann fehlt auch überall richtiges Verständnis dafür, daß man nicht nur Einrichtungen zu treffen hat, um den Kranken zu helfen, sondern auch solche die geeignet sind, den Gefundenen gesund zu erhalten, gesund an Körper und Geist.

Tausende und abertausende Kinder der Berliner Arbeiterbevölkerung beiderlei Geschlechts haben während der Ferien keinen anderen Aufenthaltsort als die Straße, die in der Sommerhitze der denkbar schlechteste Aufenthaltsort ist. Tausende und abertausende kommen in den ganzen 5 Wochen nicht ein einziges Mal aus dem Dunst der Großstadt heraus in frische, freie Luft.

Vor mehr denn 10 Jahren forderte der Genosse Singer die Freigabe der Schulhöfe während der Ferien zu Spielzwecken. Es hat lange gedauert, bis man nachgab; jetzt nach fünf, sechs Jahren hat sich die Sache so bewährt, daß sie zur ständigen Einrichtung geworden ist.

Die Blankensfelder Wiese liegt mitten in den Kieffeldern und gab den aufstrebenden Lehrern zu erheblichen Bedenken Veranlassung: „Da muß es doch stinken“. Auch sonst Bedenken in Menge, so zum Beispiel: „Was, den ganzen Tag hier draußen bleiben, das ist ja ganz unmöglich“, und alle Tage, nein, das hält ja niemand aus.“

Es ist gegangen, bald waren alle Bedenken verschwunden. Die Lehrer und Lehrerinnen merkten bald an ihrem eigenen Körper den Unterschied zwischen Schulhof und Spielwiese. Am Schluß der Spiele hatten alle, ohne Ausnahme, den Wunsch, im nächsten Jahre wieder mit herangezogen zu werden.

Die Beförderung geschah mit der Straßenbahn und mit der Stettiner Bahn. Jedes Kind sollte mindestens 10 Pf. zur Fahrt mitbringen. Diejenigen, die ohne diese 10 Pf. kamen, wurden natürlich nicht zurückgewiesen. Stullen mußten sich die Kinder selbst mitbringen. Wer nichts mit hatte, erhielt etwas zu essen von der Spielleitung.

Für die Vertreter der Arbeiterinteressen im Rathaus bedurfte es der ministeriellen Rahmung nicht, denn seit langen Jahren sind sie unermüdet tätig, Verständnis für diese Dinge in die Köpfe der „fortschrittlichen“ Mehrheit der städtischen Behörden zu bringen.

Gerichts-Zeitung.

Der Zehlendorfer Woylott abermals vor Gericht.

Ueber das in Zehlendorfer belegene und der dortigen Gemeinde gehörige Lokal „Fürstenhof“ ist bekanntlich die Sperre verhängt worden, weil der Besitzer des Lokals dieses für sozialdemokratische Versammlungen nicht hergibt.

ein grober Unfug erblidt werden könne. Die Strafkammer nahm aber auch gestern an, es liege grober Unfug vor und erkannte unter Freisprechung des Angeklagten Völlert gegen die übrigen drei Angeklagten wiederum auf 20 M. bzw. 8 M. Geldstrafe.

Ein gewissenloser Milchpantfcher vor Gericht.

Als einen gewissenlosen „Milchpantfcher“ bezeichnete der Staatsanwalt den Milchhändler Hermann Zimmermann, welcher sich gestern unter der Anklage des wissentlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I verantworten mußte.

Schamlose Räpelleien.

Gestern stand der 17jährige Kellner Karl Dabrowsky vor der Verurteilungskammer, um sich wegen gröblicher Ausschreitungen gegen eine junge Dame zu verantworten.

Eine kinematographische Vorstellung vor dem Richterkollegium unterbrach gestern eine vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II geführte Verhandlung. Wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit war der Schauspieler Alois Dhr angeklagt.

Von der Aufsichtspflicht des Lehrers.

Bei einer größeren Schulfestlichkeit in Stettin waren auch Wasserrohre zum Volgschischen von den Kindern benützt worden. Nach dem Verlauf der Schießübungen und der betreffenden Spiele hatten sich die Kinder weiter mit den Wasserrohren beschäftigt und dabei einen Festteilnehmer verletzt.

Sieben Monate Gefängnis gegen Jugendliche wegen eines Osterseners.

Vor der Stettinger Strafkammer standen am Mittwoch der 16jährige Zigarrenmacherlehrling Armann und der fast 18jährige Osterfeuerknecht aus Zillingen bei Duderstadt, die am zweiten Osterfeiertage in Eupenberg Walde mit zusammengetragenem trockenem Gras ein Osterfeuer angezündet und dadurch einen Waldbrand verursacht hatten.

Wie diesem Tatbestand gegenüber Vorsichtigkeit hat angenommen werden können, ist rätselhaft. Die Verhängung einer Gefängnisstrafe wegen Befolgung eines in Mittel- und Westdeutschland hergebrachten freilich recht unruhig gewordenen Brauches mahnt von neuem dazu, die Vergehen Jugendlicher Sondergerichten zu überweisen.

Vom Vereinsrecht.

In einer Verksattverammlung der Arbeiter der Firma Schmidt u. Behrens zu Wilhelmshagen a. E., die der Erörterung von Mißständen dieser Fabrik diente, war nebenbei auch

vom Metallarbeiterverband gesprochen worden. Aus diesem Grunde erachtete das Landgericht Etde die Verammlung für eine Verammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten und verurteilte den Veranhalter, Metallarbeiter Schulz, auf Grund der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes wegen Nichtanmeldung der Verammlung zu einer Geldstrafe. Das Landgericht meinte, es sei nicht eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, wenn über den Metallarbeiterverband gesprochen werde. — Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Es führte aus: Die Behandlung

des Metallarbeiterverbandes könne die Behandlung einer öffentlichen Angelegenheit sein, dann nämlich, wenn es sich um die Propaganda für den Verband handle. Andererseits gebe es Fälle, wo sie es nicht sei. Zum Beispiel wäre es keine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, wenn die Frage behandelt werde, ob dieser oder jener als Beamter des Verbandes angestellt werden solle, ob der Lohn der Verbandsbeamten genüge, oder ob ein anderes Sitzungstafel zu beschaffen sei. Da nun über die Art der Behandlung des Metallarbeiterverbandes in der Verammlung bisher nichts festgestellt sei, so müsse das Landgericht sich nochmals mit der Sache befassen.

Für den Jubel der Integrität übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Freie Volkshäuser.
Freitag abend 7 1/2 Uhr: 7. Abendvorstellung im Neuen Schauspielhaus: 12. 13. Abteilung: Goethes Faust. (1. Teil.)
Sonnabend: 14. u. 15. Abteilung.
Samstag: 16. u. 17. Abteilung.
Montag: 6. u. 7. Abteilung.
Freitag, den 7. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Salome. (Anfang 8 Uhr.)
Kgl. Schauspielhaus. Wallensteins Tod.
Neues kgl. Opernhaus. Wiener Blut.
Deutsches. Robert und Bertram. Kammerstücke. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Moloeh. Der zerbrochene Krug.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Die Schmutzler.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmshagen.)
Drei Paar Schuhe.

Berliner. Geflossen.
Leitung. Die Fiedermans.
Kleinod. Marcell Salzer. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Neues. Die Gondolieri.
Wochen. Die lustige Witwe.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Entwickelungs. Die Welt ohne Männer.

Thalia. Charle's Tante.
Ulfen. Das Rätsel seiner Ehe.
Bernhard Hofe. Der große Unbekannte.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Wintergarten. La Tortajada.
Spezialitäten.
Apollo. Der lustige Witwe. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Waffage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenträume 18/19.
Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.

Sternwart. „Opa's Abenteuer“ 57/58.
Theater des Westens.
Kantate 12 (Station Zoolog. Garten).
Gallip. d. Neuen Operntheaters aus Hamburg.
Die lustige Witwe.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Condottieri.
Sonnabend und folgende Tage:
Die Condottieri.

Kleines Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
MARCELL SALZER-ABEND.
Sonnabend und folgende Tage:
MARCELL SALZER.

Lortzing-Theater
Bolealliancestr. 7/8.
Gestern halber: **Geschlossen.**
Heute 7 1/2 Uhr: Opern-Aufführung des Brandenburg. Konfessionariums.
Telle aus: Zauberkiste, Troubadour.
Besen: Cavalleria rusticana (ganze Oper).
Belle-Alliance-Garten. Täglich: Elite-Variété-Vorstellung.

Lustspielhaus.
8 Uhr: Wiener Ensemble. Gastspiel: Die Welt ohne Männer.
Gepi Glöckner als Gast.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelms-Ländliches Theater.
Abends 8 Uhr: Drei Paar Schuhe. Sommerpreise.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwan in 3 Akten v. R. Hennequin und V. Weber.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 31.
Abends 8 Uhr:
Das Rätsel seiner Ehe
und folgende Tage.
Sonnabend, den 9. Juni, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Fräulein Zofette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Holländer. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater

Abends 8 Uhr:
Neue Spezialitäten.
Abends 9 1/2 Uhr:
Wie dagewesener Lachserfolg!
Hartstein
mit seiner Burleske:
Der lustige Witwe.
1. Bild: Das letzte Mal.
2. Bild: Die Folgen davon.

WINTER GARTEN

La Tortajada.
Neues Programm.

BERNHARD ROSE THEATER

Dr. Franzstr. 132.
Freitag, den 7. Juni:
Anfang 4 1/2 Uhr.
Im Garten:
Theater- und Spezialitäten-Borst.
Paul Corradini.
Bogenschießpreis. — Abends 8 1/2 Uhr im Theater: Der große Unbekannte Sommerpreise.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 10.
Berlin bei Nacht.
Lebensbild mit Gesang in 4 Bildern. Ein Spah in der Badstube.
Dazu das neue Juni-Programm. Am 6. Uhr. Kaffeeische v. 3 Uhr ab. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Brunnen-Theater
Bodstraße 58. Direkt.: Bernh. Rosa.
10 Attraktionen ersten Ranges 10.
Arthur Wolff.
D'Elbost. — Rämbler Comp.
Der Geistespaß im Gefängnis.
Pantomime der Mokaschlytruppe.
Im Fluge durch die Welt.
Wasserkunst-Vorstellung in 6 Bildern. Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Im Saal: **Großer Ball.**
Billetvorverkauf von 10—11 Uhr an der Theaterkasse.

Max Kliems Sommer-Theater

Gartenstraße 13/15.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. Jeden Mittwoch: Die besten Kinderfeste. Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Moloeh.
Eine unvollendete Tragödie (2 Akte) von Friedrich Hebbel. — Hierauf:
Der zerbrochene Krug.
Ein Lustsp. in 1 Aufz. v. Heilm. v. Kleist.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Perrichons Reise.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Traumulus.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Perrichons Reise.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Schmutzler.
Komödie in 4 Akten v. Viktor Dinter.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Schmutzler.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Der Pfarrer v. Kirchfeld.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Schmutzler.

Arbeiter-Radf.-Verein in Friedrichsfelde.

M. d. Arb.-Radfahr.-Bundes „Solidarität“.
Sonnabend, den 9. Juni, in „Meines Gesellschaftshaus“ in Biesdorf:
Großes Sommerfest
verbunden mit Konzert, humoristischen und Gesangs-vorträgen, Kunst- und Reigenfahrten und Ball. Eintritt 25 Pf. (Kleiner vom Vereinslokal) Sögelstr. 11, Friedrichsfelde, nach dem Festlokal Punkt 3 Uhr.
Da es sich für uns um die Eringung eines festen, freien Lokals in Biesdorf handelt, bitten wir um rege Unterstützung. Der Vorstand.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Gelegenheit n. allen Stadtricht.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Im herrlichen Garten oder großen Saal:

Die größte Sensation der Gegenwart:

3 Köhrs Todesfahrt im drehbaren Globus.
Hans Köhr, der einzige Fahrer der Welt, welcher die endlose Schleiße, nur 3 Meter Durchmesser, vertikal durchfährt. — Blockwan, phänomenale Kunstfahrer-Truppe. — Alfred Mourdin, der unsterbliche Korbsteherding. Dazu das neue und beste Programm Berlins.
Anf. 8 Uhr. Kaffeeische. Volksbelustigungen aller Art. Eintritt 30 Pf.

Waldschlößchen, Neue Mühle bei Königswusterhausen.

Empfehle mich seit 15 Jahren der Arbeiterschaft zur Verfügung stehendes Lokal an Vereine und Familien — noch jeden Tag von Mai bis September frei. Wägen im Laubwald und am Wasser gelegen. Großer schattiger Garten. Saal, Regeltischen und Stallungen. C. Leiste.

Kastanienwäldchen Schönholz.

2 Min. vom Bahnhof Schönholz. — Inh.: Hermann Ramlow.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Gr. schattiger Garten. Zwei neue verdeckte Kegelbahnen. Kaffeeische.
Jeden Sonntag: **Garten-Konzert.**
Empfehle mich selbst gegen Verfall mit Theaterbühne den geübten Vereinen und Familien. 4392

Neue Welt

Hasenheide 108-114.
— Im Kongerlgarten: —
Täglich: **Großes Konzert.**
Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag:
Militär-Konzert.
Jeden Montag, Mittwoch, Freitag:
Theiß-Orchester.
Eintritt 10 Pf. Eintritt 10 Pf.
Im Theatergarten:
Täglich: **Großes Konzert**
des Neue Welt-Orchesters und
Spezialitäten-Vorstellung.
Eintritt 25 Pf. Eintritt 25 Pf.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Nummer auf Nummer!
Schlager
auf
Schlager!
Das neue Juni-Programm.
14 Attraktionen 14.

Gruppenbild

Soeben ist erschienen:
Gruppenbild
der
sozialdemokratischen Reichstagsfraktion
Preis 40 Pf. Porto und Verpackung 20 Pf.
Auf Kunstdruck-Karton in vorzüglichem Druck und nach den neuesten photographischen Aufnahmen hergestellt, ist das Bild ein prächtiger Zimmerschmuck für jedes Arbeiterheim. Die Kartongröße ist 40x55 cm. Der Preis ist so billig bemessen, um jedem Arbeiter die Anschaffung zu ermöglichen.
Zu beziehen durch Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 41307.
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur. Streng reell. — Billigste Preise.

Belle-Alliance-Garten

Herrlicher Sommergarten Berlins.
Weltberühmte Illumination.
Vollständig neue Anlagen.
Täglich:
Elite-Variété-Vorstellung
Anf. wochentags 6, Sonntags 4 Uhr.

Walhalla-Variété-Garten.

Berlinerweg 19/20, Hofentf. Tor.
Spezialitäten-Vorstellung.
15 hervorragende Nummern 15.
Kleine Sommerpreise.
Anf.: Konzert 5, Vorstellung 7 Uhr.
Bei unangenehmer Witterung
Vorstellung im Theater.

Fröbels Allerlei-Theater

(früher Puhlmann)
Schönhauser Allee 118 und
Kahnenallee 97/99.
Heute heute täglich:
Phänomenaler Erfolg des Niesen-
Juni-Programms.
Reu's Orions. + Harry Ellis.
Mr. Roosevelt. + Alexander.
Prolongiert! Mia Elvira. + Corty u.
Rothli. + The Dunbars. + Hermann
Milardo. + Renoth u. Huber.
Gr. Zübel
8 Uhr: **Genießet das Leben.**
Am Sonnabend, 8. Juni: **Zweites**
großes Kinderfest.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W.,
Goltzstraße 9.
Ob Regen, ob
Sonnenschein
Das neue
großartige
Juni-
Programm.
U. Hanny Sappice, jugendl. Verbands-
a. Hanny Sappice, langj. Künstlerin.
Grete Reumund, Soubrette.
Willy Schönborg, Humorist.
?? Greifenberger prolongiert ??
und die anderen Spezialitäten.
Zum Schluss die renommierte Vosse:
Die Räuber in der Perücke oder:
Ein verunglücktes Stehdielchen.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Prater-Theater.

Kahnenallee 7/9.
Täglich:
Flotte Weiber
Spezialitäten I. Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Volksgarten-Theater.

Bad-Beilmstraße — Bahnhof Gesund-
brunnen — Bellermannstraße.
Das Bild der Mutter
oder **Berliner Zimmerleute.**
Volksstück mit Gesang in 3 Akten.
Dazu:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Volksbelustigungen. X Großer Ball.

Reichshallen-Theater.

Am Wangen Dönhofsstr. 81/82.
Sonntags 7 Uhr.
Stettiner Sänger.
Reichshallen-
Garten und
Restaurant:
Militär-
Konzert.

Sanssouci, Kottbusser

Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonn-, Mont-, Damentag:
Kottmanns Nordd. Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Eines neuen hochaktuellen
Soiree-Programm
Sonn- u. Damentag 8 Uhr
Für nächste Saison sind
famill. Sonntags bereits
belegt. Noch einige Mittwoch-
Abende sind frei.

Zirkus Reiffahrt.

O. Memelerstr., Comeniusplatz.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Vollständig moderne, erstklassige
— Dressuren —
Ausgesuchtes edles Werbematerial.
Neues Programm.
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden,
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Eisenbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 77
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren

Sonnabend, den 9. Juni 1907.
1. Abt. früh 6 Uhr nach Seddin.
Start: Bülowstr. 58.
2. Abt. früh 8 Uhr nach dem Ber-
lee (Zum Dampfboot). Start: Jönian-
Promenade 15.
3. Abt. früh 5 1/2 Uhr Streckzüge
durch das Blumental. Start:
Mariannenplatz.
4. Abt. früh 6 Uhr nach Grün-
felde. Start: Eichenstr.
5. Abt. früh 6 Uhr nach Tempel.
Start: Genossenschaft, Oderberger-
Küche 30.
6. Abt. früh 4 Uhr nach Rudow.
Start: Oranienstr. 21 bei Wegner.
7. Abt. früh 5 Uhr nach Bock-
felde. Start: Waldstr. 8.

Vom Beschlusse der Vorstand-
sitzung vom 3. d. M. fallen sämt-
liche Nachmittags-Touren der
Abteilungen aus und fahren um
1 Uhr nach Rixdorf zur
1. Korsosfahrt. Starke Be-
teiligung ist dringend notwendig.
Zusammenkunft: Thiel, Berg-
straße 151, Rixdorf.

Achtung, Sportgenossen

des 1., 2. u. 9. Bezirks!
Sonnabend, den 13. Juli 1907,
findet eine
Gaunersfahrt nach Wittenberg

statt. Es ist erwünscht, daß eine starke
Beteiligung stattfindet. — Treffpunkt
der Vereine: Treuenbrietzen.

Sitzung d. Rechtsschutzkommission.

Der Obmann
Arbeiter-
Radfahrer-Bund
„Solidarität“
Gau 9 — Bezirk 2.
Sonntag, 9. Juni 1907:
3. Bezirks-Fest

in Troptow bei Joch, Rüdiger
Landstraße, verbunden mit
Konzert, Spezialitäten, turnerische
Auführungen, Kunst-, Reigen-
fahrten und Tanz.
Bei Eintritt der Dunkelheit:
Große Kinder-Fadelpolonaise.
Jedes Kind erhält an der Kasse
einen von zur Stadtlaterne gratis.
Eintritt 20 Pf., Kinder frei,
Programm gratis. — Herren, die
am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf.
nach. Anfang 3 Uhr. 12/4

Niedergeroffen: 26865

Fran H. Menzi,

apoth. Berlin
Spezial für Haut- und Geschlechts-
krankheiten, Kosmetik.
Leipzigerstraße 115/116.
Spracht. 11-3, außer Sonntag.

Charlottenburg.

Spezialwerkstatt für Uhren,
solche Ausfertigung, preis-
werte Berechnung. 43882
Friedr. Stabenow,
Lünowstraße 13
am Rathaus.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Berlin — Bezirk Moabit.

Sonnabend, 8. Juni 1907, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49:

Großes Sommer-Vergnügen.

Spezialitäten ♦ Theater ♦ Konzert ♦ Ueberraschungen aller Art.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet.

♦ Um 9 Uhr: Fackel-Polonaise, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält. ♦

Nach der Vorstellung: TANZ. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Anfang 4 Uhr. Billett 25 Pf.

Da wir weder Kosten noch Mühe gescheut haben, um das Fest zu einem recht genussreichen zu gestalten, erhoffen wir zahlreichen Besuch

Das Komitee.

Möbelfabrik „Berolina“

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bilanz für das Geschäftsjahr 1906.

| Aktiva. | |
|--------------------------|------------------|
| Kassenkonto | 802,80 |
| Bankkonto | 606,52 |
| Rückstellungen | 3.444,65 |
| Debitorenkonto | 8.286,28 |
| Kapitalkonto | 5.940,— |
| Wareneinsatz | 23.830,95 |
| Zusammen | 42.811,20 |
| Passiva. | |
| Guthabenkonto | 489,— |
| Darlehenskonto | 23.624,81 |
| Reservefondskonto | 196,78 |
| Kreditorenkonto | 10.572,70 |
| Ungewinnkonto | 2.291,15 |
| Gewinn- und Verlustkonto | 5.158,96 |
| Zusammen | 42.334,30 |

Mitgliederzahl am Anfang des Geschäftsjahres: 16. Eingetretene: Keiner. Ausgetreten durch Tod: 1. Bestand am Schlusse des Geschäftsjahres: 15. Die Geschäftsguthaben und die Passivum verminderten sich um je 30 M. Gesamtbeitrag der Passivum 480 M. 127/18

Der Vorstand.
G. Krebs, Karl Müller.

Gau 9. Bezirk II. Gau 9.

Am Sonntag, den 9. Juni, feiert der

Arbeiter-Radfahrerverein „Glück auf“

zu Bornim i. M. im „Schwarzen Adler“, Neu-Bornim, Mittelstr. 12, sein

4. Stiftungsfest

bestehend in

Festzug, Konzert, Reigenfahrten, Verlosung und Ball.

Alle Bundesvereine der umliegenden Ortschaften sind hierdurch freundlichst eingeladen. — Es würde uns angenehm sein, wenn uns auch die Berliner Genossen mit ihrem Besuche beehren. 12/9

Der Anfang beginnt um 3 Uhr. Das Komitee.

Sonnabend, den 8. Juni:

2. Mondscheinfahrt mit Musik

nach Wernsdorfer Schleuse und Gosener Berge ad Schillingsbrücke.

Abfahrt abends circa 9 Uhr. Hin und zurück 50 Pf.

Um freundlichen Zuspruch bitten

== Restaurant zum Oder- & Spree-Kanal. ==

Tischler-Verein (E. H. 89).

Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vereinstätigkeiten. 2. Ausgabe der Billets zu der am 7. Juli nach „Sportplatz Riegenhals“ stattfindenden Dampferpartie.

158/16 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer.

Die Bezirksversammlungen finden am Sonntag in den bekannten Lokalen statt.

Herren- u. Knaben-Konfektion!

Nach mannigfachen Wünschen unserer neuen Lohnarbeiter fordern wir die Abmachungen auf, sich streng an die Abmachungen zu halten und die Firmen zu meiden, die sich dem Zweck nicht unterwerfen wollen. Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden alle 14 Tage Freitag bei Orskel, Neue Friedrichstr. 35, statt, und erlauben wir auch die noch fernstehenden Kollegen zu erscheinen.

Verband deutscher Schneider, Filiale Berlin.

Mitgliedschaft II
(Zuschneider und Zuschneiderinnen). Näherer Auskunft dabeist.

Durch den

Bäckerstreik

haben wir uns veranlaßt gesehen, in folgenden Gegenden, wo keine Bewilligungen vorhanden sind, Verkaufsstellen zu eröffnen:

Rixdorf, Saarstr. 11 und Berlin, Hohenlohestr. 18

und bitten hiermit die geehrten Hausfrauen um gütigen Zuspruch.

NB. Da uns der Herr Kaufmann Koch seinen Laden Caprivistr. 3 nicht zur Verfügung stellte, den er uns zugesichert, so haben wir an oben genannter Stelle gemietet.

Bäckerei-Genossenschaft „Berlin“, E. G. m. b. H.

Zentrale: Glogauerstr. 28.

1. Verkaufsstelle: **Berlin, Glogauerstr. 28.**
2. „ **Forsterstr. 20.**
3. „ **Rixdorf, Steinmehlfstr. 129.**
4. „ **Falkstr. 1.**
5. „ **Saarstr. 11.**
6. „ **Berlin, Hohenlohestr. 18.**

Spezial-Hut-Engroslager.

Neueste Moden der Saison

in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten, Chapeaux claque und Strohhüten.

Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen!

Sonntags geöffnet! **Neue Königstraße 48, I Treppe,** drittes Haus vom Alexanderplatz.

Biel Vergnügen machen die dem

Veilchenseifenpulver

„Marke Kaminfeger“

Bestehenden Geschenke, prächtige Sachen, ausnahmslos nur hübsche, nützliche Gegenstände.

In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben.

Vorwärts beim Einkauf! Man achte auf die „Schuhmarke Kaminfeger“!

Fabrikant: **Carl Gentner, Göppingen.**

Alleinverkauf für Berlin und Umgegend: **Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstraße 11.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Sonntag, den 9. Juni er., vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

der

Klempner d. Deutsch. Metallarbeiter-Verbandes

in den „Mischer-Sälen“, Kaiser Wilhelmstr. 18m.

Tages-Ordnung:

1. Die Aussperrung im Baugewerbe, und in welchem Maße sind unsere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen?
2. Diskussion.
3. Sonstige Verbandangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

NB. Wegen der Wichtigkeit des ersten Punktes der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig. Die Versammlung ist deshalb nur für die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Wir erwarten, daß die Kollegen für den Besuch der Versammlung agilitieren. Die auswärtig wohnenden Kollegen erlauben wir ebenfalls dringend, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Sonntag, den 9. Juni er., vormittags 10 Uhr:

Morgensprache

für Reinickendorf u. Umgegend

im Lokal von Muser, Reinickendorf, Berlinerstr. 29.

Montag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, finden in folgenden Lokalen

Bezirks-Versammlungen

statt.

Für **Norden:** in den Germania-Sälen, Chaussee-straße 110 und Ballschmieder, Badstr. 16.

Für **Moabit:** in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47.

Für **Osten:** in Craz' Pracht-Sälen des Ostens, Frankfurter Allee 154.

Für **Süden:** in der Urania, Wrangelstr. 10-11, in der Drachenburg, Vor dem Schliesischen Tor und in Giesings Festsälen, Wassertr. 68.

Für **Westen und Schöneberg:** bei Zühlke, Dennowitzstr. 13.

Für **Charlottenburg:** im Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Für **Rixdorf:** in Thiels Fest-Sälen, Bergstr. 152.

Für **Rummelsburg:** in Tempels Lokal, Alt-Boxhagen 56.

Für **Weißensee:** in Roskops Lokal, König-Chaussee 3.

Für **Steglitz:** in Schellhases Lokal, Ahornstr. 15a.

Für **Tegel und Umgegend:** in Trapps Festsälen, Bahnhofstr. 1.

Für **Köpenick:** in Schüllers Lokal, Hohenzollern-Platz 6.

Für **Spandau:** in Kumbkes Festsälen, Schönwalderstr. 80.

Für **Oberschöneweide:** in Kaufholds Lokal, Wilhelminenhofstr. 18.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstag.
2. Diskussion.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Kollegen und Kolleginnen! Da ein jedes Mitglied unserer Organisation von den Beschlüssen resp. Verhandlungen unserer Verbandstages unterrichtet sein muß, so ist es Ihre Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die **Branchenversammlungen** der **Metallschleifer und Schlosser** finden an diesem Tage nicht statt. Die Kollegen werden ersucht, nach den Bezirksversammlungen zu gehen.

119/16 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(E. G. Nr. 2 Hamburg.) Vereinfachte Verwaltung Berlin.

Freitag, 7. Juni, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom ersten Quartal.
2. Wahl eines Kassierers für den dritten Bezirk.
3. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Genossen G. Link: „Ueber Wesen und Wirken der Arbeiterversicherung.“

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

A. H.: Riß, Schröder, Lützowstr. 62. 259/6

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht daß der Kollege, Mitglied

Franz Oleszak

am 5. Juni verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Juni er., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Hohe Beteiligung erwartet

88/1 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis (Spandauer Viertel.)

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Kollege

Wilhelm Henkel

wohnhaft Doppelstr. 33, Stadtbezirk 106a gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Juni er., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gumbaus-Kirchhofes aus statt.

244/13 Der Vorstand.

Danfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Franzosen bei der Beerdigung meines ungeliebten Mannes **Otto Rottschlag** sagen allen, besonders den Genossen des 688. und 687. Bezirks, der Sektion O sowie der 22. Abteilung der Straßenreinigung unseren herzlichsten Dank.

Ehmer August Rottschlag, Familie Winkler. 51182

Orts-Krankenkasse der Kürschner

und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Montag, den 10. Juni 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Fortsetzung der Ordentl. General-Versammlung

im Alten Schützenhaus, Linienstr. 6.

Ereidigung von Punkt 4 bis 7 der Tagesordnung v. 29. April 1907.

- a) Erhöhung der Beiträge und Eintrittegebühren.
- b) Gehalts-erhöhung für 2 Klassen angefallte.
- c) Änderung des § 49 (Anderweitige Befreiung der Mitgliederzahl).
- d) Kassensangelegenheiten.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird höflichst ersucht.

Die angegebene Einladung legitimiert, ohne dieselbe keine Einlass.

Der Vorstand: 274/16
Fr. Grandel, Vorsitzender.

Paul Meinke

Schneidemeister

Lyckenerstr. 129.

Anfertigung eleganter Herrenmoden nach Maß.

Reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe

in den Preislagen von

25 M. bis 59 M.

Für tadellosen Sitz und saubere Arbeit leiste Garantie.

Eigene Betriebswerkstatt.

Reparaturen sauber und billig. Vorwärtsler erhalten 5 Proz. Rabatt

in Bar!

Deutschlands Spezialgeschäft

Größtes

Bettfedern

Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betrieb

Gustav Lustig

BERLIN S. Prinzenstr. 46

verleiht geg. Nachnahme garantiert neue und gut erhaltene, gut füllende Bettfedern p. 4/5, 2/3, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/12, 1/15, 1/20, 1/25, 1/30, 1/35, 1/40, 1/45, 1/50, 1/55, 1/60, 1/65, 1/70, 1/75, 1/80, 1/85, 1/90, 1/95, 1/100, 1/110, 1/120, 1/130, 1/140, 1/150, 1/160, 1/170, 1/180, 1/190, 1/200, 1/210, 1/220, 1/230, 1/240, 1/250, 1/260, 1/270, 1/280, 1/290, 1/300, 1/310, 1/320, 1/330, 1/340, 1/350, 1/360, 1/370, 1/380, 1/390, 1/400, 1/410, 1/420, 1/430, 1/440, 1/450, 1/460, 1/470, 1/480, 1/490, 1/500, 1/510, 1/520, 1/530, 1/540, 1/550, 1/560, 1/570, 1/580, 1/590, 1/600, 1/610, 1/620, 1/630, 1/640, 1/650, 1/660, 1/670, 1/680, 1/690, 1/700, 1/710, 1/720, 1/730, 1/740, 1/750, 1/760, 1/770, 1/780, 1/790, 1/800, 1/810, 1/820, 1/830, 1/840, 1/850, 1/860, 1/870, 1/880, 1/890, 1/900, 1/910, 1/920, 1/930, 1/940, 1/950, 1/960, 1/970, 1/980, 1/990, 1/1000.

20-jährige Erfahrung über 2000 Bettfedern, von seinem zweiten Patent u. Bettfedergeschäft erreicht.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Folgende Lokale stehen uns zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung: VI. Kreis: Dranienburger Festhalle, Chausseest. 10, Zeltow-Weeslow; Langewahl bei Reichendorf; Gasthof Roberstein, Stahnsdorf; Lad-häse, Verkehrlotal.

Zu dem am Sonntag, den 16. Juni in Französisch-Buchholz stattfindenden Turnerfest weisen wir darauf hin, daß dortselbst nur Kühnes Gesellschaftshaus, Berlinerstr. 30, der Arbeiterklub zu allen Veranstaltungen zur Verfügung steht, alle anderen Lokale sind daher gesperrt und ersuchen wir die Parteigenossen, dies genau zu beachten.

Schildow-Blankenfelde. Bezirk Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 9. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet in Mönchsmühle bei Knappe die fällige Wahlvereinsversammlung statt. 1. Vortrag des Genossen F. Braun über: Ist Religion Privatsache? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um rege Agitation und pünktlichen Besuch dieser Versammlung ersucht Der Vorstand.

Abmarsch der Nieder-Schönhäuser Genossen Punkt 2 Uhr von Seatzvogel, Nordend aus.

Niederlehme. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß Sonntag, den 8. Juni am hiesigen Orte der Jagelabend stattfindet.

Weihensee. Sonntag, den 9. Juni, früh 9 Uhr, findet zugunsten des Bäderstreiks von den bekannten Abteilungslokalen aus eine Flugblattverteilung statt. Rege Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Wenn in unserer Berliner Stadtverordnetenversammlung ein Freisinniger den Arbeiterfreund mimen will, dann darf man allemal auf einen ganz aparten Gemüß rechnen. Groß ist in dieser Rolle bekanntermaßen der freisinnige Stadtverordnete Goldschmidt. Gestern bot sich ihm wieder mal die Gelegenheit, den Männern von der Straßenreinigung sein „warmes Herz“ zu zeigen.

Indes, diesmal hatte selbst Herr Goldschmidt doch noch seinen Reifer gefunden. Der gleichfalls freisinnige Stadtverordnete Sonnenfeld war's, der ihm in der Rolle des „Arbeiterfreundes“ den Rang abzulaufen suchte. Herr Sonnenfeld will nicht, daß bei der Straßenreinigung die Zahl der Arbeiter vermindert wird, oder daß diese Arbeiterkategorie etwa einmal ganz beseitigt werde. Warum will er das nicht? Weil er meint, daß den Straßenreinigungsarbeitern zur Erhaltung ihrer Zufriedenheit und ihres Selbstbewußtseins die Möglichkeit des Aufstiegs bleiben müsse.

Benignitäts die Möglichkeit! Nun, das ist doch immer was, und man sieht doch die Liebe. Aber den Sozialdemokraten erscheint das allerdings als nicht genug. Unser Genosse Pfannkuch antwortete dem „arbeiterfreundlichen“ Herrn Sonnenfeld, Zufriedenheit schaffe man mit solchen Mitteln nicht. Man solle einmal versuchen, den gegenwärtigen Lohn der Arbeiter allen Arbeitern der Straßenreinigung zu gewähren; damit werde man dem Ziel, zufriedene Arbeiter zu haben, eher nahe kommen. Pfannkuchs Ausführungen über die Notwendigkeit einer Gleichstellung aller Arbeiter wirkte auf Herrn Sonnenfeld wie ein rotes Tuch auf den Stier. Das kennzeichne, so zeterte er, den „materialistischen Standpunkt“ des sozialdemokratischen Redners. Es ist doch merkwürdig, daß der Freisinn die „Ideale“ immer nur dann zu schätzen und zu schützen weiß, wenn es gilt, die Forderung einer besseren Entlohnung der im Dienste der Stadt tätigen Personen zurückzuweisen.

Genosse Pfannkuch zeigte, daß unter dem gegenwärtigen „Vorarbeiter“-System auch das „Selbstbewußtsein“ der Arbeiter, das Herr Sonnenfeld ihnen durch die Möglichkeit des Aufstiegs „erhalten“ will, manche Beeinträchtigung erleiden muß. Seine Bemerkung, eigentlich müßten die Arbeiter selber sich ihre Vorgesetzten wählen können, fand bei den Freisinnigen stürmischen Widerspruch. Der von Herrn Sonnenfeld begonnene Versuch, die Debatte auf das Gebiet der Parteipolitik hinüberzuspielen, wurde nun von Herrn Goldschmidt fortgesetzt. Zum Schluß bemühte sich Herr Sonnenfeld noch einmal, unserem Redner das Wort im Runde umzudrehen, aber er holte sich damit nur die verdiente nochmalige Absfuhr.

Die neuen Fahrpreise für die Ferien-Sonderzüge. Die Fahrpreise für die Ferien-Sonderzüge sind jetzt nach der Tarifreform sämtlich neu berechnet worden. Der Kilometer ist dabei in der 3. Klasse mit 1/3 Pf., in der 2. Klasse mit 6/10 Pf. berechnet. Dazu kommt die Fahrkartensteuer des Reiches. Nur bei den Karten zu Sonderzügen nach Stationen innerhalb des preussisch-hessischen Eisenbahnnetzes ist auch noch der Schnellzugzuschlag für die Rückfahrt in Anschlag gebracht. Er beträgt in der 3. Klasse 1, in der 2. Klasse 2 M. Die Karten gelten jetzt zur Rückfahrt innerhalb zwei Monaten. Die Fahrpreise für die wichtigsten Sonderzüge sind folgende: 1. Antilcher Mitteilung folgende: Es kostet eine Sonderzugkarte 3. Klasse von Berlin nach München 31,20 M., nach Basel 41,00 M., nach Dresden 3,00 M., nach dem Riesengebirge 14,10 M., Danzig und Jappot 21,00 M., Königsberg 27,50 M., Grenz 29,20 M., Witten und Neuhäuser 29,00 M., Elbing 22,20 M. Einfache Fahrkarten für fahrplanmäßige Züge kosten dagegen beispielsweise nach München 20,20 M., Basel 27,00 M., Dresden 5,00 M., Danzig 14,40 M., Königsberg 18,40 M., Elbing 14,80 M. usw. Dazu kommt u. a. der Schnellzugzuschlag von 1 M. für jede Fahrt.

Die „nationale“ Zensur.

Es gehört zum Wesen des deutschen Liberalismus, daß er sich theoretisch für alle möglichen Freiheiten begeistert, um sie desto ungestümmer in der Praxis zu erdrosseln. Ein köstliches Schauspiel dieser Art bietet die „Vossische Zeitung“, noch dazu in einer Angelegenheit der Kunst, zu deren geborenen Schützern sich doch der bildungssehrige Liberalismus rechnet. Im Charlottenburger Schiller-Theater ist eine Komödie: „Die Schmutzblätter“ aufgeführt, die auch bei uns gewürdigt wurde. Wie das nun einmal in Komödien seit Aristophanes' Zeiten zu sein pflegt, werden auch hier Personen und Zustände der Lächerlichkeit preisgegeben. Zufällig sind es — das Stück spielt im Elshaus — deutsche Beamte, mit denen ein Geriebener ein Stückchen in der Art des Hauptmanns von Köpenick aufführt. Die Komödie war in der „Voss.“ besprochen worden wie jedes andere Theaterstück. Dann aber erschien Taas darauf ein großer Nachtrag, der so wundervoll liberal ist, daß er wie ein von hohlstem Begnenn erfundenes Schulbeispiel ansieht. Vorneweg die große Prinzipienklärung: „Wie wir zur Theaterzensur stehen, zu dieser theoretisch nicht unerkannten, aber praktisch wirksamen Präventivjustiz für Bühnen und Bühnenswerke, braucht niemandem erst gesagt zu werden. Wir möchten am liebsten gar nicht zu ihr stehen, das heißt durch Nichtexistenz dieser Behörde jeder Kritik ihrer Verfügungen und Verbote überhoben sein.“

„Vortrefflich. Aber dann folgt mit verblüffender Schnelligkeit die umgekehrte Rufanwendung. Keine Zensur, heillose nicht. „Aber mit diesem Wunsch geht ein anderer Hand in Hand, nämlich die Voraussetzung und Forderung, daß Theaterleiter, die berechtigtes Vertrauen genießen und dadurch auf weitere Kreise wirken, ihrerseits durch Annahme oder Nichtannahme von Bühnenswerken eine ausreichende Zensur des guten Geschmacks und des nationalen Taltes üben.“

Der gute Geschmack und der nationale Taft sind natürlich von der „Vossin“ und ihren Hintermännern in Erbpacht genommen. Statt der öffentlichen Zensur haben wir dann also die ebenso bornierte, aber um so anmaßendere, geheime Zensur dieser pseudo-liberalen Zeitung, die bekanntlich lobhudelende barbezahlte Geschäfts-empfehlungen in einer Weise veröffentlicht, daß das Publikum sie für redaktionell halten kann. (Was der „Kunstwart“ neulich für kaum möglich halten wollte.) Und diese Zensur Vossischer Erben verbietet dem Schiller-Theater die Aufführung der „antinationalen“ „Schmutzblätter“.

Ist das nicht köstlich — dieser Sündenfall des Liberalismus, diese Vernichtung der staatlichen Zensur und die Himmelfahrt der liberalen Zensur!

Das Schulgeld für die Teilnahme an den staatlichen Feiertagen, welche vom 14.—28. Oktober und vom 4.—18. November d. J. in Berlin stattfinden, beträgt, wie das Polizeipräsidium mitteilt, nicht 16 M., sondern nur 6 M.

Der Unterpflaster-Tunnel durch den Spittelmarkt nach der Niederwallstraße zu ist nunmehr erfolgt, nachdem die Kanalisationsarbeiten in der Niederwallstraße zum großen Teile beendet worden sind. Der Bodentransport geschieht mittels Drahtseilbahn nach den Spreeläufen.

Für die neuen Ferien-Sonderzüge nach Thüringen sind soeben die amtlichen Uebersichten erschienen, welche in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen. Die Abfahrt erfolgt am 8. Juli von Berlin, Anhalter Bahnhof, vorm. 8.35, die Ankunft in Raumburg 12.40, in Erfurt 2.18, in Gotha 3.05, in Jena 3.23, in Eisenach 3.47 nachm. Die Sonderzugarten haben bis 7. September Gültigkeit, die Fahrpreise betragen von Berlin III. (II.) Klasse nach Raumburg 9,60 (14,90) M., nach Blankenburg 15,00 (23,10) M., Erfurt 12,60 (19,10) M., Ilmenau 15,50 (24,10) M., Oberhof 16,80 (24,90) M., Gotha 13,90 (21,40) M., Friedrichsroda 15,00 (23,00) M., Eisenach 15,30 (23,50) M. usw. Der Fahrkartenerwerb erfolgt am Anhalter Bahnhof vom 28. Juni bis 5. Juli abends in den Stunden von 8—1 und 3—6 Uhr, er wird, wie bekannt, geschlossen, sobald die Höchstzahl der Fahrkarten (500 Stück) herausgibt ist.

Ueber ein Mißverhältnis bei der städtischen Stiftungsdeputation schreibt man uns: Alljährlich werden zahlreiche an die städtische Stiftungsdeputation in Berlin gerichtete Unterstüßungsgehände mit der Begründung zurückgewiesen, daß aus den der Verwaltung unterstellten wohlthätigen Stiftungen bestimmungsgemäß solche Personen nicht berücksichtigt werden dürfen, die durch die öffentliche Armenpflege entweder dauernd Unterstüßung beziehen oder innerhalb der letzten zwei Jahre einmalige Unterstüßung erhalten haben. Diese Bestimmung ist in der Praxis außerordentlich hart. Auf Großstadtböden kann man sehr leicht dazu kommen, ganz vorübergehend die öffentliche Armenpflege in Anspruch nehmen zu müssen. In höchster Not wendet sich irgend ein Stellungloser, anständiger Mensch an die Armenverwaltung. Er erhält nach den erforderlichen Recherchen, die sich oft länger als acht Tage hinziehen, gerade so viel, daß er nicht verhungert. Dieses Almosen ist ihm nun aber zwei volle Jahre hindurch hunderlich, wenn er später mal wieder in Not gerät und nicht abermals den demütigenden Gang zum Armenvorsteher machen will, sondern zur Erlangung einer ausreichenden Unterstüßung sich an die Stiftungsdeputation wendet. Selbst die Zeitdauer für den Verlust des Wahlrechts infolge des Bezuges von Armenunterstüßung ist auf ein Jahr herabgesetzt worden. Hier aber besteht, ohne daß man zwingende Gründe einsehen kann, noch immer die zweijährige Wartefrist. Es ist kaum etwas dagegen einzuwenden, wenn im allgemeinen solche Personen von dem Stiftungsgenuss ausgeschlossen werden, die dauernde Armenunterstüßung erhalten. Dagegen sollte man die gleichartige Bestimmung für einmalig aus Armenfonds unterstüßte Personen aufheben und lieber von Fall zu Fall je nach den vorliegenden Verhältnissen entscheiden, damit Ungerechtigkeiten und Härten vermieden werden.

Der Hochbahnhof „Warschauer Brücke“ muß wegen vorzunehmender Umbauten von Montag, den 10. d. M. ab auf einige Zeit für den Verkehr geschlossen werden. Bis zur Vervollendung der Arbeiten wird daher für den Verkehr von Westen nach Osten die Haltestelle Stralauer Tor den Endpunkt der Hochbahn bilden. Um den Fahrgästen, welche auf die Flachbahn nach dem Zentral-Biehof übergehen wollen, den Weg bis zur Haltestelle „Warschauer Brücke“ zu ersparen, ist die Flachbahn jetzt bis zum Stralauer Tor verlängert worden.

Der „Versicherungsdirektor“ und Kautionschwinder Starbatti aus der Fehrbellinerstraße, der schon mehrere Wochen in Untersuchungshaft saß, war merkwürdigerweise der — Schiedsrichter seines Wohnbezirks. Es gilt bereits als festgestellt, daß er namentlich dieses Ehrenamt als Tarnspiel ausübte, um Vertrauen zu erwecken und leichtgläubige Leute ins Gari zu locken. Wer ein solches Amt bekleidet, bei dem mühten ja die Kautionen sicher hinterlegt sein. So sagten sich viele Personen, die sich auf Starbattis' Annoncen meldeten und übergaben unbedenklich ihr Geld dem Schiedsrichter. In dem betreffenden Bezirk wohnen genug Leute, die sich zu solchem gerichtlichen Ehrenamt eignen. Dem Unwürdigsten wurde es übertragen. Auch ein dem Verhafteten sehr nahestehendes Familienmitglied scheint nach den neuesten Erhebungen an den Schwundeleien mitbeteiligt gewesen zu sein. So hat sich eine Zeitungsauswärtigerin gemeldet, die von diesem Familienmitgliede um die gesamten Expansivkraft gebracht sein will. Starbatti unterliegt im Vorderhause, was ihm seine Betrügereien erleichterte, ein auf Pump elegant eingerichtetes Bureau, während die ziemlich armselige Privatwohnung sich anderweit befand.

Der „Arg“ als Sittlichkeitskatechete. Ein ganz gefährlicher „Kinderfreund“ treibt in der letzten Zeit sein Unwesen. Der Purche, der besonders in den Vororten auftritt, schleicht sich unter dem Deckmantel der Wohlthätigkeit an ahnungslose Mädchen heran. Er giebt an, Arg zu sein und behauptet, mit der Ferienkolonie in Verbindung zu stehen. Er sucht solche Kinder auf, die beabsichtigen, nach den Ferienkolonien zu gehen, „untersucht“ sie und vergeht sich dann an den armen Geschöpfen. Der „Arg“ ist etwa 45 Jahre alt, von mittlerer Größe, schlank und trägt einen goldenen Kneifer. Doffentlich wird diesem Schuft bald das Handwerk gelegt.

Zu der mutmaßlichen Leichenverwechslung im Birchow-Krankenhaus, über die wir berichteten, wird jetzt mitgeteilt:

Die Leichenausgrabung, die der Restaurateur L. aus der Reinickendorferstraße beantragt hatte, weil er glaubt, daß im Birchow-Krankenhaus die Leiche seiner Frau mit einer anderen verwechselt worden sei, ist von der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden. Der zuständige Staatsanwalt schreibt dem Antragsteller:

„Auf die Eingabe vom 8. 5. 07 teile ich Ihnen mit, daß ich keine Veranlassung gefunden habe, die Ausgrabung der von Ihnen am 29. April d. J. beerdigten Leiche anzuordnen. Nach Angabe des Leichendienstes Anton Pöblich hat dieser die Leiche Ihrer Ehefrau dem mit der Abholung beauftragten Fuhrherrn Nils und dem Sargfabrikanten Denzel übergeben, eine Verwechslung erklärt er für ausgeschlossen, da sofort nach dem Tode eines Patienten dessen Personalien durch eine am Fußende befestigte Karte bezeichnet worden, und dies auch hier geschehen ist. Daß Ihnen von dem Krankenhaus außer den Kosten ein Sterbekünd und ein Sarg wie sie bei Armenleichen üblich sind, in Rechnung gestellt sind, beruht auf einem Irrtum des Bureaus des Krankenhaus. Der Umstand, daß die Leiche am Tage der Beerdigung von Ihren Angehörigen nicht als Ihre Ehefrau erkannt ist, läßt sich durch die häufig eintretende Veränderung der Gesichtszüge bei Verstorbenen erklären. Ich bemerke übrigens, daß selbst, wenn der Verdacht einer Verwechslung der Leiche bestände, ich nicht in der Lage wäre, die Ausgrabung anzuordnen, da es lediglich meines Amtes ist, Straftaten zu verfolgen. Eine Straftat, zu deren Aufklärung die Ausgrabung erforderlich wäre, liegt aber nicht vor.“

L. will sich mit diesem Bescheide nicht zufrieden geben, zumal, da er in seiner Eingabe auch darauf hingewiesen hat, daß seine Frau ohne seinen Willen und gegen seinen Willen operiert worden und infolge der Operation gestorben sei.

Als ein Raubmord ist nach dem neuesten Ergebnis der behördlichen Ermittlungen das an dem Mannes-Freizeiten Wende, dessen Leiche bekanntlich bei Spandau im Wasser aufgefunden wurde, verübte Verbrechen zu betrachten. Die Angelegenheit beschäftigte bisher die beiden königlichen Kommandanturgerichte in Spandau und in Berlin. Das erstere Gericht hatte sich aus dem Grunde mit dem Fall zu befassen, weil sich das Verbrechen auf Spandauer Gebiet abgespielt hat. In zweiter Linie kam das hiesige Kommandanturgericht in Frage, weil der ermordete W. bei ihm zugehörig war. Gegenwärtig beschäftigt sich nun auch die königliche Staatsanwaltschaft des Landgerichts II mit der Muttat. Es wird angenommen, daß das Verbrechen etwa in folgender Weise vor sich gegangen ist: Wie erinnerlich hatte der Mannes-Freizeiten Wende während seines Pfingsturlaubes Spandau aufgesucht. Seit dem ersten Feiertag wurde er bereits vermisst. Bald darauf wurde in der Spree der vermisste Leichnam des Verschwindenen aufgefunden. Die Täter — es handelt sich zweifellos um mehrere — haben bei der Ausführung des Verbrechens den Anschein erwecken wollen, Wende sei in der Dunkelheit in den Fluß geraten, hilflos ertornten und sein Leichnam durch Dampfgeschrauben oder Rillenstangen verstimmt worden. Die Verbrecher hatten sich jedoch verrecknet. Bei der Abduktion der Leiche des Wende ist festgestellt worden, daß um die Stühnwunde herum, die dem Mannen am Schulterblatt beigebracht worden ist, Blut angelassen war. Würde die Verletzung dem W. im Wasser beigebracht worden sein, als er bereits tot war, so würde ein Bluterguß der Wunde auf keinen Fall erfolgt sein. Die Täter hatten den Mannen, als dieser quer über die Felder lief, um noch den letzten Zug nach Berlin zu erreichen, verfolgt, und W. war der Meinung, daß die Wurschen ebenfalls nach dem Bahnhof hinter ihm herein liefen, um mit dem letzten Zuge nach Berlin fahren zu können. Hinterrücks erhielt dann der Ahnungslose einen tiefen Messerstoß ins Schulterblatt; er brach zusammen, wurde beraubt, nach dem Ufer der Spree gezerrt und ins Wasser geworfen. Von den 60 Mark, die W. am Tage noch bei sich gehabt hatte, wurden nur noch 2,43 M. gefunden. Daß der Soldat das ganze Geld in der kurzen Zeit ausgegeben haben soll, ist nach den Angaben aller der Personen, die ihn kannten, ausgeschlossen. Auch der Vorgesetzte des Mannen, der Rittmeister v. d. R., nimmt dies auf keinen Fall an. W. war ein solider Mensch, der niemals mit dem Gelde um sich warf. Er hat sein Geld jedenfalls in einem der Spandauer Lokale, in dem er sich aufgehalten, unvorsichtigerweise gezeigt und erst dadurch kamen dann die Täter auf den Gedanken, den W. zu verfolgen und zu berauben. Die Ermittlungen nach den Urhebern des Verbrechens gestalten sich äußerst schwierig. Eine bestimmte Spur konnte noch nicht ermittelt werden.

Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird er zugedeckt. Nach diesem Grundsatze scheint auch die der Aktiengesellschaft Wendig Söhne gehörige Tischlerei von Schulz u. Schimmelpfennig zu handeln. Am Dienstag kurz vor Feierabend verunglückte dort der Tischler Brisch, der an einer Uhrmachermaschine vier Finger der rechten Hand einbüßte. Wie uns jetzt berichtet wird, soll über Nacht eine Schnitvorrichtung angebracht worden sein, vorher hatten die Arbeiter eine solche nicht gesehen.

In die Schläfe geschossen und vor den Zug geworfen. Auf entsetzliche Weise hat sich gestern morgen der Währige Handlungsgehülfe Reich Weier aus der Wahntheaterstraße sein Leben gebracht. Zwischen den Stationen Dirschgarten und Friedrichshagen jagte sich der Lebensmüde, auf den Gleisen liegend, kurz vor dem Veranhaben eines Vorortzuges eine Revolverkugel in den Kopf und warf sich dann auf die Schienen. Der Zug fuhr über ihn hinweg und verflümmelte ihn vollständig. Ein Streckenwärter fand später die Leichenteile des Selbstmörders. In der Notstube wurde ein Fettel gefunden, auf dem W. folgende Zeilen an seine Eltern hinterlassen hatte: „Liebe Eltern, vergeht mir; ich habe das Leben satt!“

Bier Tage tot in ihrer Wohnung gelegen hat die Witwe Anna Denckel, Grünthalstr. 31. Den Nachbarnleuten war es aufgefallen, daß sich die alte Frau seit Montag nicht mehr sehen ließ. Am Montagvormittag war sie zum letzten Male ausgegangen und hatte Schnaps für sich geholt. Als sie auch im Laufe des gestrigen Tages nichts von sich hören ließ, benachrichtigte der Hauswirt die Polizei, und diese ließ die Wohnungstür gewaltsam öffnen. Mitten im Zimmer lag Frau D. mit dem Gesicht dem Fußboden zugekehrt als Leiche. In der rechten Hand hielt sie noch krampfhaft die entleerte Schnapsflasche. Der hinzugezogene Arzt stellte als Todesursache Alkoholvergiftung in Verbindung mit Altersschwäche fest.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Nach abermaliger Mitteilung seitens der königl. Eisenbahndirektion ermöglicht sich der Fahrpreis des Sonderzuges zum Provinzial-Sängerkongress in Brandenburg a. N. von 3 M. auf 2,50 M. Die Vereine, welche sich diese Vergünstigung sichern wollen, werden erlucht, ihre Vertreter am Sonntag abend bis spätestens 7 Uhr abends nach dem Potsdamer Bahnhof (Warterraum III. Klasse) zu entsenden, woselbst gegen Vorauszahlung des Betrages die noch gewünschten Fahrkarten vom Vorstand in Empfang genommen werden können.

Bernhard Rose - Theater. Seit die Schauerkomödie „Sherlock Holmes“ in Bonn Theater über die Dreier gegangen ist, wetteifern auch die sogenannten Volkstheater mit einander, mit Detektivstücken das Publikum zu „beglücken“. Das Lusttheater ließ sich eigens für seinen Zweck einen „Sherlock Holmes“ zurecht machen, wobei es dem Bernhard Rose-Theater assistiert wurde, das Kasino-Theater in der Lothringstraße brachte „Rif Carter“ auf die Bühne und jetzt spielt das Bernhard Rose - Theater den Faden weiter, indem es eine Komödie aus der Londoner Verbrechenswelt: „Der große Unbekannte“ zur Aufführung annimmt. Als Eindringler erscheint ein selbsttätiger Lord, der sich als Sport Diebstahl und Einbruch erwählt hat; je gewagter die

Sache ist, desto mehr reizt sie ihn. Er teilt sogar vorher der Polizei mit, wann und wo er sein „Ding“ drehen will. Er tut das in der feinsten Gesellschaft, zu der er geladen ist, unter den Augen des Detektivs, und erreicht es, daß Polizeibeamte ihn mit Hilfe seiner Bekannten abnunglos in Sicherheit bringen. Obwohl auch nicht die geringste Handlung in dem Stücke vorhanden ist, läßt die geringste Handlung wie toll den Verfasser, Herrn Kurt Matull, heraus. Herr Matull spielte selbst mit großem Geschick den Lord und lieferte im Verein mit den Herren Bach, Hummel, Waldheim und Günther und der Dame Frida Heise ein gutes Spiel.

Zeugen gesucht. Am 23. April d. J., nachmittags zwischen 1/2 bis 1/5 Uhr verunglückte ein Droschkentaxi an der Sandkrugbrücke (Zwischenstraße) dadurch, indem sein Pferd, welches er am Kopfe führte, scheute und ihn überfuhr. Vier junge Leute sprangen sofort hinzu, hielten das Pferd fest und zogen später die Droschke, in welche sich der Kutscher setzen mußte, nach Hause, während ein junger Mann das Pferd führte. Diese jungen Leute werden gebeten sich zu melden bei H. Wegener, Gerichtstr. 8, 5. Aufgang III.

Vorort-Nachrichten.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung erfolgte am Mittwoch die Einführung des neuen Stadtbaurats Seeling in der üblichen Weise.

Die Vorlage betr. die Vergebung der Fuhrleistungen für die Straßencleaning und Bepflanzung, Parkverwaltung und Feuerwehre rief eine längere Debatte hervor. Der Magistrat beantragte, den Vertrag mit dem Unternehmer Friede auf zwei Jahre weiter zu verlängern, gleichzeitig aber in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob die Fuhrleistungen vom 1. April 1910 ab in städtische Regie zu übernehmen seien. Der Berichterstatter Stadtv. Zolnberg regte an, den Vertrag nur auf ein Jahr zu verlängern und sprach sich entschieden für die städtische Regie aus. Auch Stadtv. Altd. (Soz.) erklärte sich im Prinzip für die Übernahme des Fuhrwesens in städtische Regie, er wies aber darauf hin, daß die Stadt sich in einer Notlage befindet und deshalb zur Annahme der Vorlage gezwungen sei. Als Gegner der Regie entpuppte sich der Vertreter des Magistrats, Stadtv. Meyer, der die dadurch entstehenden Mehrkosten auf Hunderttausende berechnete. Die Vorlage wurde schließlich unbeeinträchtigt angenommen.

Eine Reihe weiterer Vorlagen, darunter die betr. Erweiterung des Elektrizitätswerkes, gelangte ohne Debatte zur Annahme. Von Wichtigkeit war die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation, aus welchen Gründen dem Charlottenburger Verein „Freie Turnerschaft“ die Benutzung städtischer Volksschulen entzogen resp. nicht mehr gestattet sei. Der Berichterstatter, Gen. Dr. Vorchardt in der Begründung der Interpellation äußerte, daß dem Verein die Benutzung entzogen sei, weil er zumeist aus Arbeitern bestehe, bestätigte sich vollst. Bürgermeister Matting gab die Erklärung ab, daß die Entziehung deshalb erfolgt sei, weil die Mitglieder des Vereins am 6. Oktober 1906 im Volkshaus eine Nekrobenabschiedsfeier veranstaltet hätten, bei der ein „antimilitärisches und sozialdemokratisches Lied“ gesungen sei — in Wirklichkeit handelt es sich um ein nicht gerade schönes, aber durchaus nicht staatsgefährliches Lied. Hieraus habe die Schuldeputation ersehen, welcher Geist in dem Verein herrsche und ihm vom 1. April ab die weitere Benutzung der Turnhallen verboten.

Stadtv. Dr. Vorchardt übte scharfe Kritik an dem Verhalten der Schuldeputation, die nicht nur im Sinne der Aufsichtsbehörde gehandelt habe, sondern ihr sogar zuvorgekommen sei. Sollen etwa die Vereine, die die städtischen Turnhallen zum Turnen benutzen, ein Examen auf ihre politische Gesinnung ablegen? Unrecht sei es, daß dem Verein nicht einmal ein Grund mitgeteilt sei. Das Vorgehen der Schuldeputation erinnere an die schlimmsten Formen der Kabinettsjustiz. Redner drückte schließlich die Hoffnung aus, daß die Mehrheit der Stadtverordneten ihm beipflichten und daß dem Verein dann andere städtische Turnhallen zur Verfügung gestellt werden, die nicht der Aufsicht der Schulaufsichtsbehörde unterstehen.

Auch Stadtv. Dr. Spiegel (lib.) mißbilligte namens eines Teiles seiner Freunde das Vorgehen der Schuldeputation. Er verlangte, daß die Erlaubnis zur Benutzung städtischer Turnhallen nicht von irgendwelchen politischen Rücksichten abhängig gemacht werde und sprach sein Bedauern über den Vorfall aus.

Damit war die Besprechung der Interpellation beendet.

Bei der Beratung der Vorlage betr. Weiterführung von Feuerzuzulagen kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Oberbürgermeister Schultze und unserem Genossen Hirsch. Gen. Hirsch hatte sich in kurzen Worten für die Vorlage erklärt, darauf hingewiesen, daß der Normaletat zugunsten höherer Beamten wiederholt durchbrochen sei, und die Notwendigkeit betont, auch die Löhne der nicht ständigen Arbeiter aufzubessern. Hierdurch geriet das Oberhaupt der Stadt so in Harnisch, daß er sich zu Beleidigungen unseres Vertreters hinreißen ließ, die ihm einen indirekten Ordnungsruf einbrachten. Charakteristisch war es, daß sich nicht ein einziger Stadtverordneter auf die Seite des Oberbürgermeisters stellte, selbst seine Freunde hatten wohl das Gefühl, daß es schwer sei, ein solches Benehmen, das sich selbst richtet, zu verteidigen. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Seitens der sozialdemokratischen Fraktion ist eine Interpellation eingebracht, die den Magistrat anfragt, ob ihm bekannt sei, daß auf den Bauten der höheren Mädchenschule in der Dankemannstraße und der Feuerwache in der Suarezstraße die Arbeit ruht und was er zu tun gedente, um der Gefahr zu begegnen, daß die Bauten nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist fertig gestellt werden. Die Interpellation kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Schöneberg.

Die Einbrecherbande im Automobil, die, wie wir kürzlich berichteten, eine nächtliche Diebstahl- in moderner Ausführung in Schöneberg unternommen hatte, hat vermutlich auch wieder in der vorgestrigen Nacht einen Raubzug durch den westlichen Nachbarort ausgeführt. Diesmal hatten sich die Diebe die Gegend am Rollendorfplatz als Operationsfeld ausgesucht. Besonders in der Kopfstraße „arbeiteten“ sie mit großem Erfolg. So erbeuteten sie bei einem Einbruchdiebstahl in dem Damenmode-Magazin von Dombrowski, Mohrstr. 8, Diamantohrletten im Werte von 600 M. Einen weiteren löhnenhaften Einbruch verübte die Bande in dem Gut- und Schirmgeschäft von Köffel, Mohrstr. 66. Hier fielen ihr für etwa 600 M. Panamahüte in die Hände. Außerdem verübten die Diebe noch einige Scheuermiederdiebstühle. Geräuschlos drückten sie die großen Spiegelscheiben ein und „angelten“ das wertvollste aus den Auslagen heraus. Fortgeworfene Pappkartons und Umhüllungen zeigten gestern morgen auf der Straße den Weg, auf dem die Bande den Rückzug angetreten.

Pantow.

Zu dem Unglücksfall des Wächters Philipp gibt der Inhaber der Feuerrei Engelhardt folgende Darstellung: Der Wächter Philipp geht auf seinem Kontrollgange auch an einem eben fertig gewordenen Brunnen vorbei, der abgepumpt wurde. Es wurde ihm gesagt: „Halt Sie im Vorbeigehen etwas bemerken sollten, daß bei dem Brunnen etwas in Unordnung sein sollte, so melden Sie dieses dem Maschinenmeister.“ Es war nicht nötig, zu diesem Zwecke das Brunnenhäuschen, welches nebenbei bemerkt, völlig abgewölbt ist, zu betreten, vor allen Dingen sollte er die Laufbrücke nicht betreten. Auf des Wächters Frage, ob er auch hineingehen sollte, wurde ihm von dem Betriebsleiter der ausdrückliche Befehl: „Nein, auf keinen Fall.“ Sie hören von weitem, ob die Pumpe geht und Wasser abläuft.“ Aufmerksam hat Philipp trotz dieser Warnung die Brücke betreten und da er infolge eines Bedenken im Gehen

sehr unbeholfen ist, so ist er wahrscheinlich ausgeglitten, wobei er sich einen Knöchelbruch zugezogen hat. Der Nachdienst habende Beamte hat für unverzügliche Heberführung nach der Unfallstation gesorgt und von da aus, da Philipp unverheiratet ist, seine Unterkunft im Krankenhaus Friedrichshagen veranlaßt.

Weißensee.

Die erste Tat des vaterländischen Arbeitsverbandes können wir jetzt der Öffentlichkeit mitteilen. Wie nicht anders zu erwarten, wird dieser Verband den organisierten Arbeitern in den Rücken fallen. Am letzten Sonnabend ist die Konstitution erfolgt, als Vorsitzender fungiert ein Oberlehrer der hiesigen Realschule, heute schon beginnt das verräterische Spiel. Die „Weißenseer Zeitung“ bringt unter der obigen Adresse ein Arbeitsgeheiß, nach dem Maurer Streikbrecherdienste berufen sollen. Da der Verbreitungsbezirk der „Weißenseer Zeitung“ kein allzu großer ist, so wird das Inserat wenig Erfolg haben. Oder denkt der ehemalige Maurer und jetzige Führer des Verbandes, Herr Lindemann, im Trüben zu fischen? Das wird ihm schwer gelingen, da ist er zu bekannt.

Mariendorf.

Die Leiche eines Unbekannten wurde gestern früh gegen 6 Uhr in Mariendorf aufgefunden. Als zur genannten Zeit mehrere Schloffer der Brau u. Hertzlet'schen Fabrik die Großbrennereistraße passierten, bemerkten sie gegenüber dem Restaurant „Landhaus“ den Körper eines toten Mannes liegen, der eine Schußwunde in der Brust aufwies. Der Selbstmörder, dessen rechte Hand noch einen sechsäligen Revolver, aus welchem ein Schuß abgegeben war, krampfhaft festhielt, war gut gekleidet und mochte im Alter von ca. 36 Jahren gestanden haben. Bei dem Toten wurden jedoch keinerlei Legitimationspapiere vorgefunden, so daß seine Personalien nicht festgestellt werden konnten. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Adlershof.

Wie aus Schöppenstedt liest sich ein Bericht über einen Brand, den wir im „Zeltower Kreisblatt“ finden. Es heißt da:

Ein Kellerbrand brach vorgestern nachmittags im Hause des Fuhrunternehmers Robert Fige, Reherstr. 1, auf bisher unangesehene Weise aus und gewann bald an Ausdehnung. Die freiwillige Feuerwehr rückte unter Leitung des Herrn Oberführers Kriessch heran und bekämpfte das Feuer durch zwei Schlauchleitungen. Der Brand war nach etwa einstündiger Arbeit vollständig abgelöscht. Da nur alte Kisten, Fässer und große Quanten Holzwohle verbrannt sind, dürfte der Brandschaden, der den Kaufmann Hoffmann betrifft, nicht sehr erheblich sein. Die herangebrachte freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Alt-Glienicke konnte, ohne in Tätigkeit getreten zu sein, wieder abrücken. Die Alarmsvorrichtungen versagten diesmal ganz; der gestrige Fall bewies, daß Wächter unbedingt erforderlich ist. Da die Hornjalle nicht zu hören waren, wurden sie von einzelnen Meldeflecken nicht weiter gegeben, sodas nur wenige Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr zur Stelle waren, und zum Teil auch erst mit erheblicher Verspätung. Die notwendigen Geräte der Wehre mußten von Mannschaften zur Brandstelle geschafft werden, da Pferde zum Vorspannen nicht zu bekommen waren.

Das sind ja mißliche Zustände bezüglich der Feuersicherheit in Adlershof. Was wäre geschehen, wenn es sich um ein erheblicheres Feuer gehandelt hätte?

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevetretung. Gegen die Gültigkeit der Wahl des Doktor Pratzig zum Gemeindevetretter wurde vom Vorsitzenden des hiesigen Haus- und Grundbesitzervereins des Westens Protest erhoben, weil die Wählerlisten dem neuen Grundbesitzerverein zur Einsicht und Abschrift ausgeschrieben und dadurch die Wählerlisten beeinträchtigt worden seien, demselben die Vollmachten zu geben. Hierzu teilte der Bürgermeister mit, daß in einer Besprechung mit den Schöffen beschlossen worden sei, die Erlaubnis, Abschriften der Wählerlisten zu nehmen, nicht allein dem neuen Grundbesitzerverein, sondern auf Antrag jedem Interessenten, selbst dem sozialdemokratischen Wahlverein zu erteilen. Dem letzteren Verein habe er auf seinen Antrag die gleiche Erlaubnis erteilt. Hierzu wird mit allen gegen 2 Stimmen der eingelegte Protest für unbegründet und die Wahl für gültig erklärt. Ein Antrag der Schulkommission, das Fremdenschulgeld von 18 M. auf 36 M. zu erhöhen, wurde angenommen. In der Klausischen Nachlasssache wurde durch dessen Testament der Gemeinde das gesamte Vermögen von 164 284 M. vermacht. Das Kapital soll 10 Jahre zinsbringend liegen bleiben und dann aus demselben ein Haus gebaut werden, wo arme, bedürftige Frauen Unterkunft finden; in den ersten 10 Jahren werden aus dem Vermächtnis jährlich 100 M. für die Armen gegeben. Im die Zustimmung der vorgehenden Behörde zur Annahme zu erhalten, sollen den drei Geschwägern des Erblassers je 15 000 M. ausgezahlt werden. Die Erwerbung eines Schulgrundstückes betreffend, wurde beschlossen, das von Herrn Joseph angebotene Terrain in der Charlottenstraße anzukaufen bzw. auszuleihen. Der Bürgermeister Abraham machte noch die Mitteilung, daß er ein Schreiben an das Polizeipräsidium in Berlin gerichtet habe mit dem Ersuchen, daß die Droschkentaxi verpflichtet werden möchten, Fahrgäste bis nach Niederschönhausen zu fahren, was sie bisher nicht zu tun brauchten. Hierauf fand eine geheime Sitzung statt.

Ober-Schöneweide.

Das große Krankenhausprojekt der Gemeinden Oberschöneweide, Friedrichshofe, Karlsruh, Friedrichshagen ist gesichert. Die Verhandlungen haben nunmehr zu einem befriedigenden Resultat geführt, so daß mit dem Bau bereits anfangs Oktober begonnen werden soll. Das Krankenhaus, das mit allen modernen Einrichtungen versehen wird, erhält seinen Platz auf dem 12 Morgen großen Areal an der unteren Edisonstraße in Oberschöneweide gegenüber dem Eichenwald. Auf dem parkähnlich zu gestaltenden Gelände wird zugleich ein Diakonissenheim und eine Kleinkinderbewahranstalt errichtet. Die Mittel zu diesen beiden letztgenannten Anstalten fließen aus einer Stiftung.

Alt-Glienicke.

In der letzten Gemeindevetretung gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß die Regierung endlich den Neubau einer Anodenschule bewilligt hat. Das alte Gebäude soll nicht mehr zu Schulzwecken benutzt werden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch über unsere liegenden Klaffen gesprochen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, dieselben zu beseitigen. Zu diesem Zwecke muß der Oberlehrer Golze seine Wohnung räumen. Dieser verlangte 600 M. Mietsentschädigung, Umzugskosten und die weitere Benutzung des Schulgartens, solange er nicht zu Schulzwecken gebraucht würde. Unsere Genossen meinten, Herr Golze solle wohl die ihm gesetzlich zustehende Mietsentschädigung erhalten, aber den Garten sofort abtreten, da der Schulhof schon bei den jetzigen Klaffen lange nicht mehr genüge, geschweige, wenn die beiden neuen Klaffen hinzukämen. Der Schulhof müsse erweitert werden. Letzteren Ausführungen stimmten auch die übrigen Herren zu. Die 600 M. Mietsentschädigung wurden bewilligt. Dann wurde die Errichtung einer neuen Lehrerfelle beschlossen. Unser Antrag über unentgeltliche Hergabe der Vermittel an sämtliche Schulkinder wurde nach längerer Debatte gegen unsere Stimmen abgelehnt.

Es wurde noch der Bau einer Kreischauffee von Grünau nach Waltersdorf besprochen und dann einstimmig beschlossen, beim Landrat zu beantragen, daß die Chauffee von Alt-Glienicke, Köpenickerstraße nach Bohnsdorf und Waltersdorf gehen soll. Die Anschaffung eines Sprengwagens wurde bewilligt.

Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vornharts

Großbeeren (Kreis Zeltow-Beeslow).

Tödtlich verunglückt ist die neun Jahre alte Tochter des Gutarbeiters Kaufmann. Als das junge Mädchen um 9 Uhr früh aus der Schule kam, wurde es von seiner Mutter beauftragt, in der daneben gelegenen Sandgrube etwas weißen Sand zu holen, wozu es sich seine vierjährige Schwester Frida mitnahm. Kurz darauf hörte die Mutter Hilferufe der kleinen Frida. Sie eilte mit Nachbarn hinzu und gewahrte, daß beide Kinder von einem unterminierten Sandberg verschüttet waren. Sofort machte man sich an die Befreiung der Verschütteten. Die kleine Frida wurde in bewußtlosen Zustände herbeigezogen, ihre Schwester Anna war schon eine Leiche.

Es ist nur ein Wunder, daß nicht schon mehr Unglück an dieser gefährlichen Stelle passiert ist, die an der Landstraße liegt und nicht umzäunt ist.

Vermischtes.

In die Luft geflogen.

Ein Dampfer, an Bord dessen sich große Quantitäten Munition befanden, welche für Schmuggler bestimmt waren, ist gestern, wie aus Tunis gemeldet wird, in der Nähe von Jajjys in die Luft geflogen. Es heißt, daß hierbei 60 Personen umgekommen seien.

Der Todestanz in der „Lustigen Witwe“. In Kallborg gab eine Aufführung der „Lustigen Witwe“ den Anlaß zu einer blutigen Tragödie, der die populäre dänische Operettenprimadonna Gerda Pram-Rathausen zum Opfer fiel. Der Walzer, den in der Operette die Sängerin mit einem jungen Partner zu tanzen hat, ward zur Ursache des Verbrechens. Frau Rathausen erntete mit dem Tanze stets lebhaften Beifall, allein der Gatte war anderer Meinung. Eine wütende Eifersucht auf den jungen Partner seiner Gattin hatte ihn erfaßt, und er verbot ihr, bei der nächsten Aufführung den Tanz in der gewohnten Weise auszuführen. Frau Rathausen nahm auf das Verbot und die damit verknüpfte Drohung keine Rücksicht. Als der Tanz beendet war, eilte ihr Gatte, der der Vorstellung beigewohnt hatte, in höchster Erregung in ihre Garderobe und schloß sie auf der Stelle nieder. Der Rasende richtete darauf die Waffe gegen den Partner und verwundete ihn. Auch der Direktor, der ihm die Waffe entwinden wollte, wurde verwundet. Schließlich beging der Eifersüchtige Selbstmord.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 10, Aufgang 4, eine Treppe (Sandstraße) Donnerstags, Dienstag und Donnerstag, 10 Uhr, wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Größtens 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchhändler und eine Anzahl als Verleihen beizugeben. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

27. Wenn Sie als Handlungsgehilfin angestellt sind, so ist die betreffende Vereinbarung unzulässig. Sind Sie als Gemeindegeldbesitzerin angestellt, so ist sie gültig. — **28.** Sie können Ihnen nur raten, sich an einen Arzt zu wenden. — **29.** 1. Da 2. Voraussetzungen für die Bestrafung erfolgen. 3. Da die juristische Sprechstunde jedem Abwesenden freistehend und daß briefliche Antworten nicht erteilt wird, steht seit Jahren aus Kopie des Briefkastens. — **30.** 1. Das hängt davon ab, ob die Frau Erblich gemordet ist oder der Erbschaft entzogen hat. 2. Der Unterrichtsfiskus kostet 300 M. 3. Wir sind außer Stande, Ihnen mitzuteilen, wo man Geld geliehen erhält. — **31.** Stargard. Beide sind zum Esch verpflichtet.

101. 1. Die beiden Schwestern erben gleichmäßig, an Stelle der verstorbenen Schwester treten deren Kinder. 2. Ein eigenhändig erteiltes Testament ist ohne notarielle oder gerichtliche Beurkundung gültig, wenn es den Formvorschriften entspricht. — **11.** G. J. — **12.** in K. Sie können mit Rücksicht auf Erfolg reklamieren. — **13.** in K. 1. u. 2. Leider ja. 3. Ein solcher Vertrag würde den gemeinsamen Zweck nicht erreichen, weil er ungültig ist. — **14.** Wemelerstraße. Kein, Erbschaftssteuer, Defonomekanwerker. — **15.** 30. Sie können an die Schuldeputation eine Eingabe richten, dieselbe hätte aber schwerlich Aussicht auf Erfolg. — **16.** 24. Zur Zahlung der Steuern sind Sie verpflichtet, eventuell muss Wohnung vorgenommen werden. — **17.** 7. Teilen Sie dem Betreffenden mit, daß Sie eine Bewandlung ablehnen und legen Sie gegen die Anordnung Beschwerde ein. Es ist in ähnlichen Fällen eine solche Anordnung für zulässig erachtet. — **18.** 63. Lohnbeschlagnahme ist in Ihrem Falle ohne eine neue Klage zulässig. — **19.** 50. 1. In Ihrem Falle nein. 2. Ja. 3. Klagen Sie beim Amtsgericht auf Zahlung gegen Abnahme des Ballets. — **20.** 20. Treten Sie die Forderung ab und teilen Sie dies Ihrem Schuldner mit.

Berliner Marktbriefe. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion (Großhandel) Rundfleisch Ia 66-68 pr. 100 Pfd., Ha 66-68, Ha 65-66, Bullenfleisch Ia 62-64, Ha 62-64, Rinde, fett 52-54, da mager 48-48, Ferkel 50-62, Bullen, dän. 0,00, da. holl. 0,00, Rindfleisch, Doppellender 100-125, Wastlader Ia 88-94, Ha 76-84, Ha 0,00, Rinder gr. gen. 50-65, da. holl. 60-65, dän. 0,00, 0,00, Sammelfleisch Rindfleisch 70-74, Ia 65-70, Ha 58-65, Schafe 58-68, Schweinefleisch 47-54, Rehwild Ia pr. Hund 0,60-0,75, Ha 0,40-0,58, Rehwild, Wildsch 0,50-0,58, Dammwild, Wildsch 0,58, Wildschweine 0,60, Prischlinge 0,90, Kaninchen pr. Stüd 0,90, Dänner, alte, pr. Stüd 1,50-2,50, Ha 1,00-1,40, da. junge 0,80-0,80, Wolgahühner 1,75, Ferkel 0,35-0,50, italienische 0,60, Enten pr. Stüd 1,50 bis 2,00, dito Gänse pr. Stüd 0,00, da. Damburger pr. Stüd 1,50-4,00, Gänse pr. Hund 0,50-0,90, da. pr. Stüd 2,00-5,00, da. Damburger pr. Hund 0,90-0,95, pr. Stüd 4,00-5,30, Chalonschühner 1,00, Dachte pr. 100 Pfd. 97-107, groß mit mittel 89-99, dito mittel 0,00, dito groß 81, Ferkel 0,00, Schafe, holl. 68-97, dito groß 81, da. 80-122, Kälber, groß 122, da. klein und mittel 0,00, dito mittel 120-124, da. unfortiert 22-100, Rindern 0,00, da. klein 0,00, da. groß 0,00, Karpen 78-90, da. 0,00, Hele 55-60, Dünne Röhre 73-85, Barje 93, da. mittel 0,00, Karusschen 87, Weisliche 0,00, Weiß 0,00, Mand 65, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer pr. 100 Pfd. 110-130, da. Ha neuer 90-100, da. Ha neuer 70, Eierfleisch 15-25, Spotteln, Rinder, Ball 0,00, Damburger, Rinde 0,00, Ankers, Rinder, Etage Ia 3-5, da. mittel da. Röhre 1-2, Hamd, Etage 4-6, halbe Röhre 2,00-3,00, Schillinge, Rinder pr. Stüd 2,00-3,50, Straubener 2,00-3,00, Kalb, groß pr. Pfd. 1,10-1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Heringe pr. Schod 5-9, Schellfische Röhre 5,00-7,00, 1/2 Röhre 2-3,50, Rindfleisch, geräuch. pr. 100 Pfd. 15-25, Dorfs, Röhre 2,50-3,50, Goldfische, Schod 2-6, Sardellen 1900er pr. Anker 35, 1900er 35, 1900er 90, 1900er 95, Schottische Sellerie 1900 0,00, large 40-44, fall. 38-40, mod. 35-42, denische 37-44, Deniche, neue Röhre, pr. 1/2, Ia, 60-120, Sardinen, russ. 1/2, 1/2, 1,00-1,50, Brauteringe, Schiffe (4 Alter) 1,25-1,50, Renanagen, Schod 11, klein 5-9, Röhren 14, Tier, Land, unfort. Schod 3,00-3,25, gr. 3,75, Butter pr. 100 Pfd. Ia 106-108, Ha 105 106, Ha 109-102, abgewaschene 90-95, Same Karren Schod 4,50, da. neue 6-8, Pfefferkörner 4,50, Karusschen pr. 100 Pfd. magnum bonum 3,25-3,75, Damburger 3,00-3,50, Röhren 0,00, weiße 3,00-3,25, Saisinfischchen 0,00, Spinat pr. 100 Pfd. 3-8, Karotten, weiße, Schod-Bund 3,50-4,00, Sellerie, dicke, pr. Schod 10,00-25,00, da. sommerliche 0,00, Zwiebeln große, pr. Schod 0,00, da. kleine 0,00, da. dicke (Perl-) 0,00, Charlotten 0,00, Petersille, grün Schod-Bund 0,80-1,00, Röhre 1,00-2,00, Röhre, holl. neue Röhre 0,12-0,18, Röhren pr. 100 Pfd. 1,00-2,00, Zeltower Röhren pr. 100 Pfd. 0,00, Weiße Röhren, große 0,00, kleine 0,00, Fote Röhren 0,00, Klumentul, hellbläulicher pr. Kopf 0,10-0,20, Röhren pr. Schod 2,00-5,00, Wirsingohli holländ. pr. Schod 0,00, Röhre holländ. pr. Schod 0,00, Wirsingohli, dän. pr. 100 Pfd. 0,00, Rosenkohl pr. 100 Pfd. 0,00, Spinnbohnen pr. 100 Pfd. 0,00, Rabarber 100 Pfd. 0,60-3,00, Spargel pr. 100 Pfd. 0,00, Wirsingohli pr. Hund 0,00, Zaubermöhren pr. 100 Pfd. 0,00, Waldmeister pr. Hund 0,30-0,45, Röhren pr. Schod 0,50-1,00, Salat pr. Schod 0,90-1,75, Spargel Ia 100 Pfd. 15-35, da. Ha 25-35, da. Ha 6-18, da. unfort. 25-40, da. Beiliger Ia 44-50, da. Beiliger Ha 30-35, da. Beiliger Ha 15-25, Stachelbeeren, grün, pr. 100 Pfd. 12-16, Birnen, anker, in Röhren von 20 Röhre 0,00, ital. 0,00, Apfel, pr. 100 Pfd. 8-10, 5-10, Ferkel, Röhre 0,00, Gänse, Röhre 0,00, Kalkulier in Röhren 10-22, italienische in Röhren 0,00, extra 0,00, Zitronen, Messina, 200 Stüd 9,00-12,00, 100 Stüd 9,00-11,00, 200 Stüd 6,00-12,00, Apfelsinen, Italien, pr. Röhre 0,00, Marzin 300er Röhre 0,00, da. 300er 7-10, Valencia 420er Röhre 18,00-25,00, da. 714er 22 20,00, Messina, 100er 4 7,00, 150er 5-8,00, 16er 8-13,00, 200er 7,50-12,50, 300er 0,00, Blut- 100er 6,50-9,00, da. 150er 7,50, 200er 6-7,50, 300er 13-14.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.